

Springer-Verlag AG, Postf. 10 98 64, 4900 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 4-1  
Anzeigenabteilung (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung  
Frankfurt (0 69) 547-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Beilagen 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 100 Dr.  
Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 28,00 Lfr.  
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 13 S., Portugal 100 Esc.  
Schweiz 6,50 Sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Übersiedler:** DDR-Bewohner, die in die Bundesrepublik übersiedeln, stoßen verbreitet auf Skepsis, ergab eine Repräsentativumfrage. Nur 18 Prozent der Befragten hießen sie uneingeschränkt willkommen. Die Hälfte vermutete Spione unter den Übersiedlern. (S. 10)

**Ermittlung:** In einem Hirtenwort hat die Berliner Bischofskonferenz junge Christen in der DDR ermutigt, anders zu sein als unsere Umgebung. Ein Christ müsse nicht in dauernder Opposition leben, er dürfe jedoch nicht vorankommen wollen um jeden Preis. (S. 10)

**Wehrdienstverweigerer:** Die Frage, ob ein Zivildienst von 20 Monaten für anerkannte Wehrdienstverweigerer verfassungsgemäß ist, wird morgen vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe verhandelt. (S. 10)

**Rotation:** Der fraktionslose Bundestagsabgeordnete Gert Bastian hat an die Abgeordneten der Grünen appelliert, ihr Mandat bis zum Ende der Wahlperiode 1987 zu behalten. Damit werde den Vorstellungen der Grünen besser gedient als mit einem Rückzug aus dem Bundestag. Die bei den Grünen geführte Debatte um den für April geplanten Austausch nannte er ein „abstoßend-unglaubliches Spektakel“.

**Vermittlung:** Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, will im März die UdSSR besuchen. Moskau habe ihm zu verstehen gegeben, daß es an gemeinsamen jüdisch-sowjetischen Feiern zum Jahrestag der deutschen Kapitulation interessiert sei. Israels Premier Peres habe ihn gebeten, sich für eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen einzusetzen. (S. 5)

**Volksmiliz:** China will die Schlagkraft der Miliz erhöhen. Sie soll Luft- und Panzerabwehrwaffen erhalten und für die Abwehr von Angriffen mit chemischen, bakteriologischen und nuklearen Waffen ausgerüstet werden.

**Golfkrieg:** Erstmals seit mehr als zwei Jahren hat Irak wieder einen Angriff auf irakisches Gebiet gestartet. Nach irakischen Angaben handelt es sich um einen Präventivschlag gegen iranische Truppenmassierungen im südlichen Frontabschnitt.

**Giftgas:** Auf richterliche Anordnung ist der Besitz des US-Chemiekonzerns Union Carbide im indischen Bhopal beschlagnahmt worden. Die Maßnahme soll so lange in Kraft bleiben, bis alle Prozesse über Schadensersatzsprüche aus der Giftgaskatastrophe abgeschlossen sind.

**Beate:** Tagung des EG-Ministerrats über Spanien und Portugal.

## Union und FDP dämpfen Diskussionen um Schlesien

### Kohl fordert „Rückkehr zur Sachlichkeit“ / Sorge um innenpolitische Folgen

**THOMAS KIELINGER, Bonn**  
Für eine „Rückkehr zur Sachlichkeit“ in der Auseinandersetzung um das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu ihren Nachbarn hat sich der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, vor den Spitzenvertretern seiner Partei verwandt. In der Diskussion um die umstrittenen Aufstufung in der Zeitschrift „Der Schlesier“ wandte sich Kohl gleichzeitig gegen den Versuch, kommunistischer Propagandisten, die extremen Positionen einzelner Vertreter unter den Vertriebenen zum Vorwand zu nehmen, „die auf Frieden und Ausgleich gerichtete Politik der Bundesrepublik Deutschland zu verunsichern.“

Unter Hinweis auf das Grundsatzprogramm der CDU, in dem sowohl die Androhung von Gewalt als Mittel der Politik ausgeschlossen als auch die Verbindlichkeit aller Verträge der Bundesrepublik bekräftigt wird, stellt Kohl fest: „Dies ist die Grundlage christlich-demokratischer Politik, die alle Mandatsträger der CDU bindet.“

Nicht ohne Sorge umriß der CDU-

Vorsitzende die möglichen innenpolitischen Folgen der Kontroverse, die mit dem Streit um das Motto des Schlesier-Treffens 1985 angefangen hatte. Kohl hält es für möglich, daß vor allem im Hinblick auf den 40. Jahrestag des Kriegsendes die Sozialdemokraten „die Fehlleistungen einzelner“ benützen könnten, um den Ansehen in Deutschland sei durch Neozis gefährdet.“

Vor einem „Koalitionskonflikt“ warnte das FDP-Präsidiumsmitglied Ingrid Adam-Schweser gestern in einem Interview der Neuen Osnabrücker Zeitung. Die FDP lasse sich nicht „durch Fingelkämpfe in den Reihen der CDU/CSU“ an der Fortsetzung der Friedenspolitik hindern, meinte die FDP-Schatzmeisterin. Zugleich suchte das FDP-Präsidium die Diskussionen mit dem Koalitionspartner CDU/CSU zu dämpfen. Das Führungsgremium unterstrich, die Klarheit und Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik solle nicht länger durch eine „ebenso gefährliche wie überflüssige Diskussion“ belastet werden.

Das Präsidium der SPD erneuerte auf seiner gestrigen Sitzung die Aufforderung an Bundeskanzler Helmut Kohl, dem Juni-Treffen der Schlesier fernzubleiben. Der Parteivorstand warnte den Kanzler davor, sich als „Sympathisant eines außenpolitischen Abenteuerums in Anspruch nehmen“ zu lassen.

In München bekräftigte nach einer Sitzung des CSU-Parteivorstandes Generalsekretär Gerold Tandler vor der Presse, der Streit um das Schlesier-Motto könne die „traditionell guten Verbindungen und die Freundschaft zwischen den Parteien und Unionspartnern nicht in ein schiefes Licht rücken“. Es wäre vollkommen falsch, wenn der Kanzler nicht zu dem Schlesier-Treffen 1985 ginge.

Die Bundesregierung hat inzwischen eine erste Konsequenz aus dem Streit um die Zeitschrift gezogen: Minister Heinrich Windelen wird in diesem Jahr keine Zuschüsse aus dem Etat des Bundesministeriums für innerschlesische Beziehungen an das Blatt zahlen.

Seite 7: Verleger wußte von nicht

## DER KOMMENTAR

### Reagans Entschluß

HERBERT KREMP

Präsident Reagan wird nach dem Wirtschaftsgipfel in Bonn auch den 8. Mai, den viertzigsten Jahrestag des Kriegsendes, in der Bundesrepublik Deutschland verbringen. Dies ist mehr als eine freundschaftliche Geste. Ronald Reagan befreit das Datum von der reinen Retrospektive. Sein Entschluß bringt besser als viele Worte zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten an dem mit ihnen verbündeten freien Deutschland der Nachkriegszeit mehr interessiert sind als an der historischen Niederlage des Nationalsozialismus, aus dem Moskau zu Lasten des Westens eine Geschichte ohne Ende machen möchte.

Der Sowjetunion hat in der Zeit nach dem Krieg immer wieder versucht, das westliche Bündnis und vor allem die Bundesrepublik Deutschland in der Zange ihres Nachkriegsrevisionismus zu nehmen - konkret gesagt, die freien Deutschen von der westlichen Freiheit abzutrennen. Die Berliner Blockade, die Neutralisierungsangebote von 1952 an die Umstürze in Osteuropa, die Entspannungs-Kampagne, dieses Ziel zu erreichen. Gegenwärtig setzt Moskau den Hebel der Revanchismus-These an, um die Deutschen sich selbst und ihrer Umwelt zu entfremden. Der amerikanischen Politik ist dieser Schachzug im alten Spiel nicht entgangen. Ronald Reagan antwortet auf seine Art: Mit einem Beweis westlicher Solidarität mit dem deutschen Verbündeten.

Den Gedenktag in eine realistische Perspektive zu bringen, entspricht allgemeinem westlichem Interesse. Daß Europa in der Mitte gespalten wurde, ist historisch auf die Politik Hitlers, den Eroberungsdrang Stalins, den befängenen Idealismus Roosevelts und auf die fundamentale Schwächung Europas selbst zurückzuführen. Die Auseinandersetzung zwischen den Siegermächten unter Präsident Truman, der späte Versuch Washingtons und Londons, die Gelüste des sowjetischen Diktators zuzügeln, führte in der neuen weltpolitischen Gestalt des westlichen Bündnisses zum Erfolg. Ohne die Gründung und die entscheidende Westorientierung der Bundesrepublik Deutschland wäre die Freiheit in Europa nicht zu retten gewesen. Die Geschichte hätte einen anderen Gang genommen.

Die Sowjetunion hat in der Zeit nach dem Krieg immer wieder versucht, das westliche Bündnis und vor allem die Bundesrepublik Deutschland in der Zange ihres Nachkriegsrevisionismus zu nehmen - konkret gesagt, die freien Deutschen von der westlichen Freiheit abzutrennen. Die Berliner Blockade, die Neutralisierungsangebote von 1952 an die Umstürze in Osteuropa, die Entspannungs-Kampagne, dieses Ziel zu erreichen. Gegenwärtig setzt Moskau den Hebel der Revanchismus-These an, um die Deutschen sich selbst und ihrer Umwelt zu entfremden. Der amerikanischen Politik ist dieser Schachzug im alten Spiel nicht entgangen. Ronald Reagan antwortet auf seine Art: Mit einem Beweis westlicher Solidarität mit dem deutschen Verbündeten.

## Ronald Reagan am 8. Mai in Bonn

ms. Bonn

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan wird der Bundesrepublik Deutschland vom 5. bis 8. Mai einen Staatsbesuch abstatten. Diese Mitteilung machte gestern Regierungssprecher Jürgen Sudhoff. Das bedeutet, daß sich Reagan am 40. Jahrestag der Kapitulation in Deutschland aufhalten wird. Eine entsprechende Einladung von Bundespräsident von Weizsäcker habe der Präsident angenommen. Der Staatsbesuch schließt sich an den Weltwirtschaftsgipfel an, der vom 2. bis 4. Mai in Bonn stattfindet. Nach den Worten von Sudhoff gibt es noch kein Programm für den Staatsbesuch, insbesondere auch nicht darüber, ob und wie sich Reagan zum Jahrestag der Kapitulation äußern wird. Im Kanzleramt hieß es, es werde daran gedacht, Reagan aus diesem Anlaß einen „gemeinsamen Termin“ mit Bundeskanzler Helmut Kohl vorzuschlagen. Dies könnte eine gemeinsame Teilnahme am ökumenischen Gedenkgottesdienst im Kölner Dom sein. Ein Besuch des Konzentrationslagers Dachau hatte Reagan von Anfang an nicht beabsichtigt.

## „Gesamter Sicherheitsapparat gehört vor Gericht in Thorn“

Priester greift Behörden an / Warschan erhöht Druck auf Klerus

**DW, Warschau**  
Den Prozeß gegen die Mörder des polnischen Priesters Jerzy Popieluszko hat der polnische Geistliche Teofil Bogucki, der die Gemeinde des Ermordeten, die Stanislaw-Pfarr, betreut, zum Anlaß genommen, um mit den Sicherheitsbehörden des Landes hart ins Gericht zu gehen. Vor rund 20 000 Gläubigen erklärte er, im Prozeß von Thorn müsse eigentlich der „gesamte Sicherheitsapparat“ vor Gericht stehen.

„Wir sind keine Sklaven, der Pole läßt sich nicht in Ketten legen“, erklärte der Geistliche unter dem Applaus der Gläubigen. Popieluszko habe ein Polen gewünscht, das auf Freiheit und Gerechtigkeit, nicht jedoch auf „Lüge und Terror“ aufgebaut sei. Er werde als Held in die Geschichte Polens eingehen. „Wir werden dafür beten, daß er zum Schutzpatron Warschaws und Polens wird.“

Bogucki beschuldigte die polnischen Behörden, „das Haß zu nennen, was wir Liebe nennen“. Sie erlaubten in Thorn, daß „Mörder der Nation demütigen, indem sie einen Heiligen verurteilen“. Popieluszko könne sich nicht mehr äußern und das Episkopat könne gegen die Verleumdungen nicht protestieren. Er werde jedoch, den ermordeten Priester wie bereits zu dessen Lebzeiten verteidigen.

Zu der inzwischen traditionellen „Messe für das Vaterland“ hatten sich trotz eisiger Kälte Gläubige aus allen Teilen des Landes zusammengefunden. Viele von ihnen trugen Spruchbänder der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ mit sich.

Die Ermordung des Priesters habe die „barbarischen Methoden“ der Beamten offengelegt, die für die Sicherheit der Nation verantwortlich seien.

## Anschlag auf NATO-Schiffe

DW, Lissabon

Auf drei Kriegsschiffe der NATO ist gestern im Hafen von Lissabon offenbar ein Anschlag mit Mörsersgranaten verübt worden. Die drei Geschosse sind jedoch nach Angaben der Hafenpolizei kurz vor den Schiffen explodiert. Schaden entstand nicht. Der Lissaboner Hafenkommandant identifizierte die drei Schiffe als die „Fregata“ aus Großbritannien, die „Narvic“ aus Norwegen und die „Jan van Bragel“ aus den Niederlanden. Sie seien Teil eines Verbandes von sechs Schiffen, zu denen auch die „Hamburg“ gehört. Bereits im Dezember waren in Lissabon Anschläge gegen die amerikanische Botschaft und NATO-Marinereinrichtungen verübt worden. Die linksextreme Organisation „Volkskräfte 25. April“ hatte die Verantwortung für die beiden Anschläge übernommen, bei denen ebenfalls Mörsersgeschosse abgefeuert worden waren.

## Kohlebehörde bleibt hart

DW, London

In der Auseinandersetzung mit der Bergarbeitergewerkschaft NUM ist die staatliche britische Kohlebehörde NCB offenbar weiter zu kompromisslosen Durchsetzung ihrer Forderungen entschlossen. Der NCB-Präsident Ian MacGregor lehnt nach einem Bericht der „Financial Times“ die Wiedereinstellung von rund 500 während des Bergarbeiterstreiks entlassenen militanten NUM-Anhängern ab.

Die kompromisslose Haltung der Kohlebehörden könnte die heute beginnenden Vorbereitungsarbeiten über eine Beendigung des Bergarbeiterstreiks gefährden, da die Gewerkschaft bereits mehrfach erklärt hat, jedes Abkommen mit der Kohlebehörde müsse eine Generalamnestie für die Entlassenen beinhalten. Nach Angaben aus London beaufen sich die Kosten des Streiks inzwischen auf acht Milliarden Mark. Seite 2: Die Fäße der Kumpels

## Sendungen für Türken gestört

rp/DW, Köln

Die Versuche der bulgarischen Regierung, die türkische Minderheit weltweit zu integrieren (DIE WELT v. 18. 1.), werden offensichtlich fortgesetzt. Seit dem Wochenende werden Sendungen der „Deutschen Welle“ in türkischer Sprache von russischen und bulgarischen Störstrahlern behindert, um die Türken vom Empfang westlicher Programme auszuschließen. Auch die türkschsprachigen Auslandsdienste der englischen „BBC“ und der „Voice of America“ sind von den Störungen betroffen.

Unterdessen hat der türkische Premierminister Özal Berichte der türkischen Presse bestätigt, die türkische Minderheit in Bulgarien werde einer „blutigen Unterdrückung“ ausgesetzt. Es habe „solche Vorfälle“ gegeben, sagte er nach Angaben der türkischen Nachrichtenagentur „Anatolie“.

## Sinowatz ruft Frischenschlager nach Wien zurück

DW, Wien

Der österreichische Verteidigungsminister Friedrich Frischenschlager, der im Mittelpunkt einer politischen Kontroverse steht, weil er den von Italien aus der Haft entlassenen Walter Reder in Österreich empfangt, hat gestern seinen offiziellen Besuch in Ägypten auf Wunsch von Bundeskanzler Fred Sinowatz vorzeitig abgebrochen und ist nach Wien zurückgefliegen. Es wird vermutet, daß Frischenschlager, dessen Rücktritt von breiten Kreisen in Österreich gefordert wird, einen von Bundeskanzler Sinowatz verlangten Bericht zum Fall Reder schon heute zur Kabinettsitzung überreichen wird. Sinowatz hatte es als „schweren politischen Fehler“ bezeichnet, daß der wegen Geiselnahme in Italien Verurteilte von Frischenschlager mit Handschlag und einem freundlichen „Grüß Gott“ begrüßt worden sei.

## Papst verurteilt Scheidung und Abtreibung

DW, Caracas/Maracaibo

Begeistert haben am Sonntag Hunderttausende Johannes Paul II. in der venezolanischen Erdölmetropole Maracaibo empfangen. Der Papst nannte am zweiten Tag seiner Lateinamerikareise die negativen Folgen des Erdölbooms, die Industrialisierung und die Auswirkungen von Landflucht und Verstädterung eine große Herausforderung für die Kirche.

Wenige Stunden zuvor hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche in Caracas vor mehr als einer Million Menschen eine Messe unter freiem Himmel gelesen. Im Mittelpunkt seiner Predigt stand die energische Verurteilung von Scheidung, Empfängnisverhütung, Abtreibung und Euthanasie. Vor dem diplomatischen Corps applaudierte der Papst an die internationale Staatengemeinschaft, durch Dialog und Verhandlungen gleiche Chancen und gleiche Rechte für alle zu erwirken und Frieden in der Welt zu ermöglichen.

Ein hoher Geistlicher in der Begleitung des Papstes hat auf dem Flug von Caracas nach Maracaibo angedeutet, es sei nicht ausgeschlossen, daß Johannes Paul II. während seiner nächsten Südamerika-Reise einen Zwischenaufenthalt auf Kuba einlegen könnte. Er ging damit auf eine Meldung ein, nach der der kubanische Staatschef Fidel Castro kürzlich amerikanischen Bischöfen gegenüber eine Einladung des Papstes nach Kuba in Aussicht gestellt hatte. Der Geistliche betonte jedoch, der Vatikan habe bisher noch keine förmliche Einladung erhalten.



## ZITAT DES TAGES

„Die Fortsetzung der emotionalen Auseinandersetzung schadet dem Ansehen und den Interessen der Bundesrepublik Deutschland, aber auch dem Ansehen der Vertriebenen selbst.“

## WIRTSCHAFT

**Überschuss:** Die deutsche Leistungsbilanz schloß 1984 mit einem Überschuß von 17,9 Milliarden DM nach 10,3 Milliarden im Vorjahr. Für die Handelsbilanz ergab sich ein Überschuß von 53,986 (1983: 42,089) Milliarden.

**Auf dem Vormarsch:** Kernenergie hatte 1984 in der Bundesrepublik einen Anteil an der gesamten Stromerzeugung für das öffentliche Netz von rund 27 Prozent. Im Vorjahr waren es 21 Prozent.

**Stahlfusion:** Die im Herbst angekündigte Zusammenlegung der Stahlbereiche von Klöckner und Krupp unter Einbeziehung des australischen Rohstoffkonzerns CRA dürfte am 1. Juli retroaktiv zum Jahresanfang praktisch vollzogen sein, teilte der Klöckner-Vorstandsvorsitzende Gienow mit. (S. 9)

**Börse:** Bei geringem Geschäft war der Trend am Aktienmarkt unbeständig. WZL-Aktienindex 165,3 (165,5). Die Messung der Neuemissionen drückte die Stimmung am Rentenmarkt. BHP-Rentenindex 102,065 (102,138). Performance-Index 99,734 (99,786). Dollar-Mittelkurs 3,1688 (3,1599) Mark. Goldpreis je Feinunze 298,60 (297,75) Dollar.

## KULTUR

**„Othello“ als Ballett:** Waschechtes Staatsopern-Ballett brachte John Neumeier mit seinem „Othello“ auf die Bühne der Kampnagelfabrik in Hamburg. Brillante tänzerische Leistungen und hervorragende Darbietungen der Hamburger Symphoniker verhalfen der Inszenierung zu einem durchschlagenden Erfolg. (S. 17)

**Gebrüder Grimm:** Eine Fundgrube für Grimm-Forscher bietet die „DDR“-Kleinstadt Haldensleben. Hier war 1774 die Enkelin Wilhelm Grimms, Albertine Ploch, gestorben, die den größten Teil des Grimm-Nachlasses geerbt hatte. Er ging nach ihrem Tod in den ständigen Besitz des Haldenslebener Kreismuseums über. (S. 17)

## SPORT

**Motorsport:** Walter Röhrl und sein Beifahrer Christian Geistdörfer führen auf Audi Quattro Sport bei der Rallye Monte Carlo nach der ersten Sonderprüfung der dritten Etappe. (S. 9)

**Fußball:** Eine Fernsehübertragung des Länderspiels Deutschland - Ungarn heute, 20.15 Uhr in Hamburg, ist noch nicht gesichert. Bisher wurden nur 15 000 Eintrittskarten verkauft.

## AUS ALLER WELT

**US-Raumfähre:** Nach einer von strikter Geheimhaltung umgebenen dreitägigen Mission im Welt-raum ist die Raumfähre „Discovery“ wieder in Florida gelandet. Sie hatte einen Aufklärungsatelliten abgesetzt, der militärische Aktivitäten in der UdSSR beobachten soll. (S. 18)

**„Solidarität“:** Polen im In- und Ausland haben eine neue Sammelleidenschaft: kunstvoll stilisierte „Briefmarken“ der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“. (S. 13)

**Wetter:** Unbeständig und milder. 4 bis 7 Grad.

## Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Wer bremst das Unsinige - Leitartikel von Ulrich Lohmar S. 2

**Sportpolitik:** Bundesausschuss für Leistungssport trennt sich von Skisport-Koordinator S. 9

**Grüne Woche:** Show zwischen Überflut und Hunger - Von Hans-Jürgen Mahnke S. 3

**Fernsehen:** „Formel 1“ ist Sahne - Die ARD-Hitparade und ihr Moderator Ingolf Lück S. 9

**Bayern:** Jede zweite Kilowattstunde Strom kommt aus einem Kernkraftwerk S. 4

**Italien:** Investitionen real um drei Prozent gestiegen - Nur Nullwachstum angestrebt S. 12

**KVAE:** Beispiel für Ost-West-Kontinuität - Beginn der fünften Sitzungsrunde S. 5

**Kultur:** Liegt Mantua am Nil? - Verdis „Rigoletto“ als Sängerfest in der Oper Zürich S. 17

**Forum:** Personalien und Leserbrief - an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 7

**Aus aller Welt:** Die „richtige“ Hand ist noch lange nicht die rechte Hand S. 18

Anzeige

### Ihre Entscheidung für das Jahr 1985

#### Deutsche Kreuzfahrttradition

##### »BERLIN«

Februar: Singapur - Bombay - Venedig  
März bis Mai: Ägäis - Schwarzes und Mittelmeer  
Juni bis August: Nordland - Spitzbergen  
September bis November: Ostsee - Atlantik

Ausführliche Prospekte und Auskünfte bei Ihrem Reisebüro oder direkt bei

**PETER DEILMANN REEDEREI**  
Am Heilandsberg 19  
2400 Neuzettin im Holtenauer  
Telefon (0 45 51) 92 41

**SCHIFFSREISEN**  
Westwallstraße 3  
6000 Frankfurt am Main 1  
Telefon (0 69) 13 33-7

Schicken Sie uns diesen Coupon - und die Berlin ist schon auf dem Weg zu Ihnen. Oder machen Sie sich auf den Weg zu uns.

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ \_\_\_\_\_

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Zerrbild der Befindlichkeit

Von Peter Gillies

Über die Befindlichkeit der Deutschen gibt nichts so trefflich Auskunft wie ihre öffentlichen Erörterungen. In diesen Tagen diskutieren wir über allerlei Erregendes, beispielsweise über die Frage, wie das Finanzamt die automobilen Ausdünstungen zu besteuern habe, ob die Leihmutterchaft Rechtsens und gebührenpflichtig ist oder man die Renten um nullkommafünf Prozent mehr steigen lassen sollte oder besser doch nicht.

Verbissen tobt der Kampf auch um das Motto und die Rednerliste einer Vertriebenenentagung, die jetzt sogar schon zu einem Koalitionsproblem aufgeschwimmt wurde. Trotz der vielen (überflüssigen) Beiträge zur deutschen Frage hat sich an ihr kein Jota geändert. Beim Smog-Alarm ergriß uns dessen verwaltungsmäßige Abwicklung. Ein Gedenktag im Mai ruft massenhaft Zeremonienmeister auf den Plan; Parteien halten ihre innere Zerrissenheit für eine Nachricht; wir hielten es sogar für Weltpolitik, als mehrere Staats- und Regierungschefs sich über einige Millionen Hektoliter überschüssigen Weines in die Haare gerieten.

Nun mag jede dieser Fragen eine höchst brisante sein, aber in der Summe repräsentieren sie das Skandalon des Nebensächlichen. Sollte ein Volk keine anderen Sorgen haben, als jene Problemen gravitativ vor sich her zu tragen, braucht es nicht bange zu sein. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der längsten Friedenszeit dieses Jahrhunderts, in ihr herrschen Wohlstand, Sicherheit und sozialer Frieden. Ihre Demokratie und ihre Wirtschaft sind stabil, sie ziehen aus der ganzen Welt neidische Blicke auf sich.

Sind wir also Sonderlinge, die ständig der Faszination des kleinen Karos erliegen? Unfähig zur gelassenen Zufriedenheit? Nein, die erwähnten Nachrichten sind ein Zerrbild der deutschen Befindlichkeit, sie sind eine mediale Entstellung, kein realer Befund. Die Generation, die dieses Land aufgebaut und gesichert hat, lacht über das, was die Nachgeborenen heute erregt. Auch Politiker haben Anlaß darüber nachzudenken, ob das veröffentlichte Zerrbild so viel mehr Aufmerksamkeit verdient wie die schiere Normalität der Wirklichkeit.

## Mehr oder weniger neutral

Von Heinz Barth

Der Konferenz-Cocktail der Länder, die überzeugt sind, daß den fünf Nuklearmächten nicht die Alleinverantwortung für den Frieden überlassen bleiben darf, ist in Neu-Delhi mit diskretem, aber nicht eben weltbewegendem Klirren geschüttelt worden. Es war die Nobeklasse der Dritten Welt, die sich in der indischen Hauptstadt zu einer lange vorbereiteten, jedoch eher flüchtigen Begegnung traf, um die Supermächte - niemand weiß zum wievielten Male - zur Einstellung des nuklearen Wettrüstens zu ermahnen.

Noch im Mai vorigen Jahres hatte Indira Gandhi die Elite der Blockfreien eingeladen. Nun sind sie dem Ruf ihres Sohnes Rajiv gefolgt; der Mexikaner Miguel de la Madrid, der Argentinier Raul Alfonsin und Julius Nyerere aus Tansania, Afrikas schwarze Perle, gehörten zu dem erlesenen Sextett, in dem naturgemäß der schwedische Ministerpräsident Olof Palme und - Sie lesen ganz richtig - Andreas Papandreu, der Regierungschef des NATO-Verbündeten Griechenland, nicht fehlen durften.

Wie sich in seinem absonderlichen Fall die Grenzen zwischen Neutralismus und Bündnis-Verpflichtung längst verwischt haben, sind sie auch fließend geworden zwischen der weit östlich abgedrifteten Dritten Welt und ihren Star-Präsidenten, die vor Jahrzehnten zu ihren Gründern gehörten. Die Welt hat sich gewandelt und die Blockfreien mit ihr. Das Jugoslawien des Gründervaters Tito fehlte in Neu-Delhi. Ebenso das Ägypten Nassers. Lateinamerika war relativ stark, die Welt des Islam überhaupt nicht vertreten. So dient die Hinterlassenschaft Indira Gandhis vorwiegend dazu, die Position ihres Sohnes und Nachfolgers in der internationalen Politik aufzuwerten.

Der Club von Neu-Delhi zeigt jedoch Ansätze, sich zu einer exklusiven Gesellschaft zu entwickeln. Ein Riß zwischen denen wird sichtbar, die der Dritten Welt noch Reste ihrer ursprünglichen Neutralität bewahren möchten, und der Masse der sogenannten Blockfreien, die in ihr nur ein Instrument für antiwestliche Umtriebe sehen. Es sind Ansätze, die aufmerksame Beobachtung verdienen.

## Die Füße der Kumpels

Von Wilhelm Furler

Nach vielen verhandlungslosen Monaten im nun fast ein Jahr dauernden Streik der britischen Bergleute nehmen Arbeitgeber und Gewerkschaftsführung heute einen neuen Anlauf, den Arbeitsfrieden wiederherzustellen: Sie treffen sich zu Vorgesprächen für Verhandlungen. Damit dürfte der Anfang vom Ende dieses Arbeitskampfes eingeleitet sein.

Es ist der Anfang vom Ende einer traumatischen Zeit der Willkür und der Not, die als „verlorenes Jahr“ für die Labour- und Gewerkschaftsbewegung in die Annalen des Landes eingehen wird. Verloren nicht nur, weil der Arbeitskampf schließlich aufgegeben werden muß, ohne dem eigentlichen Ziel nähergekommen zu sein, nämlich die Stilllegung unrentabler Zechen grundsätzlich auszuschließen. Sondern verloren vor allem gegen „die Füße der eigenen Mitglieder“, wie die Briten sagen: Es ist schon fast die Hälfte der knapp 190 000 Mitglieder der Bergleute-Gewerkschaft NUM gegen den Willen ihres Präsidenten Scargill an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Es ist dies eine der wichtigsten Erfahrungen, die dieser unselige Zustand gelehrt hat: Nachdem den Gewerkschafts-Kumpels eine landesweite Urabstimmung für und gegen den Streik verweigert worden war, entschieden sich bis heute fast 90 000 Bergleute auf ihre Art gegen Faustrecht und die Ausschaltung demokratischer Prozesse - trotz aller Pöbeleien und Attacken, denen sie ausgesetzt waren.

Hilfestellung haben sie dabei von der Regierung Thatcher mit ihrer kompromißlosen Haltung gegenüber den Forderungen des trotzkistischen Scargill erhalten. Nicht Frau Thatcher wird über den Kohle-Streik stolpern, wie ihr das in Anspielung auf Ted Heath's Schicksal in ähnlicher Situation gewissagt wurde. Sondern die Labour- und Gewerkschaftsbewegung wird Konsequenzen zu ziehen haben, wenn der Schaden nach dem Streik-Ende in seinem vollen Ausmaß sichtbar wird. Einer der schlimmsten ist der Bruch innerhalb der NUM. Die Abspaltung moderater Reviere wie Nottinghamshire, Süd-Derbyshire und Lancashire scheint kaum noch aufzuhalten zu sein. Etwas, was in dieser so traditionsreichen Gewerkschaft der Väter und Brüder bislang undenkbar schien.



„Beruhige dich, Hans-Dietrich, deshalb lassen wir uns keine Koalitionskrise aufschwätzen!“

## Wer bremst das Unsinnige?

Von Ulrich Lohmar

Die Politiker hierzulande meinen, daß durch Wahlen auch über die Machtverteilung in der Gesellschaft und im Staat entschieden werde. Das trifft jedoch nur noch für die Macht im Kleinen zu, nicht mehr im Großen. Nehmen wir drei Beispiele von verschiedenen Schaubühnen der Politik: Angesichts des Hungers in vielen Teilen der Welt, auch der „neuen Armut“ in Teilen unseres eigenen Landes und Europas, sind sich alle darüber einig, daß die europäische Agrarpolitik mit ihrer jährlichen Vernichtung großer Nahrungsmittelüberschüsse im christlichen Sinn eine Sünde und im sozialdemokratischen Sinn ein Verstoß gegen die einfachsten Gebote der Solidarität ist.

Oder der „Schnelle Brüder“, ein Lieblingskind der Technologiepolitik aller bisherigen Bundesregierungen, läuft den Verfechtern dieser Art der Energieproduktion wirtschaftlich, zeitlich und finanziell aus dem Ruder. Oder: das Aachener Klinikum, ein Monstrum medizinischer Betreuung, verschlingt immer mehr Geld, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. In der Beurteilung aller drei Vorgänge herrscht Einmütigkeit, daß es so nicht weitergehen darf. Aber es geht dennoch so weiter. Denn niemand hat eine Idee oder einen Hebel in der Hand, wie der gigantische Unfug zu stoppen wäre.

Bei unseren drei Beispielen stimmt die „demokratische Kulisse“ vollkommen. Es gibt Interessenten, die trotz aller Einwände die bisherige Politik bei den drei genannten Projekten für richtig halten. Es gibt aber auch Experten, die hier Grenzen ziehen könnten. Und es gibt vor allem demokratische Kontrollorgane: den Ministerrat bei der Europäischen Gemeinschaft im einen Fall, die Regierung des Bundes oder eines Landes in den beiden anderen Fällen. Gleichwohl reichen weder der Sachverstand der Experten noch die politische Entscheidungsmöglichkeit von Regierungen aus, dem unsinnigen Treiben ein Ende zu bereiten. Die finanziellen Aufwendungen für die drei Projekte sind wie ein reißender Strom über die Ufer getreten - niemand kann die Flut aufhalten. Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, meinte zum Aachener Klinikum, irgendwann habe alle ei-

ne Art „fideler Resignation“ befahlen. Das war eine aufrichtige Bemerkung, aber die Fidelity schmerzt den Wähler und Steuerzahler, während man die Resignation nachempfinden kann.

Was sind die Ursachen solcher, das Maß der normalen Vorstellung sprengender Fehlentwicklungen? Schleichend, aber immer mehr hat sich politische Macht zu formaler Kompetenz ausgedünnt. Und da eben diese Kompetenz in das Prinzip der Gewaltenteilung eingebunden werden soll und muß, entsteht auf diese Weise nicht die erhoffte wechselseitige Kontrolle unterschiedlicher Gewalten bei klarer Machtausübung jeder einzelnen, sondern ein politischer Führungsstil, der sich durch Arrangement oder durch Nichtverhandlung der Kompetenzinhaber auszeichnet. Beldes führt dazu, daß entscheidungsbedürftige Probleme nicht mit Macht entschieden, sondern durch Kompetenzkompromisse oder Vertragung auf die lange Bank geschoben werden.

So gewinnen sie dann ihr Eigenes, das die Staatskassen entleert und die Steuerzahler ausplündert. An die Stelle der mächtigen Entscheidung ist der faule Kompromiß oder die Resignation getreten.

Politik verkümmert dabei immer mehr zu einer Art von politischem Theater, das auf Schaubühnen dargestellt wird. Der Bürger wird bei Wahlen zu diesen Theaterbesuchen eingeladen, aber er verläßt die Szene des Wahllokals nachher mit dem Gefühl der Folgenlosigkeit, mit dem wir auch das wirkliche Theater verlassen. Die Gewinner von Wahlen freuen sich, die Verlierer sind betäubt und sprechen sich Mut zu, in der Sache aber bleibt das Wesentliche beim alten, also unent-

Wenn die politische Führung unserer Parteien hier keinen Ausweg finden kann, dann sollte sie sich wenigstens von den Schaubildern des Als-ob lösen und damit beginnen, über einen möglichen Stopp ihres Machtverfalls nachzudenken. Würde sie das öffentlich tun, dann könnte sie dadurch zwar nicht die Fähigkeit zu effektiver Machtausübung zurückgewinnen, aber doch wenigstens den Eindruck der Aufrichtigkeit gegenüber den Wählern besser begründen als heute.

Wir haben es hier, insgesamt gesehen, mit einem Mangel an effektiver Organisation, sachbezogenem Interesse und komplexer Übersicht zu tun - einem Mangel an drei Wesensmerkmalen der politischen Führungskultur der modernen Demokratien. Es kann auf die Dauer nicht folgenlos bleiben, wenn dieses Vakuum der Macht nicht gefüllt wird, und zwar auf demokratische Weise.

Das Entstehen grauer und schwarzer Märkte, die Lässigkeit der öffentlichen Moral, das Aufkommen von Bürgerinitiativen und alternativen Bewegungen, der Rückzug vieler Bürger auf ihre privaten Interessen - dies alles sind Anzeichen für die Abwendung vom Gemeinwesen. Die Menschen reagieren damit auf die Auswanderung der Macht aus der Politik. Sich damit endlich und gründlich zu befassen, ist also eine Aufgabe aller demokratischen Parteien, denn sie alle sind davon in ihrer langfristigen Glaubwürdigkeit und also auch in ihrer Existenz bedroht. Vielleicht findet der Bundestag demnächst mal ein paar Stunden Zeit, sich damit zu beschäftigen.

## GAST-KOMMENTAR



Professor Ulrich Lohmar war von 1957 bis 1976 SPD-Bundestagsabgeordneter. Heute ist er als freier Wissenschaftler tätig. Foto: ore-war

## Keile, zwischen Kanzler und Außenminister getrieben

Schlesien bleibt unser Zankapfel / Von Thomas Kielinger

Zurückzufinden aus der Debatte um die Wirungen eines jugendlichen zu der Frage, was denn eigentlich Sache dieser Republik sei - das, und nur das kann Thema seriöser Auseinandersetzung sein. Es kommt darauf an, den Biertisch zu verlassen und zur Aussichtsbühne der nationalen Politik zurückzukehren.

Welche Kreise die Schlesien-Debatte zu ziehen beginnt, kann man der Bemerkung von Frau Adam-Schwaezter (FDP) entnehmen, sie warne vor einem „Koalitionskonflikt“. Das Wort mag mundvoll klingen und die Gewichtungen innerhalb der FDP und des Regierungslagers nicht richtig wiedergeben; dennoch muß die Regierung solche Zurufe, und kommen sie auch von der Seitenlinie, beherzigen. Die Schlesien-Debatte darf nicht zu beenden, daß man aus ihr eine Koalitionsdebatte macht, führt vom Regen in die Traufe. So müssen Kanzler und Vizekanzler sich möglichst rasch darauf einigen, alle Bruchstellen zu reparieren, die Dritte zwischen ihnen, zwischen den Parteien des Koalitionslagers, herauslesen und ausnutzen könnten. Vor allem mögliche Bruchstellen in der Ostpolitik - denn um sie, verdeckt, geht der Streit, sei der Außenminister nun das Motto der Schlesier-Tagung, die träumerischen Exzesse eines jugendlichen oder die unaufhörlich-unabgeschlossene deutsche Frage.

Kanzler und Außenminister haben zuletzt den Anschein erweckt, als spielten sie Ostpolitik mit verteilten Rollen. Der Mann der Richtlinienkompetenz zeigt den Mut, vor Vertriebenenverbänden zu sprechen und die große Verzichtstat der Heimatvertriebenen zu rühmen: den Verzicht auf gewaltsame Rückgewinnung der verlorenen Gebiete. Dem Außenminister seinerseits beliebt es, diese Aspekte eher unterzubetonen und sein Augenmerk ganz auf Reiseziele im Osten zu lenken. Er hat dies untermauert durch Äußerungen, die den verständlichen Zorn der Vertrie-

## IM GESPRÄCH Serge Dassault

### Der Wirtschafts-Liberale

Von August Graf Kageneck

War es der gigantische Schatten des 93jährigen Vaters, aus dem der Sohn in die Politik entwichen zu können glaubte? War es die Lust des reichen Erben am Abenteuer? Oder stand ausschließlich der Wille dahinter, die Politik in Frankreich zu ändern? Jedenfalls muß sich Serge Dassault (50), Sohn des Flugzeug-Industriellen und mehrfachen Milliardärs Marcel Bloch-Dassault, heute darüber ärgern, für die von ihm gegründete Partei das Adjektiv „liberal“ gewählt zu haben. Denn liberal gibt sich heute von Giscard über Barre bis Chirac jeder, der dem Sozialismus bei den Parlamentswahlen von 1986 den Garaus machen will. Liberal sein ist schick, liberal ist das neue Schlagwort der französischen Politik.



Gründete sich eine Partei: Der Franzose Serge Dassault. FOTO: UZANSTUDIOX

Dem zweifachen Großvater und Vater von vier Kindern, dem passionierten Segler und Jäger (er gilt als eine der zwölf „besten Flinten“ Frankreichs) muß immerhin bestätigt werden, bei seinem liberalen Angebot keine Rücksicht auf etwaige Hemmnisse der Franzosen vor allzuviel Freiheit vom Staat zu nehmen, wie das andere tun. Als Serge Dassault 1981 seine „Libérale Partei“ gründete, hatte er einige Jahre Erfahrung als Mitglied der konservativen „Partei der Unabhängigen und Bauern“ gesammelt. Sein Versuch, sich von den Kleinbürgern und Rentnern eines Südpärischer Arbeiterwahlkreises gegen einen Kommunisten in die Nationalversammlung wählen zu lassen, scheiterte zweimal. Aus diesen Niederlagen zog er den Schluß, daß die überlieferten Rezepte der konservativ-katholischen Rechte keine Chance mehr gegen die anbrandende Welle des Sozialismus haben.

Daß vielmehr die Franzosen nach einigen Jahren Tändelei mit der politischen Linken Appetit auf etwas ganz anderes bekommen würden, nämlich auf eine von staatlichen Zwängen befreite, Arbeitsplätze schaffende Wirtschaft der Risikobereitschaft und des sozial verantwortlichen Unternehmers, wie sie einst Erhard den Deutschen verschrieben und Reagan in Amerika praktiziert.

Der geklarte Ingenieur, der bisher die Flugzeuge seines Vaters in den USA verkauft und die berühmten Pariser Luftfahrtsalons in Le Bourget

organisiert hatte, wählte den einzigen Weg in die Politik, den ihm nach dem Scheitern an den Urnen sein Geld noch offenließ: den einer Parteigründung. Für Menschen, die seit vier Jahren unter der sozialistischen Steuer-schraube stöhnen, erbeutet sein Programm nicht der Attraktion.

Er will die Einkommensteuer um ein Drittel senken und eine Reihe von Steuern, wie die Erbschafts- oder die Gewerbesteuer, schlicht abschaffen. Dabei scheut er kein Schlagwort, wie etwa das der „Fiskalgestapo“ - so nennt er Mitterrands Steuerbeamte. Auch Dividenden sollen steuerfrei verteilt werden. Und wer bereit ist, Risikokapital anzulegen, geht praktisch abgabenfrei aus. Arbeitsplätze um jeden Preis verspricht der Erfolgsunternehmer einem Volk, das mit Schrecker auf die steil ansteigende Kurve der Arbeitslosigkeit blickt.

Dassault junior gründete schon 1971 die „Gesellschaft für Arbeitermitbestimmung in den Betrieben“ und versuchte damit das vorzügliche Betriebsklima in den väterlichen Werken in andere Unternehmen zu tragen. Für ihn ist die Mauer, die in Frankreich die Welt der Arbeiter von der der Politiker trennt, das größte Hindernis für eine gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft. Ob er sie mit der neuen Vehikel einer Partei überspringen kann, ist angesichts seiner noch sehr bescheidenen Mitgliederzahlen eher fraglich.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### WASHINGTON POST

Sie befaßt sich mit der geplanten Rückkehr des südkoreanischen Politikers Kim Dae-Jung aus dem Exil.

Für seine Rückkehr hat er sich geschickt den Augenblick ausgesucht, in dem Präsident Tschun Du-Fwan wieder einen Besuch in Washington plant - und sich wahrscheinlich wieder von seiner besten Seite zeigen möchte. Für Mr. Kim laufen die Dinge soweit gut. Am vergangenen Dienstag erklärte das Tschun-Regime, wenn Mr. Kim zurückkäme, würde er wieder ins Gefängnis gesteckt werden. Am Mittwoch reagierte das US-Außenministerium öffentlich darauf und gab vertraulich Südkorea zu verstehen, daß es die Bekanntmachung des Gegenbesuchs in Washington hinausgezögert, den Tschun begünstigt angestrebt hat. Am Donnerstag begannen die Koreaner damit, die Drohung, Mr. Kim zu inhaftieren, zurückzunehmen. D-Day ist der 8. Februar. Es macht die koreanische Regierung wütend anzusehen, wie der Störenfried Mr. Kim diesen Gebrauch vom offenen amerikanischen politischen System macht.

### MÜNCHNER MERKUR

Er meint zu den Parlamentarischen Staatssekretären:

Im Volksmund heißen sie Frühstücks-Direktoren. Proporz-Profiten-

### NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt zieht auf SPD-Querelen ein.

Es fällt schwer, sich vorzustellen, daß ein anderer als Johannes Rau das Land regiert und repräsentiert. In Essen hat er vor dem Traditions-kern der SPD wiederum Plagge gezeigt: „Grün“ ist für ihn kein Thema - so sagt er, und er sagt es überzeugend. Aber er hat nicht verhindern können, daß sich seine Partei eine nun schon fast quälende, vielleicht auch bereits lähmende „Rotgrün“-Diskussion hat aufreden lassen. Der Eiertanz in Hesse - dort ist der formal regierende Holger Börner seit drei Jahren ohne Mehrheit - ist für die SPD in NRW wenig hilfreich. Und die Opposition in Bonn? Auch von dort hat Johannes Rau nichts zu erwarten, was ihm helfen könnte, in Aachen, Essen und Münster Punkte zu sammeln.

ine Wo  
erfluß

Klein

Elek

15:1 15:09

# Grüne Woche - Show zwischen Überfluß und Hunger



Die Internationale Grüne Woche in Berlin feiert Jubiläum, und zwar ihr 50. Die Berliner kommen. Immerhin handelt es sich um eine der Welt größten Ausstellungen der Landwirtschaft. Aber auch dort gibt es Probleme: Überschuss und Hunger - auch darüber wurde unter dem Funkturm gesprochen.

Von HANS-J. MAUNKE

Auf der Grünen Woche geht es wieder auf einem Rummelplatz. Trotz des kalten Wetters strömen die Berliner in die Messehalle am Funkturm. Die Wurst- und Fischstände sind dicht umlagert. Überall dort, wo es eng wird, wo die Ausstellungsarchitekten Kurven eingepflanzt haben, um die Aufmerksamkeit der Besucher auf einen Stand zu locken, gibt es Staus, das Geschlebe und Gedränge ist kaum auszuhalten.

Wer vorankommen will, muß ins Freie, muß die Abkürzung über den eisigen und matschigen Innenhof nehmen.

„Wo geht's hier zu den Tieren?“ fragt einer, der etwas orientierungslos herumirrt. „Welche meinen Sie? Die Niedersachsen haben Kühe und Schweine mitgebracht. Dahinten ist die Fisch-Halle von Ignaz Kiechle.“ „Nein, die anderen.“ Mühsam stampft er in Richtung auf Halle 11 los. Falls er die Berliner Tierärztin gesucht hat, dann ist er richtig. Dort wird traditionell das gezeigte, was sich auf diesem Gebiet - vom kleinen Pelztier bis zum Rind - in der Stadt abspielt.

Nicht weit entfernt davon hätte er sich die Sonderschau „Produktionsalternativen und Marktnischen im Tierbereich“ anschauen können. Zukunftsweisend. Hier wird demonstriert, was jemand machen könnte, wenn er nicht nur ordinäre Bullen-Mast betreiben will - von Damtieren bis Freizeit-Pferden. Hier wird eines der

wichtigsten Themen der Agrarpolitik in einer Ausstellung auch optisch umgesetzt, nämlich das Ausweichen auf neue Erzeugnisse, weil es von den alten schon zu viel gibt. Immerhin: Mehr als 600 000 Tonnen Butter lagern in den Kühlhäusern der Gemeinschaft.

„Was macht Ihr eigentlich mit dem Geld?“ Franz Kleinschmidt, Rentner aus der Nähe von Leipzig, stellt die Frage eher beiläufig, während er auf einen alten Bekannten wartet, mit dem er sich regelmäßig auf der Messe trifft. „Als 82-Jähriger darf ich ja reisen.“ Trotzdem bringt er den Vertreter eines Bauern-Verbandes in Verlegenheit.

Dabei will Franz Kleinschmidt eigentlich nur wissen, ob die Spenden-Millionen für die Afrikaner bar ausgezahlt oder ob Waren geliefert werden. „Butter“, sinniert er mehr für sich, „Butter, das geht ja nicht, das weiß ich noch von der Kriegsgefangenschaft, das verträgt der Körper nicht, wenn er sie nicht gewohnt ist.“ „Nein, die bekommen vor allem Getreide.“ „Ja, ja, Ihr habt's ja“, antwortet nachdenklich der Rentner aus Leipzig. „Bei uns gibt es seit Wochen keine Heringe. Die bei uns hatten im letzten Jahr auch 'ne gute Ernte. So wie früher ist es aber nicht mehr.“

Einkäufeln nicht, hier der Verbandsvertreter nicht, obwohl er sonst mit Zurechnungen, Produktionsrekorde und Absatzsteigerungen recht geschickt jongliert. Im Gegenteil, ablenken will er. Ungefähr hebt er zu einem Exkurs darüber an, daß zwischen dem Hunger in Afrika und der Obstverrichtung in der Europäischen Gemeinschaft kein Zusammenhang bestehe. Dies hatte allerdings auch niemand behauptet, selbst Thomas Schlier von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher nicht. Er hatte jedoch die finanzielle Größenordnung aufgezeigt. Er meint, die Obstverrichtung in der EG verschlinge einen solchen Betrag, der ausreichte, um den Hungern in Afrika ein Jahr zu helfen.

Auch wenn sich Landwirtschafts-

minister Ignaz Kiechle den Verbraucher-Vertreter - Thomas Schlier war bereits für Josef Ertl ein rotes Tuch - kräftig zur Brust nahm, eines steht fest, der Afrika-Tag, der einen Tag vor der Grünen Woche stattfand, hat auch auf der Messe Spuren hinterlassen. Das Thema Überfluß und Hunger prägte nicht nur die Eröffnungsreden mit, es taucht auch in den Gesprächen der äußerst zahlreich angetretenen Verbands-Vertreter, Politiker und Journalisten immer wieder auf. Viele tun sich dabei schwer.

Dabei hatte Ignaz Kiechle schon zu Beginn die Lämie gewiesen: Die Grüne Woche, sagte er, sei kein Schaufenster des Überflusses, sondern sichtbarer und fühlbarer Beweis für die Leistungsfähigkeit einer modernen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Was sicherlich richtig ist. Nur seine Beamten, selbst jene der obersten Etage, registrieren genau, was sich der Bundespräsident und Berliner Regierender Bürgermeister in ihren Reden zum Thema einließen, ob sie von der Vernichtung verdorbenen Obstes oder schlicht nur von Vernichtung sprachen.

Frei nach Christian Morgenstern, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, verdrängen viele Verbands-Präsidenten schlicht das Problem. Und das, obwohl der Deutsche Bauernverband auf seinem Agrarforum am kommenden Donnerstag das Thema Hunger und Überfluß in einem Arbeitskreis behandeln will.

Viel Widersprüchliches also. Der Grund dürfte darin liegen, daß es in der EG nicht mehr so läuft wie früher, daß der finanzielle Kollaps droht, wenn die Produktion nicht eingeschränkt wird. Die Situation ist paradox: Überschüsse in den westlichen Industriestaaten des Nordens, Mangel in vielen Agrarstaaten auf der südlichen Erdhalbkugel. Die Analyse, die dauerhafte Hilfe für die notleidenden Staaten der Dritten Welt behandelnde ist die notwendige Entwicklung der dortigen Landwirtschaft, überzeugt zwar. Aber sie beruhigt viele nicht,



Einmal im Jahr ist Berlin das Schaufenster der Landwirtschaft. FOTO: DPA

auch wenn die Katastrophenhilfe aufgestockt wird.

Aber in Berlin wird nicht nur gerade: Ernährungs- und Planungsminister aus 16 afrikanischen Staaten haben sich zu einem Meinungsaustausch getroffen. Erstmals gibt es eine Sonderschau „Nahrungsmittelherstellung in der Dritten Welt“. Unter Federführung der EG-Kommission und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit zeigen 15 Entwicklungsländer, was sie an Obst, Gemüse und Blumen zu bieten haben. Auch Äthiopien ist vertreten. In einer Vitrine liegen Chili-Schoten, Papayas und grüne Bohnen, daneben rote und weiße Wein.

Hier ist das Gedränge nicht so

stark. Dagegen gibt es in der Halle 20, wo die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) wieder ihre Gemeinschaftsschau deutscher Produkte organisiert hat, kaum ein Weiterkommen.

Erster Blickfang ist ein Springbrunnen. Auf halber Höhe dreht sich ein Reifen mit der Aufschrift: „Essen aus Deutschland - Qualität bleibt Trumpf“. Unter diesem Motto bieten die Bundesländer an ihren Ständen ihre Spezialitäten feil: von Hamburger Krebsuppe über Grünkolb mit Bratkartoffeln bis zum Holsteiner Schinken. Dazwischen viel Bier und Schnaps. Es herrscht Jahrmarktstimmung in der Halle.

# In „Klein Odessa“ herrscht noch die russische Seele

Sie kamen vor einem Jahrzehnt, um sich in der freien Welt eine neue Heimat zu schaffen: In Brooklyn drückten jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion einem ganzen Viertel ihren unverkennbaren Stempel auf.

Von HANS-J. STÜCK

Wenn in Brighton Beach, wo der gewaltige Häuserblock Brooklyns am Meer stößt, die Hochbahn über den Verkehr der Hauptgeschäftstraße hinwegdonnen, dröhnen Pfaster und Stützpfiler, daß man sein eigenes Wort nicht versteht. Erst wenn das Dröhnen abgeklungen ist, dringen melodisch-harte Sprachfetzen aus Ohr - das „Dowidnija“ der jungen Frau im Pelz, die einen Laden verläßt, das „Babuschka“ eines kleinen Jungen, dem die Großmutter „Apelsinčik“ vom Obsthändler kaufen soll.

Überall im schmucken Brighton Beach, Nachbargemeinde des heruntergekommenen Vergnügungszentrums Coney Island, ist Russisch zu hören; denn das Viertel, einst ebenso verkommen, ist seit Mitte der siebziger Jahre so fest in russischer Hand, daß es längst „Klein Odessa“ genannt wird. Es wird von 25 000 russischen Juden bewohnt, die meist über Wien, Israel und Rom in die USA kamen, um sich am Atlantikstrand New Yorks ein neues Leben aufzubauen, der im Winter so kalt und im Sommer so heiß wie der Schwarzmeer-Strand Odessas ist.

Auf der Hauptstraße, unter den Stelzen der Bahn, sind die meisten Geschäfte russisch oder zweisprachig ausgeschildert. In den Delikatessensläden stapeln sich die Würste, Aale und Progen, und in den Restaurants sitzen ganze Großfamilien an

langen Tischen und laben sich an Borschtsch, getranemem Stör oder Lammkoteletts. Die Trödler, die ihre Waren im Freien feilbieten, tragen in Winter lange Schafpelze und meinen Dollar und Cent, wenn sie ihre Preise in Rubel und Kopeken angeben. Und im Sommer, wenn's hüßend heiß ist, lustwandelt so matorcher Russe im Pyjama am Strand entlang.

Die Russen in Brighton Beach - die meisten kommen aus der Ukraine und vom Schwarzen Meer - machen aus einem verlotterten Viertel ein billiges Gemeinwesen, doch ihrer alten Lebensweise blieben sie dabei so hartnäckig treu, daß bislang nur die jüngeren richtig Englisch lernten und im „wirklichen“ New York Arbeit fanden. Banken und Polizei müssen in Brighton Beach Beamte einsetzen, denen im Schnellkurs etwas Russisch beigebracht wurde.

Unter Altesessen gehen die Russen als harte Arbeiter, die gern Feste feiern, als harte Trinker, die nie randalieren, als verlässliche Kunden mit festem Familiensinn. Ein Drugstore-Besitzer an der Brighton Beach Avenue hat es längst erkannt: „Nur solche Russen in Brooklyn - und wir hätten keine Slums mehr.“

Die meisten Russen brachten einen hohen Bildungsstand mit, doch viele mußten wegen mangelnder Sprachkenntnisse und nicht anerkannter Zeugnisse wieder ganz unten anfangen. So die Musiklehrerin aus Sewastopol, die in einer Fabrik arbeitet, oder der Physiker aus Odessa, der kellnert und abends Fachenglisch für ein neues Diplom paukt.

Doch zahlreiche andere haben den Sprung längst geschafft und leben in New York besser, als sie es je in der Sowjetunion für sich erträumen konnten. Einer von ihnen ist Anatoli Ginsburg, der 1975 das heimatliche Kiew verließ, wo er als Chef einer

Zahnklinik 32 Zahnärzte unter sich hatte und trotzdem nur 220 Rubel im Monat verdiente. Jetzt hat er längst seine eigene Praxis in Brighton Beach und verdient ein Vielfaches, nachdem er einige Jahre als Zahn-techniker arbeiten mußte.

In unmittelbarer Nähe von Ginsburgs Praxis gibt's ein Café „Moskwa“, ein Café „Armenia“, und eine „Pharmacy“ um die Ecke heißt endlich mal auch in den USA Apotheke oder doch zumindest „Apoteka“ in kyrillischen Lettern. Dreiviertel seiner Kunden sind Russen, und von der Straße klingen russische Laute, so daß er sich eigentlich wie in Kiew fühlen könnte.

Die hohe New Yorker Kriminalität, die zwar im Viertel selbst stark zurückging, fällt allen Russen zuerst auf die Frage ein, was ihnen an der neuen Heimat am wenigsten behagt. Doch viele Russen haben wie Ginsburg ein zweites Kümmeris - „die Oberfläche

lichkeit des amerikanischen Lebens, das ewige „keep smiling“, das floskelhafte „Have a nice day“ der Amerikaner, die von russischer Herzlichkeit Welken entfernt sind.“

Die Amerikaner haben all die Freiheiten, die der Mensch braucht, meint Ginsburg, aber viele machen keinen Gebrauch davon. „Sicherlich“, fährt er nachdenklich fort, „wir haben in Rußland das falsche System, aber unsere zwischenmenschlichen Beziehungen sind ehrlicher, vielleicht gerade deshalb, weil wir uns alle in innerer Ablehnung des Systems nähergerückt sind.“

So wie Ginsburg denken die meisten, doch keiner möchte zurück ins kommunistische Rußland. Und wenn „Toska“, das tiefe russische Heimweh, allzu mächtig wird, suchen sie Freunde auf und feiern laute Partys, die schon mal zu Klagen aus der Nachbarschaft führen. „Diese Russen“, ächzte ein alter Brightoner, „die

schlafen tags wie die Stiere und rauben uns nachts den Schlaf mit ihrer Balalaika-Musik.“

Noch mehr als die Griechen oder Libanesen, die Syrier oder Portugiesen, die auch in New York eigene Viertel haben, hängen die Russen in Brighton Beach wie die Kletten zusammen, und die meisten haben einen weiten Weg vor sich, wenn sie sich in die amerikanische Welt integrieren wollen. Wie stark sie der kargen sowjetische Alltag geprägt hat, wie fremd ihnen die neue Heimat noch ist, läßt sich in ihren Läden und Restaurants beobachten, wo nicht Kunde und Gast, sondern Verkaufspersonal und Kellner König sind.

Wehe der Kundin, die's im Delikatessengeschäft wagt, auf den Lachs zu zeigen, von dem sie ein paar Scheiben haben will. Ein mürrischer Blick der Verkäuferin ist die Antwort, und die Botschaft ist klar: „Hier bestimme ich, und du nimmst, was du kriegst.“ Die Kundin bekam ihren Lachs, aber wohl nur, weil sie Nicht-Russin war und Englisch sprach.

Auch David Kutnow, der als Ingenieur in einer russischen Autofabrik arbeitete und jetzt in Brighton Beach ein Geschäft für Elektroartikel betreibt, hat längst gemerkt, daß viele seiner Mitbürger noch längst nicht alle Reste ihrer heimatlichen Mentalität abgeschüttelt haben. Er hat heranwachsende Kinder, die in der amerikanischen Wirklichkeit volljährig werden sollen, und deshalb will er von Brighton Beach weziehen. „Hier hat jeder eine Chance“, meinte er, „aber dazu muß man auch den Sprung ins kalte Wasser wagen.“ In wenigen Jahren, prophezeit er, wird's in Brighton Beach nur noch Alte geben. Dies mag wohl sein, doch „LITTLE Odessa“ ist im erfolgslebenden New York längst die Erfolgsstory. (SAD)



Das „russische“ Brooklyn: Straßenszene in Brighton Beach. FOTO: HANS-JÜRGEN STÜCK

# Die neue Münchner Mathematik - zum Wohle des Gastes

Mit eisernem Besen kehrt der „Schwarze Peter“ Unrat hinweg, der seit einiger Zeit das harmonische Bild von der Münchner Gastlichkeit befleckt.

Von PETER SCHMALZ

Münchenerische Mathematikstand zu Beginn des Jahrhunderts in den „Fliegenden Blättern“ unter einer Zeichnung, die einen Schulbuh zeigte, dessen stämmiger Vater aus Biertrich das Zeugnis studiert und brummt: „Was, an Vierer hast im Kopfrechn! Dös is nix. Dös muas besser wer'n, sunst kimmt net durchs Leben, wo heutzutage d' Kellnerinna oan so anschmier'n!“

Was damals ein Witz war, wurde nun unter dem Aktenzeichen 323 Js 16 333/84 gerichtsanhängig und läßt den Verdacht keimen, die Zeiten mögen sich zwar ändern, am Tatort der Münchner Gemütlichkeit aber bleibt man allzuerne einer Tradition treu, die heute mit so garstigen Worten wie Nepp oder gar Betrug beschrieben werden. Es ist gewiß kein Waterloo für Münchens Gastlichkeit, was im Gerichtssaal 277 seit Tagen zur Sprache kommt, aber das Stichwort „Donis!“ ist dennoch geeignet, den Ruf der Stadt und seiner Gastfreundschaft weithin zu beschädigen. Hat sich doch ausgerechnet die älteste der Traditions-Gaststätten, 1715 am Marienplatz gegründet und heute direkter Nachbar des Rathauses, als elender Rüberbühle entpuppt, in der die Konterfeis der bayerischen Volksschauspieler nur noch dekorativer Wandschmuck waren, unter ihren Augen aber Kellner und einige Stammgäste munter das trieben, was der Staatsanwalt Hehler, Betrug, Bandendiebstahl und Raub nennt.

Gefährlich war es beispielsweise, eine Maß zu bestellen und schon nach dem ersten Schluck zur Toilette zu gehen: Da konnte es geschehen, daß das fast frische Bier verschwand und einem anderen Gast zum nachmaligen Abkassieren kredenz wurde. Das aber war noch harmlos. Wer mit einem großen Goldschein bezahlte, bekam nicht immer das richtige Wechselgeld zurück, wer das reklamierte, fand sich blitzschnell vor dem Lokal wieder, das selbst in jüngeren Fremdenführern noch immer als besonders gemütlich beschrieben wird.

Anders Gauweiler: Seit seinem Amtsantritt im Juni 1982 wurden 84 Wirten die Entzugsbefehle zugestellt. „Der gute Ruf der Münchner Gastlichkeit“, meint er, „darf nicht durch Nepper und Bauernführer beschädigt werden. Unsere Kontrollen nützen deshalb nicht nur den Gästen, sondern auch allen seriösen Gastwirten.“

Für Wirte, deren Zuverlässigkeit ihm nicht von vornherein gewährleistet erscheint, hat er sich eine besondere Art von Prüfung ausgedacht: Sie müssen sich Neuestellungen vom Kreisverwaltungsreferat genehmigen lassen. Etwa 100 „problematische“ Lokale haben seine Beamten in der „Weltstadt mit Herz“ ausfindig gemacht, die künftig neue Bardamen, Kellner und Rauschmeister melden müssen. Bei Prostituierten als Bardamen drobe Wiederholungsgefahr, meint die Gauweiler-Behörde, und auch ein wegen Körperverletzung Vorbestrafter eigne sich kaum als Rauschmeister.

Ein „Ziehung“ ohne Lottozahlen

Folkloristischer Sprachunterricht wird den Prozeßbeobachtern zuteil, die auch dann noch Neues erfahren, wenn sie keine Probleme haben, ein Noagerl als den abgestandenen Bier-Rest zu erkennen, der im „Donis!“ mit anderen Noagerln und einem Schuß frischen Gerstensaftes zusammen geschüttelt manch neue Maß zu 7,20 Mark wurde. Auch daß unter einem „Zug“ der Besuch mehrerer Lokale in einer Nacht zu verstehen ist, gehört mehr zum allgemeinen Wortschatz, wer aber bei der „Ziehung“ an die Lottozahlen denkt, der war im „Donis!“ falsch gewickelt: Das war der erfolgreiche Zugriff eines Taschendiehs, auch „Zieger“ genannt, in die Jacke eines Gastes, von dem angenommen wurde, er habe „an Speck“, worunter nicht Schweinemetz, sondern gehündeltes Bares zu verstehen ist. Dem angeklagten Kellner wirt der Staatsanwalt vor, er habe, nachdem er beim Kassieren bei einem Gast einen größeren Geldbetrag bemerkt habe, den Taschendiebs-Profis in seinem Servicebereich einen entsprechenden Tip gegeben. Und manchmal soll dem „damischen“ (törichten) Biertrinker, der nur ein wenig „ogstocha“ (ange-trunkene) war, ein K.o.-Tröpfchen in den Krug geträufelt worden sein, worauf dieser entschlummerte und man ihn „aussackeln“ (die Taschen ausräumen) und ihm den „Kiestrei-

ber“ (Geldbeutel) wegnehmen konnte. In den Protokollen der Polizei stehen die belastenden Aussagen von Gästen und Personal klar, unmissverständlich und unterschrieben. Doch vor Gericht will keiner von ihnen sich daran erinnern. „Gesehen hab i nix, gehört hab i vu!“, sagt eine ehemalige Kellnerin und trifft damit den Ton fast aller Zeugenaussagen.

Daß es sich beim Skandal ums „Donis!“ nicht um einen Einzelfall handelt, das machen andere Gerichtsverfahren deutlich, die derzeit in der Isar-Metropole anhängig sind. Da mußte der „Fischerwirt“ nahe dem Viktualienmarkt schließen, wegen der Wirt klagte und unterlag. Der Richter nahm sogar Zuflucht ins Biblische: Wohl müsse es auch Lokale für die unteren Schichten geben, aber wegen der besonderen Lage des Lokals sei es nicht ausgeschlossen, daß Touristen sich dorthin verirren. „Und dann ist es wie in der Bibel: Er lief unter die Räuber.“

## 84 Wirten wurde die Konzession entzogen

Aber auch die Stadt rügte der Richter: Sie habe zu lange dem Treiben zugehört. Dieser Meinung ist auch der zuständige Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler, wegen seines CSU-Parteibuches auch der „Schwarze Peter“ genannt. Sein SPD-Vorgänger, der heutige dritte SPD-Bürgermeister Klaus Hahnzog, hat sich in seinen sechs Jahren als Münchner „Innenminister“ offenbar kaum um das nächtliche Treiben gekümmert, er ließ jährlich nur eine oder zwei Konzessionen entziehen.

Anders Gauweiler: Seit seinem Amtsantritt im Juni 1982 wurden 84 Wirten die Entzugsbefehle zugestellt. „Der gute Ruf der Münchner Gastlichkeit“, meint er, „darf nicht durch Nepper und Bauernführer beschädigt werden. Unsere Kontrollen nützen deshalb nicht nur den Gästen, sondern auch allen seriösen Gastwirten.“

Für Wirte, deren Zuverlässigkeit ihm nicht von vornherein gewährleistet erscheint, hat er sich eine besondere Art von Prüfung ausgedacht: Sie müssen sich Neuestellungen vom Kreisverwaltungsreferat genehmigen lassen. Etwa 100 „problematische“ Lokale haben seine Beamten in der „Weltstadt mit Herz“ ausfindig gemacht, die künftig neue Bardamen, Kellner und Rauschmeister melden müssen. Bei Prostituierten als Bardamen drobe Wiederholungsgefahr, meint die Gauweiler-Behörde, und auch ein wegen Körperverletzung Vorbestrafter eigne sich kaum als Rauschmeister.

Der erst 35jährige Referent versucht mit einem eisernen Besen den Ruf der Stadt zu polieren. Im vergangenen Jahr verwies er den Wies'n-Wirt Richard Süßmeier wegen schlechten Einsehens und unerlaubter Beschäftigung von Ausländern vom Oktoberfest. Die Fußgängerzone als „gute Stube“ der Stadt säuberte er von Pennern und Rotweindrücker, und im Bahnhofsviertel, das auf dem besten Weg war, Frankfurter Zuständen nachzuempfinden, ließ er einen Sexclub nach dem anderen schließen.

Bei einer internen Feier seiner Behörde sagte Gauweiler kürzlich, was ihm Sorge bereitet: „In den westdeutschen Städten haben über ganze Stadtteile die Geschäftemacher von Schutz und Schund ihren Mehltau gelegt.“ Dagegen hat er den Kampf mit solcher Vehemenz aufgenommen, daß selbst die erstarkte SPD-Fraktion im Münchner Rathaus ihm Respekt zollt. Mit der neuen „Münchner Mathematik“ soll sich künftig auch der Gast wohlfühlen, dem nach der dritten Maß das schnelle Kopfrechnen schwerer fällt als den flinken Kellnern.

In Hannover informieren Sie sich gezielt. Über neue Wege zur wirtschaftlichen Produktion. Über den Einsatz der Mikroelektronik, die Meß- und Automatisierungstechnik, die moderne Nachrichtentechnik und wegweisende Lösungen in der Energie-, Installations- und Sicherheitstechnik. Auf keiner anderen Messe finden Sie derart viele Anregungen für Ihr Unternehmen. Kurzum: Hannover informiert Sie umfassend über neue Entwicklungen und Produkte der Elektronik und Elektrotechnik.

## Elektronik/Elektrotechnik

...auf der Messe der Messen

Mittwoch, 17. - Mittwoch, 24. April



# Innovationen aus

# Elektronik/Elektrotechnik

# Auch den „kleinen“ Beamten soll es bald bessergehen

DBB-Vize Regenspurger: Weg von den Sozialhilfesätzen / Entscheidung in Kürze

**GÜNTHER BADING, Bonn**  
Die von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann vor dem Deutschen Beamtenbund (DBB) angekündigte Verbesserung der Besoldungsstruktur für Beamte der unteren Einkommensgruppen ist offenbar schon entscheidungsreif. Derzeit stellen die Ministerien einen Dringlichkeitskatalog, zu dem der Finanzminister Stellung nehmen muß, bevor das Kabinett endgültig beschließt. Im Beamtenbund geht man davon aus, daß diese Entscheidung noch Ende des Monats oder aber im Februar fallen wird.

Zimmermann hatte gesagt, die Beamten des einfachen Dienstes, die teilweise Bezüge in der Nähe des Sozialhilfesatzes erhielten, sollten künftig „amtsgemessen“ bezahlt werden. Im Gespräch mit der WELT untermauerte der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, der CSU-Bundestagsabgeordnete Otto Regenspurger, die in der Öffentlichkeit immer wieder angezeigte Forderung, daß die Beamten der unteren Laufbahngruppe tatsächlich oft Bezüge an der Grenze des für die Sozialhilfe maßgebenden Existenzminimums bekommen.

## Rechenbeispiele

So hat beispielsweise in Frankfurt ein Justizwachmeister einen Nichtschaffenden Richter vorführen müssen. Als der bei den Angaben zur Person nach seinen Einkünften befragt wurde, mußte der Beamte zu seinem Erstaunen und Entsetzen feststellen, daß dessen „Einkommen“ aus Sozialhilfe höher war als seine eigene Besoldung.

An konkreten Rechenbeispielen führt der stellvertretende DBB-Vorsitzende den gängigen Fall eines 38-jährigen verheirateten Beamten mit zwei Kindern im Alter von vier

und acht Jahren an. In der Besoldungsgruppe A 4, der zum Beispiel die Mehrzahl der Briefzusteller im Postdienst, Hauptwachmeister oder Triebwagenführer angehören, erhält der Beamte (in der sechsten Dienstaltersstufe, die einem normalen Werdegang beim Alter von 32 Jahren entspricht) monatlich netto 2070,90 Mark.

Ein erwerbstätiger Sozialhilfeempfänger mit demselben Familienstand, der etwa wegen mangelnder Qualifikation gering bezahlt wird, kann durch Sozialhilfe einen Ausgleich auf ein Mindesteinkommen von 1891 Mark beanspruchen. Geht man in die Eingangssätze A 2 und A 3 als Berechnungsbeispiel, so verringert sich der Abstand noch: 1943,80 bei A 2 und 2012,78 Mark bei A 3 gegenüber gleichbleibend knapp 1900 Mark Sozialhilfe.

Selbst nicht erwerbstätige Sozialhilfeempfänger erhalten in vergleichbarer Situation noch 1722 Mark monatlich. (Für die Berechnung der Sozialhilfesätze wurde ein bundesweiter Durchschnitt herangezogen.)

Bei etwas älteren Beamten - zugrundegelegt hat der DBB in seinen Berechnungen einen 38-jährigen verheirateten Beamten mit zwei Kindern von zwölf und 16 Jahren - wird die Differenz zur Sozialhilfe noch geringer. So erhält der A 4-Beamte mit 38 Jahren monatlich 2169,39 Mark, der erwerbstätige Sozialhilfeempfänger hat Anspruch auf 2105 Mark; der Nichterwerbstätige immerhin noch auf 1936 Mark. Der A 5-Beamte (Krankenpfleger, Unteroffiziere, Kriminalwachmeister) erhält monatlich ganze 2176,27 Mark gegenüber 2105 Mark Sozialhilfe.

Zugute kommen sollen die Pläne der Bundesregierung insgesamt etwa 160 000 Beamten des einfachen Dien-

stes Widerstand der Länder und Gemeinden steht nicht zu erwarten, weil dort nur 9000 bzw. knapp 1000 Beamte der unteren Laufbahngruppe tätig sind.

Für die Anhebung der unteren Beamteninkommen gibt es mehrere Modelle. Der Beamtenbund favorisiert die Erhöhung des Ortszuschlags. Dies sei eine familienfreundliche Lösung, weil der Ortszuschlag nach Familienstand und Kinderzahl gestaffelt ist. Allerdings reicht der Ortszuschlag der Tarifklasse I bis zur Besoldungsstufe A 8. Es würde also nicht nur der einfache Dienst profitieren.

## „Regelungsbedürftig“

Im Bonner Innenministerium gibt man deshalb der Anhebung der „Harmonisierungszulage“ des unteren Dienstes (derzeit 40 Mark monatlich) auf mindestens den Stand des mittleren Dienstes (67 Mark) den Vorzug. Damit soll auch verhindert werden, daß die Erhöhung zu einem „Sockelbetrag“ wird, der bei der nächsten Besoldungsanpassung auch gutverdienenden Laufbahngruppen zugute kommen würde.

Im Gespräch mit der WELT wird der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Regenspurger, darauf hin, daß der Mißstand der zu knappen Besoldung der „kleinen“ Beamten „seit langem regelungsbedürftig“ ist. Trotz ihres angeblichen Eintretens für die sozial Schwachen hätten frühere Regierungen nicht gehandelt.

Regenspurger: „Wer Dienst leistet und dem Staat treu dient, wer dabei auch auf das Streikrecht zur Durchsetzung seiner Forderungen verzichtet, wie es bei Beamten der Fall ist - der hat in jedem Fall ein Recht darauf, mehr zu erhalten als das Existenzminimum der Sozialhilfe.“

# Hoppe: Die CDU schafft es nicht allein

HANS-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Die Liberalen werden nach dem Wechsel im Amt des FDP-Parteichefs auf dem Parteitag in Saarbrücken keineswegs auf Hans-Dietrich Genscher verzichten. Vize-Fraktionschef Hans-Günter Hoppe stellte in einem Gespräch mit der WELT fest, „Leute vom Kaliber Genschers verschwinden nicht einfach in der Versenkung“.

Der neue Parteichef Martin Bagemann werde deshalb gern Genschers Rat nutzen. Hoppe sprach der Union die Chance ab, etwa bei der Bundestagswahl 1987 die absolute Mehrheit zu erreichen und damit die FDP einbeherrlichen zu machen. Knapp vier Wochen vor dem FDP-Parteitag in Saarbrücken sieht der Berliner Bundestagsabgeordnete die Nachfolge-Situation folgendermaßen:

„Genscher wird den neuen Parteivorsitzenden nicht behindern, sondern selbstverständlich unterstützen. Andererseits ist Genscher ein politisches Schergewicht, auf dessen Erfahrung die Partei und ihr neuer Vorsitzender bauen können. Es wäre unklug, die vorhandenen Ressourcen nicht zu nutzen.“

Hoppe stellte sich in der Grenzthematik voll hinter den in jüngster Zeit wegen unstrittiger Äußerungen mehrfach scharf angegriffenen Bundesaußenminister. „Selbstredend kann und will die Bundesrepublik eine friedensvertragliche Regelung (der deutschen Ostgrenze, d. Red.) nicht vorgeifen. Dies ist in den Ostverträgen auch mehrmals deutlich klargestellt worden.“ Dennoch könne Bonn schon heute - wie durch Genscher und Bundespräsident von Weizsäcker geschehen - die politische Aussage treffen, daß von unserer Seite keine Grenzveränderungen verlangt werden.

Zu den Äußerungen von CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel nach der Kreuther Tagung, die Union müsse 1987 so stark werden, daß sie allein stärker als SPD und Grüne werde, meinte Hoppe: „Daß die CSU zur Zeit recht forsche Töne anschlägt, ist verständlich. Herr Waigel wäre ein schlechter Landesgruppenchef, wenn er jetzt schon alle Hoffnungen begraben würde, irgendwann einmal auch die absolute Mehrheit für die CSU und ihre Schwesterpartei erreichen zu können.“

Außerordentlich kritisch ging Hoppe mit den Bestrebungen der Berliner CDU ins Gericht, im laufenden Wahlkampf auf die verbündeten Liberalen keine Rücksicht mehr zu nehmen. „Ohne den Rückenwind der FDP präsentiert sich die Berliner CDU nicht gerade in Goldmedaillen-Verfassung.“ Hoppe warf der Berliner CDU vor, Gefahr zu laufen, bei ihrem Wahlkampf den gemeinsamen politischen Gegner aus dem Auge zu verlieren. Wer heute sein ganzes politisches Kapital auf die lahme und chancenlose Außenseiterin namens „Alleinregierung“ setzt, wird sein rotes Grünes Wunder erleben.“

Die Verleihung könne bei zeitgleicher Einleitung eines Strafverfahrens zu „Fehlentschlüssen in der Bevölkerung“ führen, die der „höchsten Auszeichnung der Bundesrepublik im Ansehen schaden“, begründete Strich seine Entscheidung. Der Regierungspräsident überreicht in Vertretung des Bundespräsidenten Orden und Urkunden auf Landesebene. „Zumindest seit 1978“ sei es Praxis, die Ordensübergabe aufzuschieben, wenn zwischen Ausstellung und Verleihung ein Strafverfahren gegen den Auszuzeichnenden anhängig werde.

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# Jede zweite Kilowattstunde Strom kommt aus einem Kernkraftwerk

Von PETER SCHMALZ

Im Kontrollraum des bayerischen Kernkraftwerkes Gundremmingen kam ein Schreiber ins Zittern: Der Stift zeichnete Kurven auf das Maßblatt, die dem Wach-Ingenieur ungewöhnliche Schwüngen an der Turbinenwelle im Block C signalisierten. Der Reaktor wurde nach kurzer Rücksprache abgeschaltet, und nach zweitägiger Abkühlzeit konnte die Suche nach der Ursache für den Störfall beginnen. Dabei wurde entdeckt, daß drei Laufschrauben der Turbine abgerissen sind und nebelnartige Teile beschädigt haben. Die Reparatur wird mindestens zwei Wochen dauern.

Ebenfalls eine kleine Ursache hatte bereits vor einigen Tagen einen kurzen Stillstand in diesem Block erzwungen, nachdem an einer Umleitstation, die im normalen Betrieb nicht benutzt wird, bei Tests leicht radioaktiver Dampf aus einer Schweißnaht ausgetreten war und vier parallel verlaufende Rohre an der Länge von einem Meter ausgetauscht werden mußten.

Nach Angaben der Werksleitung bestand in keinem der beiden Fälle jemals Gefahr für Mitarbeiter oder Bevölkerung. Bei den Störfällen handelte es sich noch um unbedenkliche Anlaufschwierigkeiten eines Kraftwerkes, das vor drei Monaten erstmals seine volle Leistung von 1310 Megawatt brachte und das vor einer Woche an die Betreiber, die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke zu 60 und die Bayernwerke zu 40 Prozent, übergeben wurde.

In der Münchner Bayernwerk-Zentrale rechnet man damit, daß auch Block C in Gundremmingen ähnlich zuverlässig Strom liefern wird wie der Reaktor in Grafenrheinfeld bei Schweinfurt, der als Weltmeister seiner Klasse gilt: Im vergangenen Jahr lieferte dieses

Kernkraftwerk 10,15 Milliarden Kilowattstunden und damit mehr als jeder andere auf der Welt installierte 1300-MW-Reaktor. Für die Zuverlässigkeit der deutschen Kernkraftwerke spricht, daß auch die beiden folgenden Plätze der Weltbestenliste von ihnen besetzt sind: Das Kraftwerk Krümmel wurde mit 10,10 Milliarden Kilowattstunden zweiter, das Werk Unterweser mit 10,01 dritter.

In keinem anderen Bundesland wird der Kernenergie ein ähnlicher Vorrang eingeräumt wie in Bayern. „Wir haben“, meinte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler kürzlich, „zur rechten Zeit auf die Kernenergie gesetzt, und deshalb müssen wir uns nicht vor einem Smog-Alarm wie dem in NRW fürchten.“

In der Tat ist der Anteil des sanften Atomstroms in Bayern in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Im vergangenen Jahr stammte bereits jede zweite im Freistaat verbrauchte Kilowattstunde aus einem Kernkraftwerk. Die Bayernwerke als größter bayerischer Stromlieferant haben geplant, nach dem Zuschalten des Werkes Isar II voraussichtlich Mitte 1988 mindestens 55 Prozent ihres Bedarfs aus der Kernkraft und jeweils 15 Prozent aus der Wasserkraft, der Braunkohle und der Steinkohle zu holen. Der Öl-Einsatz lag schon 1984 „so gut wie bei Null“, wie Bayernwerk-Sprecher Walter Weber gegenüber der WELT erklärte.

Über die Präzision, mit der Grafenrheinfeld arbeitet, sind sogar seine Besitzer überrascht. Man hatte für den Druckwasserreaktor eine

jährliche Betriebszeit von 6500 Stunden kalkuliert, tatsächlich brachte er es im abgelaufenen Jahr aber auf 7800 Stunden. Für die gesamte Kernkraftleistung der Bayernwerke war eine Verfügbarkeit von 75 Prozent erhofft, die Realität aber brachte 90 Prozent.

„Das erspart uns Ausgaben, die wir nun für den Umweltschutz und für günstige Strompreiskalkulationen einsetzen können“, sagt Bayernwerk-Vorstand Jochen Holzer. Eine für den Sommer geplante Strompreiserhöhung kann deshalb auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Holzer wagt sogar die Ankündigung, daß die bayerischen Strompreiserhöhungen „für den Rest dieses Jahrzehnts unter der Inflationsrate“ liegen werden. Dank der Kernenergie sank der bayerische Stromtarif erstmals sogar unter den Bundesdurchschnitt.

Steigend ist dagegen der Verbrauch. Wurde für die Kalkulation von Isar II noch ein jährliches Verbrauchsplus von 3,7 Prozent angenommen, was von zahlreichen Atomgegnern als weit übertrieben kritisiert wurde, so lag der Zuwachs 1983 bei 5,3 und 1984 bei knapp fünf Prozent. Der Bundesdurchschnitt betrug im letzten Jahr 3,9 Prozent.

Dafür wird in seinem Hause sehr viel von Umweltschutz gesprochen. 1976 hatten die konventionellen Stromwerke des Münchner Energiekonzerns noch 400 000 Tonnen Schwefeldioxid in den Himmel gepustet, in den vergangenen zwölf Monaten waren es nur noch 75 000 Tonnen. Weber: „Wir sind damit beispielhaft in der Bundesrepublik.“ Bis 1989 soll in die Filteranlagen über eine Milliarde Mark investiert und der Jahresausstoß von SO<sub>2</sub> auf unter 20 000 Tonnen gesenkt sein. Das sind nur noch fünf Prozent der Emission von 1976.



## Geldstrafe gegen Jens verhängt

**Stuttgart**  
Der 61-jährige Tübinger Rhetorik-Professor Walter Jens ist gestern vom Amtsgericht Schwäbisch-Gmünd wegen Nötigung zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen zu jeweils 150 Mark verurteilt worden. Die Verkündung des Urteils von den Tübinger Theologen Norbert Gretnacher wurde wegen dessen Erkrankung auf Donnerstag verschoben.

Das Gericht fand Jens für schuldig, am 24. Juni 1984 an der Blockade einer Zufahrtstraße zum US-Militärlagernde Mutlangen teilgenommen zu haben, auf dem Pershing II-Raketen stationiert werden. Durch diese Handlung habe er drei US-Armeefahrzeuge zum Anhalten genötigt. Nach Angaben des baden-württembergischen Justizministeriums ist ein Ende der „Prozeßblawine“ wegen der Blockaden in Mutlangen, Heilbronn, Stuttgart-Vaihingen und Münsingen noch nicht abzusehen. Bis Ende 1984 gingen bei den vier zuständigen Staatsanwaltschaften mehr als 2100 Anzeigen wegen Nötigung ein, mehr als die Hälfte davon betrafen Sitzblockaden in Mutlangen.

## CSU gegen Wörners Pensionierungsplan

**München**

Wie bereits die hayerische Staatsregierung sprach sich gestern auch der CSU-Vorstand in München gegen den Plan des Bundesverteidigungsministeriums aus, 1500 Offiziere vorzeitig in Pension zu schicken. „Wir verkennen nicht die Probleme, die der Bundeswehr aus einer gewissen Altersgliederung entstehen“, erklärte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler gestern nach der Sitzung, „aber wir sind der Meinung, daß sie im Bereich der Bundesverwaltung gelöst werden müssen und können.“ Allerdings ließ der CSU-Politiker eine Kompromißmöglichkeit für den Fall erkennen, daß die Konditionen der Frühpensionierung geändert werden.

Auf der gestrigen CSU-Sitzung wurde Tandler nun endgültig als Generalsekretär bestellt. Parteichef Strauß hat ihn gebeten, dieses Amt bis zur Bundestagswahl 1987 wahrzunehmen. Der ehemalige Straußreferent Wolfgang Held wurde zum stellvertretenden Generalsekretär ernannt. Held gilt als zukünftiger Nachfolger Tändlers.

## Verdienstkreuz zurückgestellt

**Düsseldorf**

Der Düsseldorfer Regierungspräsident Hermann Strich hat die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Karstadt-Manager Theodor Althoff vorläufig ausgesetzt. Nach der Veröffentlichung des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ vom Wochenende, der zufolge Althoff in die Parteispionaffäre verwickelt sein soll, hatte der Regierungspräsident in Abstimmung mit der Düsseldorfer Staatskanzlei die Aushandigung der Auszeichnung gestern kurzfristig verschoben.

Die Verleihung könne bei zeitgleicher Einleitung eines Strafverfahrens zu „Fehlentschlüssen in der Bevölkerung“ führen, die der „höchsten Auszeichnung der Bundesrepublik im Ansehen schaden“, begründete Strich seine Entscheidung. Der Regierungspräsident überreicht in Vertretung des Bundespräsidenten Orden und Urkunden auf Landesebene. „Zumindest seit 1978“ sei es Praxis, die Ordensübergabe aufzuschieben, wenn zwischen Ausstellung und Verleihung ein Strafverfahren gegen den Auszuzeichnenden anhängig werde.

## Warnung eines Synodalen

**Witten**

Nach Meinung des EKD-Synodalen, Pastor Johannes Hansen, zeigt sich die Erosion der Volkskirche bereits „his in die Gottesdienste“. Hansen verband seine Warnung mit der Aufforderung an die evangelische Kirche, daß es hohe Zeit für eine Wende zur Mission im eigenen Land sei. Der Synodale rechnet mit 4,5 Millionen Kirchenaustritten in den nächsten zehn Jahren - das entspricht der Mitgliederzahl einer großen Landeskirche. Die zweite große EKD-Studie, die Ende vergangenen Jahres veröffentlicht wurde, beurteilt Hansen kritisch: Sie rate lediglich zur Fortführung der schon bestehenden Arbeit. „Nirgendwo spürt man auch nur im Ansatz Betroffenheit über die wahrhaft desolaten religiösen Verfassung der Kirchmitglieder.“ Diese seien weiterhin nicht mehr in der Lage, über ihren Glauben zu reden. Zur Belebung der Kirche hofft Hansen auf eine „wachsende Zahl von missionarischen Basisgemeinden in allen Landeskirchen“. Ferner plädiert er für einen Theologenkongreß zum Thema „Evangelisation in der Volkskirche“.

## Urteil zu V-Mann im Zeugenstand

**Karlsruhe**

Der Karlsruher Bundesgerichtshof (BGH) hält in Strafverfahren die Warnung der Anonymität sogenannter V-Leute durch die zuständigen Behörden nur bei „konkreter Gefahr“ für Leib und Leben für angebracht. Nach einem gestern vom zweiten BGH-Strafsenat veröffentlichten Grundsatzzurteil darf die Polizei ihren V-Leuten im Blick auf die Wahrung ihrer Anonymität in einem späteren Strafverfahren keine „uneingeschränkte Vertraulichkeitszusage“ geben. Damit grenzte der BGH jetzt in einem Fall der Enttarnung eines Rauschgiftgeschäfts die Stellung des V-Mannes als Zeuge in Strafverfahren weiter ein.

Wenn die Strafverfolgungsbehörden ihre Entscheidung zur Sperrung des V-Mannes nicht konkret mit Leibes- oder Lebensgefahr für den Zeugen begründen können und das Gericht dennoch seine richterliche Vernehmung nicht erreichen kann, darf dieses Beweismittel nach Feststellung des BGH nicht verwertet werden. Aktenzeichen: 2 StR 526/84 vom 5. Dezember 1984.

## „Weltraum längst militarisiert“

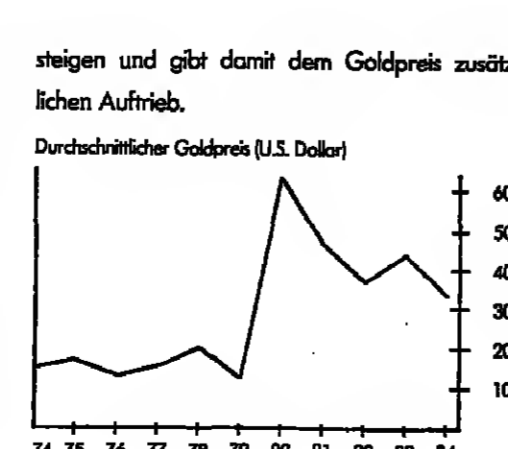
**Bonn**

Zur Definition des Begriffes „Militarisierung des Weltraums“ hat der CDU-Abgeordnete Todenhöfer einen neuen Aspekt beigezeichnet, der in diese Debatte auch die vorhandenen ballistischen Raketen mit einbezieht. Todenhöfer, der die Kritik Moskaus an der geheimen amerikanischen Shuttle-Mission scheinheilig nannte, weil auch Moskau seit Jahren Satelliten mit militärischen Aufgaben in den Weltraum schicke, wies in Bonn darauf hin, daß Raketen, von Interkontinental-systemen bis zur SS 20, auch als Weltraumwaffen anzuwenden seien, denn 90 Prozent ihres Fluges werden im Weltraum zurückgelegt. „Damit sei der Weltraum „bedauerlicherweise seit vielen Jahren längst militarisiert“. Moskau könne einen großen Beitrag zur Demilitarisierung des Weltraums leisten, wenn es auf den amerikanischen Gedanken eines Abbaus aller ballistischen Offensivwaffen eingehe, denn die größte Gefahr für die Menschheit geht zur Zeit nicht von Satelliten aus, sondern von Atomraketen, die den Weltraum als Anflugbasis benutzen.“

# Jetzt kommt der Goldpreis Ihren Investitionsplänen weit entgegen.

Gold ist im internationalen Unzenpreis in Dollar so günstig wie schon lange nicht mehr. Deshalb ist jetzt die richtige Zeit, Ihre Investitionspläne zu verwirklichen, frei werdende Gelder zu sichern oder auch erstmalig in Gold einzusteigen.

Nutzen Sie Ihre Chance! Denn es deutet vieles darauf hin, daß der zur Zeit hochbewertete Dollar nachgeben wird. Das wirkt positiv auf Gold. Das heißt, die Nachfrage nach Gold wird



Gold hat sich auf lange Sicht immer bezahlt gemacht, denn Gold gilt als eine der sichersten Anlagemöglichkeiten. Gold in Form von Krüger-Rand gibt Ihnen eine weitere Sicherheit dazu. Die Krüger-Rand-Goldmünze ist Bestandteil des internationalen Goldhandels und ist deshalb nicht nur langfristig sicher, sondern auch kurzfristig liquide. Mit vier verschiedenen Größen - 1/2, 1/4 und 1/10 Unze Feingold - erlaubt sie Ihnen darüber hinaus eine Wertanlage nach Maß.

Sie erhalten Krüger-Rand mit einem äußerst geringen Handelsaufschlag bei Banken und Sparkassen. Fragen Sie noch heute Ihre Bank über den Aufbau Ihrer Sicherheitsreserven in Krüger-Rand.



Krugger-Rand. Ein Stück Gold. Ein Stück Sicherheit.

# KVAE stand immer für Ost-West-Kontinuität

Ab heute fünfte Sitzungsrunde / In der Sonne von Genf

**RÜDIGER MONIAC, Bonn**

Die Stockholmer Konferenz der 35 Staaten wird heute nach einer längeren Pause zum Jahreswechsel die Arbeit wiederaufnehmen. Nach vier Tagungsperioden im letzten Jahr startet bei der Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) nun die fünfte Sitzungsrunde. Wenn dann schließlich auch am 12. März die USA und die UdSSR zur Begrenzung der strategischen Waffen (Weltraum, START und INF) in Genf zusammenkommen und in Wien die MBFR-Gespräche weitergehen, läßt sich sagen, zwischen West und Ost hat sich nach der Kälteperiode um den Stationierungsbeginn der westlichen Mittelstreckenwaffen in Europa das allgemeine Interesse nach offiziellen Kontakten endgültig durchgesetzt.

Nach Ansicht westlicher Diplomaten wurde die KVAE trotz der sowjetischen Blockadepolitik bei INF und START im vergangenen Jahr davon nicht berührt, weil es der Sowjetunion offenbar darum ging zu verdeutlichen, an Zusammenarbeit und friedlichem Ausgleich sei ihr gelegen, vor allem auch an Verzicht auf Gewalt. Dies sei freilich mehr ein propagandistisches Ziel gewesen. Belegt wird diese Annahme vor allem von der Ergebnislosigkeit des ersten Stockholmer Konferenzjahres, die auf das Konto sowjetischer Unzugänglichkeit zu verbuchen sei, hieß es in westlichen Kreisen.

## Spürbarer Optimismus

Für die nun beginnende Arbeit der KVAE neigen westliche Diplomaten zu einem gewissen Optimismus. Sie führen dafür zwei Gründe an. Zum einen die gewiß nicht zu leugnende „atmosphärische Verknüpfung“ von Stockholm mit dem in Genf zu erwartenden Konferenzgeschehen. Zum anderen aber auch die Tatsache, daß im Gegensatz zu allen anderen Verhandlungsforen die KVAE bis Frühjahr 1986 beendet sein und deshalb bis dahin ein Ergebnis vorliegen muß.

Dies ist im Auftrag der Konferenz so formuliert. Sie ist ein Ableger des sogenannten KSZE-Prozesses. In der vorläufig letzten Überprüfungs-konferenz in Madrid für die Schlusssätze von Helsinki (im August vor zehn Jahren

verabschiedet) hatten die 35 Teilnehmer-Staaten das KVAE-Mandat in der erwähnten Form beschlossen.

Der für Stockholm spürbare Optimismus stützt sich aber auch auf Entwicklungen in der letzten Konferenzrunde. Als die sowjetischen Diplomaten ihren Widerstand gegen einen Organisationsplan aufgegeben hatten, war der Weg frei, der Konferenz eine „Arbeitsstruktur“ zu geben. Im Wechsel mit der Debatte politischer Grundsatzprobleme sollen Spezialgruppen Fragen über Möglichkeiten einer größeren Vertrauensbildung im militärischen Bereich beraten. Diese Gruppen werden zum ersten Mal tagen und alle Teilnehmer zwingen, die Gründe zu erläutern, falls sie mit Lösungsvorschlägen, wie sie von der Mehrheit unterstützt werden, nicht einverstanden sein sollten. Dieses Verfahren wird es der Sowjetunion nach Ansicht diplomatischer Kreise schwer machen, sich nur auf Obstruktion zu verlegen.

## Günstige Konstellation

Denn immerhin sind die NATO-Länder bei ihrem Verlangen, in Europa zu mehr militärischer Stabilität durch größere Offenheit auch im Machtbereich der Sowjetunion zu gelangen, in der Gesellschaft der neutralen und nichtgebundenen Länder (N + N). Sie legen Vorschläge zum Austausch militärischer Informationen, zur Ankündigung militärischer Übungen, zum Besuch von Inspektoren und zur Einrichtung ständiger Kommunikationsmittel zwischen beiden Faktorsystemen vor, die denen von den NATO-Verbündeten unterbreiteten rechtlich ähnlich sind. Die Sowjetunion kann sich also bei der Ablehnung solcher Initiativen nur noch der Unterstützung durch die Staaten des Warschauer Paktes sicher sein.

Trotz dieser für den Westen günstigen Konstellation sehen westliche Kreise keinen Anlaß zu hochgespannten Erwartungen. Solange die Sowjetunion das einfache Verlangen der NATO, sie möge bekanntgeben, wie das im Westen üblich ist, wo Divisionen und Hauptquartiere ihre Standorte haben, als „Spionagesversuch“ diffamiert, kommt es in Stockholm nicht zur Bildung von Vertrauen, heißt es.

# Über Jüdischen Weltkongreß sucht Israel eine Aussprache mit Moskau

Peres bittet Bronfman um Kontaktvermittlung / Sowjetische Gesprächsbereitschaft

**RAFANEL SELIGMANN, Wien**

Hinter dem Schirm der Emotionen um den Fall Reder leistete die gestern beendete Tagung des jüdischen Weltkongresses in Wien effektive politische Arbeit. Der Weltkongreß ist als internationale jüdische Menschenrechtsorganisation ständig bemüht, die Lebensbedingungen der Juden in allen Ländern zu verbessern - vor allem in den Staaten, in denen die jüdischen, religiösen und politischen Rechte der Juden eingeschränkt sind.

Bereits der Tagungsort Wien hatte bei einer Reihe von Delegierten zwiespältige Reaktionen hervorgerufen. Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg fand ein Kongreß in einem rein deutschsprachigen Land statt. Die Wahl Wiens wurde von der Exekutive des jüdischen Weltkongresses den Delegierten unter anderem mit den „hervorragenden Erfahrungen“ begründet, die man mit der Kulturtagung „Versunkene Welt“ im vergangenen November gesammelt hatte. Das war aber nur ein Anlaß. Der entscheidende Grund liegt in der geopolitischen Lage Wiens. Dies machte der Präsident des Weltkongresses Edgar Bronfman in einem Pressegespräch deutlich.

## Drei Forderungen

Der Weltkongreß konzentrierte zur Zeit einen wesentlichen Teil seiner Anstrengungen darauf, das Los der etwa drei Millionen Juden in der Sowjetunion zu verbessern. Wobei man die Methode der stillen Diplomatie, die der langjährige Präsident Nachum Goldmann praktiziert hatte, zu einer Doppelstrategie ausgeweitet habe. Heute unterstützt man durchaus auch offene Demonstrationen gegen die Unterdrückung der sowjetischen Juden. Denn Moskau lege Wert auf die öffentliche Meinung in den westlichen Demokratien. Es fiel auch auf, daß sämtliche Staaten Osteuropas Delegationen zu dem Kongreß nach Wien entsandt hatten, bis auf die Sowjetunion, die derzeit keine diplomatischen Beziehungen zu Jerusalem unterhält.

Der Kongreß versuche, so Bronfman, den sowjetischen Juden in dreifacher Hinsicht zu helfen. Einmal soll Moskau dazu bewegt werden, den

ausreisewilligen sowjetischen Juden die Emigration zu gestatten, zum anderen soll den in der UdSSR verbliebenen Juden erlaubt werden, ihre religiösen, kulturellen und sprachlichen Eigenheiten zu entfalten; und schließlich sollen politische Häftlinge freigelassen, zumindest aber ihre Lebensbedingungen verbessert werden. Bronfman machte deutlich, daß der sowjetische Botschafter in den Vereinigten Staaten ihm unlängst zu verstehen gegeben habe, daß Moskau an



Edgar Bronfman FOTO-AP

gemeinsamen jüdisch-sowjetischen Feiern zum Jahrestag der deutschen Kapitulation interessiert sei. Moskau wolle sogar eine förmliche Feststellung des Kongresses dazu erhalten. Der Präsident des jüdischen Weltkongresses wurde in diesem Sinn auch zu einem Besuch im März in die Sowjetunion eingeladen.

Bronfman betonte, daß Moskau sein Verhältnis zu den Juden weitgehend vom Stand der Ostwest-Beziehungen abhängig mache. Insoweit bestehe zur Zeit Hoffnung sowohl für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Juden in der Sowjetunion als auch für eine erneute Zulassung von Ausreisenden sowjetischer Juden. Israel Singer, der Exekutiv-Direktor des Kongresses, sagte gegenüber der WELT, ein langfristiges Ziel des jüdischen Weltkongresses sei die Errichtung einer Filiale seiner Organisation in der Sowjetunion. Er äußerte die Hoffnung, daß „bereits in den näch-

sten Monaten“ die Zahl der ausreisenden sowjetischen Juden zunehmen werde.

Bei dem bevorstehenden Besuch Bronfmans in der Sowjetunion wird auch das Verhältnis Moskau-Jerusalem zur Sprache kommen. Bronfman sagte, der israelische Ministerpräsident Shimon Peres habe ihn gebeten, im Kreml für eine erneute Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel einzutreten. Moskau, dessen Ziel eine internationale Nahost-Konferenz mit sowjetischer Teilnahme sei, müsse zur Zeit daran interessiert sein, den Eindruck einer vollständigen, einseitigen Parteinahme für die arabische Seite zu vermeiden. Die Erneuerung diplomatischer Beziehungen mit dem jüdischen Staat sei ein Weg hierzu. Der Preis sei nach Meinung Peres für die Sowjetunion erschwinglich, um im politischen Nahost-Geschäft zu bleiben.

## Washingtons Zusage

Einen großen Teil seiner Energien konzentriert der jüdische Weltkongreß auf die Bekämpfung der diffamierenden Gleichsetzung von Zionismus mit Rassismus. Am Rande der Tagung wurde bekannt, daß US-Präsident Reagan zugesagt habe, Washington werde auf der bevorstehenden Konferenz der Vereinten Nationen in Nairobi gegen jede Resolution stimmen, die Zionismus mit Rassismus gleichsetze. Sollte es dennoch zu einem derartigen Beschluß kommen, werde die US-Delegation die Tagung verlassen. Die Teilnahme des stellvertretenden UN-Generalsekretärs James Jonah aus Sierra Leone an der Wiener Tagung zeigt, daß die Interventionen des jüdischen Weltkongresses in dieser Frage bei den Vereinten Nationen durchaus ernstgenommen und beachtet werden.

Zur Frage der Ausreise äthiopischer Juden wurde auf der Konferenz bekannt, daß dieses Problem ausschließlich in der Regie Jerusalems liege. Bronfman erklärte gegenüber der WELT jedoch, daß er sich zur Zeit bemühe, Kairo zu bewegen, den ausreisenden äthiopischen Juden als Zwischenstation zu dienen, da Sudan eine direkte Überführung der Falaschas nach Israel verweigere.

# Nicaragua macht dem Papst die größten Sorgen

Die Befreiungstheologie ist der rote Faden der Reise

**WERNER THOMAS, Caracas**

Schon wenige Stunden nach seiner Ankunft in Venezuela griff der Papst das kontroverse Thema auf. Er warnte im Kreis von Bischöfen vor einer „Abweichung“ vom Evangelium. Die christliche Botschaft dürfe nicht zum „Instrument von Ideologien und politischen Strategien auf der Suche nach einer illusorischen irdischen Befreiung“ mißbraucht werden.

Die Problematik der Befreiungstheologie wird sich wie ein roter Faden durch diese zwölfwägige Lateinamerika-Reise ziehen. Energischer denn je will Johannes Paul II. den Subkontinent, auf dem 400 Millionen der 800 Millionen Katholiken der Welt leben, gegen die sektiererischen Strömungen linker Priester mobilisieren. Es ist kein Zufall, daß er die längste Zeit, fünf Tage, in Peru verbringt: In diesem Land wurde die „Teologia de la liberacion“ geboren. Der peruanische Priester Gustavo Gutierrez war in den sechziger Jahren ihr erster Prophet.

Der Vatikan hat im vergangenen Jahr damit begonnen, klare Grenzen zu ziehen. Auf seinem Flug nach Venezuela erläuterte der Papst seiner Presse-Begleitung, es würden „verschiedene Befreiungstheologien“ existieren. „Wir dürfen deshalb nicht verallgemeinern.“ Es gibt mindestens drei Richtungen. Die radikalste will Rom nun ächten.

Wer Klassenkampfparolen predigt und mit marxistischen Methoden die soziale Misere analysiert, soll isoliert werden. In der ersten Reihe dieser Priester-Front stehen die nicaraguanischen Minister Ernesto und Fernando Cardenal und Miguel d'Escoto. Ernesto Cardenal, der Kulturminister, bekennt sich offen zum Marxismus. Er habe „durch das Evangelium den Weg zum Marxismus gefunden“, erzählte er einmal. Die Cardenals und d'Escoto, die gegen den Willen des Vatikans weiter der sandinistischen Revolution dienen, dürfen nun nicht mehr ihre geistlichen Funktionen ausüben noch sich „Padre“ nennen.

Der nicaraguanische Erzbischof Miguel Obando Y Bravo verteidigt vom Vatikan ermutigt, resolut die Position der Amtskirche gegen die Herausforderung der linken „Volkskirche“, die mit der offenen Unterstützung der sandinistischen Comandantes operiert. Obando kam nun nach

Venezuela, um Johannes Paul die letzten Entwicklungen dieses Konfliktes zu schildern. Die Nicaragua-Situation bereitet dem Papst mehr Sorgen als alle anderen Probleme in Lateinamerika: Nirgendwo sonst, auch nicht in Kuba, versucht eine Regierung die Autorität der Bischöfe so zu untergraben.

Der Papst befürchtet eine Unterwanderung der katholischen Kirche durch die marxistische Ideologie. Der nicaraguanische Erzbischof teilt diese Befürchtungen. „Die Marxisten suchen unter dem Vorwand, den Armen helfen zu wollen, die taktische Partnerschaft mit der Kirche“, sagt er. „Wer am Ende wessen Interessen dient, ist klar.“ Er verweist auf das Beispiel der geistlichen Minister in Managua.

Nun hat selbst Lateinamerikas prominentester Marxist die Religion entdeckt. Fidel Castro. Kürzlich bekannte er amerikanischen Kongreßabgeordneten: „Ich bin ein Christ.“ In den letzten Tagen durfte eine Delegation amerikanischer Bischöfe zum ersten Mal das kommunistische Kuba besuchen. Castro empfing die Gäste. Als er Anfang Januar zur Amtseinführung des neuen sandinistischen Präsidenten Daniel Ortega in Managua wollte, lud er einen der schärfsten Kritiker der Comandantes zu einem Besuch nach Havana ein: Pablo Antonio Vega, den Präsidenten der nicaraguanischen Bischofskonferenz. Vega will tatsächlich kommen.

Der Papst bemüht sich, den Befreiungstheologen den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er immer wieder die „soziale Mission“ der Kirche betont. „Christus wünscht allen Menschen ein würdiges Leben“, erklärte er jetzt in Venezuela, „allen Menschen.“ Er verurteilte die „ungerechte Verteilung des Reichtums“. Bereits bei der dritten lateinamerikanischen Bischofskonferenz 1979 im mexikanischen Puebla gab er die Lösung der „Option für die Armen“ aus.

Johannes Paul II. glaubt nicht, daß persönliche Aussprachen mit den Vertretern der Befreiungstheologie etwas nützen. Er meidet solche Kontakte, er geht ihnen aus dem Weg. So hält er es auch diesmal. Auf die Frage, ob er in Peru Gustavo Gutierrez sehen werde, antwortete er: „Das steht nicht auf dem Programm.“ (SAD)



Sie sollen es mit allen Bankdingen so bequem wie möglich haben. Deshalb setzen wir auf modernste Technik.

Eine unserer besonderen Serviceleistungen ist unser Btx-Programm und die BfG-Telekontoführung. Von Ihrem Fernseher aus können Sie den Kontostand abfragen, die Umsatzentwicklung prüfen, Überweisungen ausführen, Daueraufträge einrichten, ändern oder löschen und aktuelle Informationen abrufen. Und das zu jeder Tages- und Nachtzeit - BfG-Bildschirmtext \*33444 #. Gute Bankberatung ist Maßarbeit.

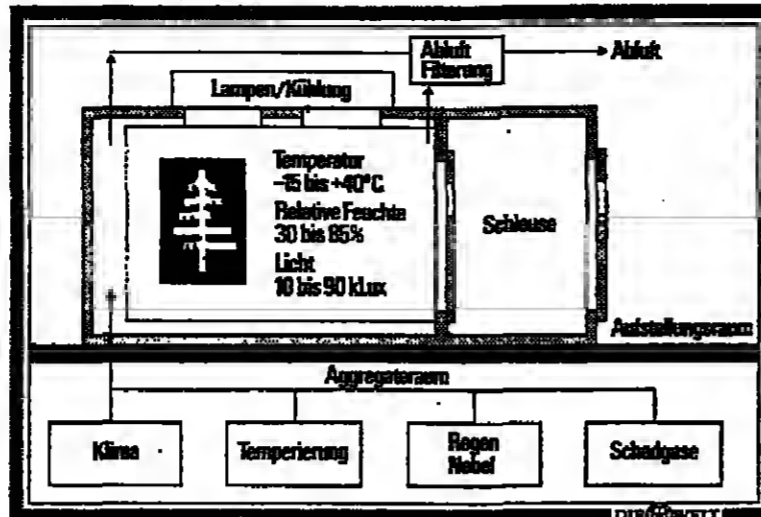
**BfG: Ihre Bank**

Über die Ursachen des Waldsterbens wird viel spekuliert. Vor allem welche Faktoren und welche Schadstoffe in welcher Zusammenwirkung den Tod der Bäume verursachen, ist bisher nicht erwiesen. Die Wechselwirkungen in der freien Natur lassen sich nicht genau analysieren. In neuartigen „Expositionskammern“ werden die Umweltbedingungen nun simuliert.

## Um den Wirrwarr mit den vielen Hypothesen zu beenden, wird der Wald ins Labor geholt

Von D. GURATZSCH  
Bei der Forderung nach den Ursachen des Waldsterbens wird von den Wissenschaftlern kriminologischer Spürsinn gefordert. Zwar stimmen alle namhaften Waldforscher der Bundesrepublik darin überein, daß die „neuartigen Waldschäden“, von denen bereits die Hälfte des deutschen Waldes gezeichnet ist, durch Luftschadstoffe verursacht werden, die auslösenden Faktoren zweifelsfrei zu benennen. Die Tatsache, daß die Schäden trotz unterschiedlicher Klima- und Bodenverhältnisse großflächig auftreten, daß sie in Reinluftgebieten ebenso beobachtet werden wie in hochbelasteten Verdichtungsräumen, hat bereits die abenteuerlichsten Spekulationen ausgelöst.  
Der bayerische Umweltminister Alfred Dick hat daraus kürzlich den Schluß gezogen, „daß die Waldschäden sehr verschiedenartige Ursachen haben und daß diese Einflüsse in den verschiedenen Gebieten unterschiedlich wirksam sind.“ Um den Wirkungszusammenhängen auf die Spur zu kommen, müsse „sämtlichen, möglicherweise ursächlichen oder mitursächlichen, Einflußgrößen in interdisziplinärer Zusammenarbeit“ nachgegangen werden.  
In der freien Natur sind diese Einflußgrößen aber nur schwer systematisch zu erfassen. Sie treten niemals einzeln auf, sondern in wechselnden Kombinationen und überdies auch in wechselnder Intensität. Deshalb ist es bisher auch nur gelungen, ganze Bündel von Faktoren zu benennen, wie zum Beispiel Schwefeldioxid,

Stickoxide, Ozon, Schwermetalle, Versauerungsschleime im Waldboden, saurer Nebel, extreme Witterungseinflüsse, Schadinsekten und Mikroorganismen, ohne daß eine schlüssige Kausalkette aufgestellt werden konnte.  
Nun soll dem Wirrwarr der Hypothesen mit neuen Versuchsarrangements begegnet werden. Dabei wird der Wald ins Labor geholt, um die Überlagerung unterschiedlicher und auch unbekannter Einflüsse in der Natur auszuschließen. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) in München-Neuherberg, die im vergangenen Jahr mit der Koordinierung der Waldschadensforschung in Bayern beauftragt worden ist, Anfang des Jahres neuartige „Expositionskammern“ in Betrieb genommen, in denen sich oberbayerisches Föhnwetter ebenso simulieren läßt wie ein Regentag im Ruhrgebiet.  
Entwickelt wurden die Kammern, die acht Millionen Mark kosten und für die es in der ganzen Welt kein Gegenstück gibt, von einer Firma in Balingen (Baden-Württemberg).  
Sie haben eine Größe von 3,5 mal 2,8 Meter und sind zweieinhalb Meter hoch. In den Kammern lassen sich Temperaturen von minus 15 bis plus 40 Grad Celsius einstellen, die Luftfeuchte ist variabel, die Experimentatoren können Regen und Nebel erzeugen. Ebenso können sie Windgeschwindigkeiten bis 0,7 Meter pro



Die verschiedensten Umweltbedingungen, die möglicherweise für das Waldsterben verantwortlich sind, lassen in den neuartigen „Expositionskammern“ simuliert werden, vom schäbsten Sonnenschein bis hin zu saurem Regen und Nebel

Sekunde herbeiführen und strahlenden Sonnenschein oder diffuses Tageslicht simulieren. Durch die Verbindung von Xenonstrahlern und speziellen Metallhalogenid-Brennern mit einem ausgeklügelten Filtersystem gelang es, wie die Herstellerfirma versichert, sogar das Sonnenlicht „naturgetreu nachzubilden“. Dabei wird der extreme Wert von 130 000 Lux erreicht – realistisch für Reinluftgebiete in den Hochalpen und an den Küsten.  
Wie Hans-Dieter Payer von der GSF erläutert, sind die ersten Versuchspflanzen bereits zum Jahreswechsel in die Kammern verbracht worden: vierjährige Fichtenstecklinge aus einheitlichem genetischem Material. Die acht kleinen Kammern sollen mit je zwölf Bäumchen bestückt werden. Auf die Pflanzen warten wahre Märrten.  
Die Versuche beginnen mit der Zuführung von Ozon, das in der Natur in 20 bis 40 Kilometern Höhe unter starker Sonneneinstrahlung aus Sauerstoff, aber auch aus den Stickoxiden der Autoabgase und aus Kohlenwasserstoffen gebildet wird. Schon in geringsten Konzentrationen wirkt das Reizgas gewebeschädigend. Dabei wird die äußere Haut der Pflanzenzellen verletzt, so daß Flüssigkeit aus dem Zellinneren austritt. Außerdem wird das Blattgün zerstört, das für die Ernährungsprozesse der Pflanze wichtig ist. Empfindliche Pflanzen wie Kiefern werden bereits bei Überschreitung der natürlichen Ozonmenge, die bei 20 bis 30 Mikrogramm (Millionstel Gramm) pro Kubikmeter Luft liegen, beschädigt. Im Münchner Labor sollen Konzentrationen

von 40 bis 200 Mikrogramm erzeugt werden, wie sie in sonnenreichen Sommern in Reinluft- und in Ballungsgebieten gemessen wurden.  
Die Wirkung des Ozons soll in München mit anderen Einflüssen kombiniert werden: mit saurem Nebel (pH-Wert 3), mit extrem starken Frösten, mit schlechten und gedüngten Böden. Um Vergleichsmöglichkeiten zu haben, wollen die Forscher jeweils nur einen Teil der Pflanzen dem jeweiligen Schadfaktor aussetzen.  
Außerdem haben sie die Absicht, in alle Kammern Schwefeldioxid zu geben, da dieses Schadgas die Wirkung des Ozons ganz erheblich verstärkt. Es entsteht bei der Verbrennung fossiler Energieträger allein in der Bundesrepublik in einer Menge von bis zu vier Millionen Tonnen im Jahr und wird in der Luft 1000 Kilometer und weiter transportiert.  
In den Münchner Laborversuchen, die im ersten Durchgang etwa ein halbes Jahr dauern werden, wird man versuchen, gerade über diese Kombinationswirkungen nähere Aufschlüsse zu erhalten. Später soll auch der Einfluß von Pilzen, Bakterien, Viren und Schadinsekten im Laborversuch studiert werden. Allerdings meldet sich auch schon erste Kritik. Professor Franz Nienhaus vom Institut für Pflanzenkrankheiten der Universität Bonn: „Die meisten Schäden zeigen sich an alten Bäumen – und wie will man die in das Labor bringen!“

### Schadinsekten sind später an der Reihe

## Dienst für Wetterfühlige kann Arzt nicht ersetzen

Medizin-meteorologischer Service für die Öffentlichkeit

Von HEINZ PANZRAM  
Als erster und einziger Wetterdienst der Welt bieten die Offenbacher Meteorologen in Zusammenarbeit mit der Landesärztekammer Hessen einen „medizin-meteorologischen Informationsdienst für die Öffentlichkeit“ an. Für Ärzte, Kliniken, Sanatorien und Apotheker gibt es solche Hinweise auf die vom Wetter für die Gesundheit ausgehenden Gefahren schon seit etwa 15 Jahren. Neu ist der Schritt in die Öffentlichkeit. Er wurde bisher vermieden, um keine Meteoropathen (eingebildete Wetterkranke) zu züchten.  
Die Vorbereitungen für diesen Service haben einige Jahre in Anspruch genommen, in erster Linie die Diskussion darüber, ob es überhaupt sinnvoll ist, einen solchen Versuch zu starten. Vor allem bestehen zwei Gefahren: Zum einen ist es möglich, daß akute persönliche Befindensstörungen auf die leichte Schulter genommen und dem Wetter in die Schuhe geschoben werden, zum anderen könnte eine bundesweite Wetterpsychose hervorgerufen werden.  
Die Warnungen über Gefahren, die vom Wetter ausgehen, sind deshalb bisher nur dem oben genannten Benutzerkreis zur Verfügung gestellt worden. Aus dem gleichen Grund werden die Hinweise auch nicht über die Medien verbreitet. Wer wetterfühliger ist oder glaubt es zu sein (etwa 30 Prozent der Bundesbürger), soll sich die Mühe machen müssen, den Anrufbeantworter im Deutschen Wetterdienst zu bemithen (069/80 62 888).  
Bei der Vorstellung des medizin-meteorologischen Wetterdienstes betonten die Offenbacher Fachleute, daß der Hausarzt und seine individuelle Beratung der Patienten mit diesem neuen Service auf keinen Fall ausgeschaltet werden soll. Im Gegenteil: die Zusammenarbeit zwischen beiden soll vertrauensvoll intensiviert werden, um gemeinsam zu klären, welche Beschwerden auf das Wetter zurückzuführen sind und welche andere Ursachen haben.  
Der für die Medizinmeteorologie zuständige Referent im Deutschen Wetterdienst, Reinke, faßte den Nutzen des Service zusammen: Die Patienten können „mit diesen Informationen des Deutschen Wetter-

dienstes ihre Lebensweise dem zu erwartenden Wettereinfluß anpassen und so bereits vorhandenen oder möglichen Beschwerden besser begegnen“. Das erinnert an eine Spruchweisheit der Briten. Sie sagen: „Es hat keinen Zweck, gegen das Wetter anzukämpfen, man muß sich mit ihm arrangieren.“  
Profitieren werden, so ist die Annahme in Offenbach, insbesondere Patienten mit chronischen Erkrankungen der Atemwege, wie zum Beispiel Asthma Bronchiale, mit Kreislaufstörungen (vor allem bei zu niedrigem Blutdruck) oder mit vasomotorischen Kopfschmerzen (Migräne).  
Wer zu den 30 Prozent wetterfühligen Bürgern gehört, kann beim Deutschen Wetterdienst (Postfach 185, 6050 Offenbach) einen Fragebogen anfordern, mit dessen Hilfe die Offenbacher Meteorologen feststellen wollen, wie hilfreich der neu angebotene Service ist. Dieses Pilotprojekt ist zur Zeit auf ein Jahr befristet und auf den Raum Frankfurt/Rhein-Main beschränkt, um zu prüfen, ob ein bundesweiter Service mit einem Fernsprechansagedienst der Bundespost empfehlenswert ist.  
Die Medizinmeteorologie ist zur Zeit noch ein Bereich mit vielen offenen Fragen. Fortschritte auf diesem zwischen der Medizin und der Meteorologie angesiedelten Forschungsgebiet können nur durch eine noch engere Zusammenarbeit erreicht werden. Dazu ist es unbedingt erforderlich, die „Schwellenlänge“ zwischen beiden Disziplinen abzubauen.  
Die Schwierigkeit liegt darin, daß sich mit den Menschen und dem Wetter zwei sehr komplizierte Regelsysteme gegenüberstehen, zwischen denen es sehr schwer ist, kausale Zusammenhänge exakt nachzuweisen. Einfacher formuliert: der Wettereinfluß ist da, aber wie er zustande kommt, ob über das vegetative, dem menschlichen Willen nicht unterworfen, Nervensystem oder andere Rezeptoren, ist noch ein ungelöstes Rätsel. Die Warnung von Hippokrates vor 2500 Jahren an seine Kollegen muß die heutige Medizin allerdings nicht mehr beachten. Damals hieß es: Man vermeide den Aderlaß, das Ausbrennen oder die Anwendung des Messers beim Wetterwechsel.

### NOTIZEN

**Feuchtwiesen gefährdet**  
Düsseldorfer (dg) – Als „wichtigstes und schwierigstes naturschutzrechtliches Ziel“ hat der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Klaus Matthies die Sicherung der Feuchtwiesen im Münsterland und an Niederrhein bei gleichzeitiger Erhaltung der bäuerlichen Existenz genannt. Wegen der von der Europäischen Gemeinschaft geforderten Begrenzung der Milchproduktion stünden die dort arbeitenden landwirtschaftlichen Betriebe unter dem Druck, bisher als Grünland genutzte Flächen, die den Lebensraum zahlreicher Tiere bilden, in Ackerland umzubrechen. Die Landesregierung erarbeitet deshalb gemeinsam mit den Bauern, ihren Organisationen und dem ehrenamtlichen Naturschutz ein Konzept, wie Grünlandbetriebe in derartigen Gebieten durch zusätzliche Milchquoten auf Dauer gesichert werden könnten.

**Neue Naturschutzgebiete**  
Wiesbaden (DW) – In Hessen sind im vergangenen Jahr – wie schon 1983 – 35 neue Naturschutzgebiete ausgewiesen worden. Damit hat sich die unter Naturschutz gestellte Landesfläche um 863 Hektar vergrößert. In Hessen bestehen nunmehr 261 Naturschutzgebiete auf einer Fläche von insgesamt 13 798 Hektar. Dies entspricht 0,65 Prozent des Landesgebiets.

**Anmeldefrist verlängert**  
Hamburg (dpa) – Der Anmeldefrist für den Wettbewerb „Reporter der Wissenschaft“, der von der Stiftung „Jugend forscht“ ausgeschrieben ist, wurde vom 31. Januar auf den 1. März dieses Jahres verschoben. Teilnehmern an dem Wettbewerb können Schüler, Wissenschaftler, Studenten und Journalisten, die am 1. April 1985 noch nicht 30 Jahre alt sind. Es werden Beiträge erwartet, die Themen aus Forschung und Technik wissenschaftlich präzise und spannend zugleich schildern und vier Schreibmaschinenseiten nicht überschreiten. Zu gewinnen sind insgesamt 10 000 Mark. Für Teilnehmer unter 18 Jahren gibt es zudem einen Förderpreis. Mehr Informationen über den Wettbewerb erteilt die Stiftung „Jugend forscht“ (Notkestr. 31, 2000 Hamburg 52).

# Strom für alle Fälle



Der frostklirrende Januar machte uns allen Dampf: auch unseren Kraftwerken. Die Temperaturen lagen weit unter minus 20 Grad – tagelang. Die Folge: Der Strombedarf war so hoch wie nie zuvor. Rund 5.400 Megawatt oder die Leistung von beispielsweise acht größeren Kraftwerken mußten zusätzlich mobilisiert werden.

- Wir sorgen zuverlässig dafür, daß immer genug Strom da ist – so viel wie gebraucht wird. Dabei müssen wir für alle Fälle vorbereitet sein – auch für außergewöhnliche Situationen wie jetzt im Januar. Deshalb halten wir nichts von dem Vorwurf, es gäbe viel mehr Kraftwerke, als wir brauchen.
- Es gibt zwar Kraftwerke, die wir wochenlang wenig oder gar nicht betreiben. Aber in außergewöhnlichen Fällen müssen solche Spitzen- und Reservekraftwerke voll ans Netz. Zusätzlich zu unseren Braunkohle- und Kernkraftwerken, die „rund um die Uhr“ laufen. Und zusätzlich zu den Steinkohlekraftwerken, die mithelfen, den wechselnden Strombedarf an normalen Tagen zu decken.
- Wir brauchen unsere Spitzen- und Reservekraftwerke: etwa wenn andere Kraftwerke ausfallen, oder wenn es besonders kalt ist. Ihr Brennstoff ist Öl – zu wertvoll für einen Betrieb „rund um die Uhr“, Spitzenkraftwerke sind auch die Speicherwasserkraftwerke. Ihr Wasservorrat reicht oft nur für 30 Tage im Jahr. Deshalb sind sie eine Vorsorge für die Spitzenzeiten. Und keine Überkapazität.

## Strom – eine saubere Sache. Die deutschen Stromversorger.

Schreiben Sie uns bitte, wenn Sie Informationen zu diesem Thema möchten. Wir schicken sie Ihnen schnell und kostenlos zu.

**IZE** Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V.  
Stresemannallee 23  
6000 Frankfurt/M. 70

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 864, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Das große Erbe

Lieber Herr Springer, ich möchte Ihnen danken für Ihren heiligen Schwestern-Artikel in der WELT (vom 21. Januar - Die Red.). Was Sie sagen, entspricht voll meinen Vorstellungen. Freiheit ist wichtiger als jede Grenze. Niemand kann den Schleiers oder uns allen das große kulturelle Erbe Schlesiens rauben. Mit meinen besten Empfehlungen und herzlichsten Grüßen an Ihre Gattin bin ich  
Ihr  
Karl Carstens

## Auftrag des DLF

Sehr geehrte Damen und Herren, in Leserbriefen an die WELT haben sich Herr Paul Otto Vogel, Mitglied des Rundfunkrates des DLF, und Herr Staatssekretär a. D. Franz Thedieck, sechs Jahre Intendant des DLF, zum Programmauftrag des Deutschlandfunks geäußert. Ich möchte dazu folgendes sagen. Der Wortlaut der gesetzlichen Grundlage des Programmauftrages des Deutschlandfunks ist eindeutig. Man kann ihn, wie Herr Thedieck es tut, für das deutsche Programm in der Tat auf die einfache Formel bringen: Der DLF soll die Menschen in der DDR über Leben und Vorgänge in der Bundesrepublik Deutschland und die Menschen in der Bundesrepublik über Leben und Vorgänge in der DDR möglichst umfassend informieren. Dieser Auftrag wird in ein und demselben Programm erfüllt. Dieses eine Programm richtet sich deshalb unterschiedlos an Hörer hier wie dort. Weder beim Intendanten noch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besteht der geringste Zweifel, daß bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, „ein umfassendes Bild Deutschlands zu vermitteln“, in besonderer Weise an die Menschen in der DDR gedacht werden soll. So ist es im Deutschlandfunk immer gehalten worden. So wird es bleiben. Wer unterstellt, der Sender verhalte sich in „Programmgestaltung und Inhalten“ wie „eine x-beliebige Landesrundfunkanstalt“ verschließt die Augen vor den vielen Sendungen, die ausdrücklich DDR-Themen und gesamtdeutschen Themen gelten. Und er tut den Kollegen und Kollegen in allen Redaktionen unrecht, deren Anstrengung sich darauf richtet, solche Sendungen zu produzieren.

land gleichsam in einer Art „Schönkost“ oder gar „Schönkost“ vermittelt zu bekommen, also unter Verzicht auf Kritik an Ereignissen, die Kritik herausfordern. Sie wünschen, ganz im Gegenteil, als kritische Zeitgenossen ernstgenommen zu werden, wie die Bürger der Bundesrepublik auch. Eben dies macht unsere Glaubwürdigkeit aus. Aus den Hörerbriefen, die uns aus der DDR erreichen, und aus zahllosen persönlichen Kontakten auch der Mitarbeiter des DLF ergibt sich der Schluß, daß der Deutschlandfunk in der DDR nach wie vor gern gehört wird - wo er zu hören ist. Leider ist der Deutschlandfunk aber in vielen Gegenden auch der DDR nur in einer Qualität zu empfangen, die heutigen Hörgewohnheiten kaum noch gerecht wird. Wo UKW-Sender anderer Anstalten empfangen werden können, sind deshalb viele Hörer zu diesen Sendern übergewechselt. Dies gilt im übrigen auch für die Bundesrepublik. Die uns vorliegenden demoskopischen Untersuchungen bestätigen, daß die unzulängliche technische Empfangsqualität des Handicap des DLF bildet und die Hörer unserem Programm ein hohes Maß an Objektivität und Ausgewogenheit bescheinigen. Der DLF muß daher das Menschenmögliche tun (und bedarf dazu der Unterstützung von Bund und Ländern), um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß er nicht schlechter als andere Rundfunkanstalten zu empfangen ist.

Richard Becker, Intendant des DLF  
\*  
Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

## Wie kompetent?

„Bundesbank: Kräfte sollen Kosten senken“ - WELT vom 18. Januar  
Nun hat also auch die Bundesbank den Weg zur Ärzteschelte gefunden (warum eigentlich die Bundesbank?). Für viel kompetenter als die Bundesbank halte ich Herrn Wilhelm Heitzer, den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen, der sagte: „Ohne die Ärzteschwemme wäre die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung kein Problem.“ Auf das komplexe und komplizierte Geschehen der Kostensteigerung im Gesundheitswesen einzugehen, möchte ich mir ersparen.

## Wort des Tages

„Es kommt nicht darauf an, dem Leben mehr Jahre zu geben, sondern den Jahren mehr Leben.“  
Alexis Carrel, französischer Chirurg und Forscher (1873-1944)

werden die Fakten politisch verzerrt. Die Betroffenen wissen das, wollen es aber nicht eingestehen, weil sonst ihr Feindbild zerstört würde.

Kostentreibend verhalten sich aber auch die Kassen, insbesondere die Erbschaftskassen. Die ersten Kassen, die - nach ihren Aussagen - wegen des ungeheuren Kostenschubs - die Beitragssätze erhöhten, waren die DAK und BEK. Beide Kassen aber gewähren ihren Mitgliedern aus Wettbewerbsängsten Sonderleistungen, die Kopfschütteln verursachen und für die mit Sicherheit eine gesetzliche Grundlage fehlt. Die Techniker-Krankenkasse hält ihren Beitragssatz für das gesamte Jahr 1985, obschon auch sie diesem „ungeheuren Kostenschub“ ausgesetzt ist. Zu erklären ist das nur mit einer guten Haushaltsführung.

Dr. J. Beckhy, Diez  
\*  
Der Bundesbankanalyse über den Kostenanstieg, hervorgerufen durch Fortschritte in der Medizin und überproportionale Belastung der Kassen durch Rentner, kann man nur zustimmen. Über Rezepte der Kostensenkung denken aber schon seit Jahren auch andere, in allen Varianten, nach. Es wird auch gehandelt. Der Vorschlag der Bundesbank ist kein neues Rezept.

Ich frage mich nur, wann die ärztlichen Verbände der Bundesbank zur Dollarsenkung oder dem Lombardsatz Ratschläge zu geben glauben müssen.

Dr. F. v. Canstein, Köln 1

## Das Kriegsende

„5. Mai 1945 - Ein Tag der Befreiung“ - WELT vom 18. Januar  
Wie kann man vom „Tag der Befreiung“ sprechen, wenn die Hälfte Deutschlands seitdem in Unfreiheit lebt? Es ist eine Verbählung der mittel- und ostdeutschen Bevölkerung, 40-jähriges Unrecht in völliger Verdrängung des Kriegs- wie aller anderen Begriffe einfach zu übergehen, als wäre es nicht geschehen.

Die Unionsparteien hielten, wie der letzte Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, bisher noch Frieden und Freiheit für untrennbar - und jetzt?

W. R. Thorwirth, Gummersbach

Diese Niederlage kann ich nicht feiern. Nach 40 Jahren sollte endlich ein Friedensvertrag abgeschlossen werden, der unseren Waffenstillstand mit all seinen Verträgen ablösen könnte.

Die Millionen, die die Feiern zum 4. Mai kosten werden, sollte man zur Linderung der Not für Arbeitslose, Kriegsbeschädigte und Rentner verwenden, die der Krieg um eine gerechte Altersversorgung gebracht hat.

Kurt Dills, Puderbach

## Botha leitet das Ende der Apartheid ein

M. GERMANI, Johannesburg  
Die Rede des südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Willem Botha zur traditionellen jährlichen Parlamentsöffnung in Kapstadt hat in diesem Jahr erwartungsgemäß gemischte Reaktionen hervorgerufen. Nachdem im September vergangenen Jahres erstmalig sowohl die Vertreter der 2,5 Millionen Kap-Farbigen als auch die 300 000 Inder an der Regierung beteiligt wurden, indem für beide Bevölkerungsgruppen eigene Parlamente geschaffen worden waren, ging Botha jetzt in seiner Rede auf den wichtigsten Faktor der südafrikanischen Innenpolitik, nämlich die zumindest partielle Beteiligung der rund 22 Millionen Schwarzen des Landes, ein. Demnach hat der Staatspräsident die alte, von Premierminister Henk Verwoerd entworfene Politik der getrennten Entwicklung oder Apartheid endgültig beendet. Botha kündigte die Bildung eines informellen, nicht gesetzgebenden Forums an, in dem verschiedene Interessengruppen und Regierungsvertreter offen über Verfassungsangelegenheiten diskutieren sollen. Hauptpunkt dieser Gespräche werden unter anderem die Umwandlung der Pacht für Schwarze in Landbesitzrechte sein, der Wunsch der schwarzen Gemeinden nach vollen Staatsbürgerrechten und eine größere Mitsprache der Schwarzen über die örtliche Verwaltung hinaus.

Sowohl die liberale progressive Partei als auch die Vertreter der beiden neuen Parlamente begrüßten verhalten die Ankündigung des Staatspräsidenten. Der Führer der PFD, van Zyl Slabbert, nannte die Vorschläge einen endgültigen Abschied vom traditionellen Dogma der regierenden nationalen Partei und den Beginn einer neuen politischen Diskussion zwischen Schwarz und Weiß. Allan Hendricks, der farbige Führer, sagte, es handle sich um einen wichtigen neuen Abschnitt in der politischen Entwicklung. „Die Anerkennung der Schwarzen außerhalb der Heimatländer, ihr Wohnrecht selbst zu wählen, das ist ein guter Neuanfang.“ Auf Ablehnung stießen dagegen die Vorschläge Bothas sowohl bei der konservativen Partei als auch bei der schwarzen United Democratic Front, dem informellen politischen Arm der kommunistischen Untergrundbewegung ANC. Andries Treurnicht, ein führender Vertreter der weißen Vorhut, sprach sich gegen einen Rebellionsbeschluss aus, den wegen der großen Öffnung der Besitzrechte in bisher nur Weißen vorbehalten Wohngebieten.

## Paris jagt wieder „Action Directe“

Internationale Geschichte und Verbindungen / Hungerstreik aus Solidarität mit der RAF

A. GRAF KAGENECK, Paris  
Die enge Zusammenarbeit zwischen der französischen Terrororganisation „Action Directe“ mit der deutschen Roten Armee Fraktion ist um ein neues Beweismittel erweitert worden. Seit dem 19. Januar befinden sich zwei Angehörige der „A. D.“, Régis Schleicher und Jean Asselmeyer, im Pariser Santé-Gefängnis im Hungerstreik. Sie ließen wissen, daß sie dies „aus Solidarität mit den deutschen RAF-Gefangenen“ täten und dieselben Forderungen wie sie erhoben. In diesem Zusammenhang ist in Frankreich stark beachtet worden, daß in der Bundesrepublik angeblich eine Liste mit 91 Namen von Persönlichkeiten, darunter auch Franzosen, gefunden wurde, die beim Tode eines der Streikenden „exekutiert“ werden sollen.

Seit dem 15. Januar gibt es ein von beiden Organisationen zweisprachig verfaßtes Dokument, in dem der Aufbau einer politisch-militärischen Guerilla-Front in Westeuropa zur Bekämpfung der NATO als „Kern der imperialistischen Machtpolitik“ angekündigt wird. Unter den Kriterien einer „neuen imperialistischen

Machtpolitik der NATO“, die zu bekämpfen seien, werden in dem Dokument neben der Aufstellung der Pershing-Raketen in der Bundesrepublik auch die Diskussionen über eine deutsche Beteiligung an der französischen Force de Frappe und deren Eingliederung in die NATO genannt. Für französische Regierungskreise kam dieser Hinweis auf eine gewisse Rückkehr Frankreichs in die NATO nicht überraschend. Das Argument, völlig aus der Luft gegriffen, taucht immer wieder an der Sicherheitspolitik der Sozialisten auf.

Die „Action Directe“ hat eine bewegte, von Anfang an sehr international verquickte Laufbahn hinter sich. 1979 trat sie mit ersten, relativ harmlosen Sprengstoffattentaten und Feuerüberfällen auf öffentliche Gebäude in Paris auf. Als ihr Chef wurde rasch ein gewisser Jean-Marc Roullan ermittelt, heute 33 Jahre alt, der sich schon bei der spanischen Terroristen-Gruppe Gari im „Kampf gegen Franco“ hervorgetan hatte. 1974 war Roullan zum ersten Mal in Paris wegen illegalen Sprengstoff und Waffenbesitzes verhaftet worden. 1977 tat er sich mit Nathalie Menig-

non zusammen, mit der er bis zu bei der Verhaftung 1980 mehrere Anschläge und Banküberfälle verübte. Beide wurden 1981 von der sozialistischen Regierung unter Protest der Rechtsopposition amnestiert und führten kurze Zeit ein halbamtliches Aktivistenleben mit öffentlichen Auftritten und Zeitungsinterviews sowie Eintreten für Hausbesetzer, die sie 1982 nach einem Mord an zwei Polizeibeamten, die sie bei einem Banküberfall überrascht hatten, wieder in der Unterwelt untertauchten.

Angeblickt halten sich beide zur Zeit in Belgien auf, wo sie mit der dortigen Terror-Gruppe „Kommunistische Kämpferische Zellen“ (CCC) Attentate gegen NATO-Einrichtungen verübten. Weitere prominente A.-D.-Mitglieder sind Mohammed Hamani (Verbindungsmann zu den italienischen Roten Brigaden, von einem Pariser Gericht freigesprochen und vermutlich in Algerien) sowie die 58-jährige „Passionaria“ der Gruppe, Helyette Besse, die zusammen mit Schleicher und Asselmeyer im März 1984 verhaftet wurde, als sie beiden eine Ausweichwohnung in Avignon verschaffen wollte.

## „Schlesier“-Verleger wußte von nichts

WERNER KAHL, Bonn  
„Das ist eine Katastrophe. Ich kenne den Artikel gar nicht.“ Das erklärte gestern in Afrika der Verleger und Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Der Schlesier“ Hans-Joachim Igner in einem Telefongespräch mit der WELT. Nach seinen Angaben habe er vor seiner Abreise in den Senegal die Seiten für die Beiträge der entsprechenden Ausgabe vorbereitet, aber einen freien Mitarbeiter, einen Korrektor damit betraut, die Zeitung zusammenzustellen. „Aber verantwortlich bin ich“, erklärte Igner, der morgen nach Deutschland zurückkehren wird.

Der Artikel des zwanzigjährigen niedersächsischen Beamtenanwärters Thomas Finke in der Wochenzeitung „Der Schlesier“, der zu erregten Auseinandersetzungen geführt hat, wird wahrscheinlich die Gerichte beschäftigen. Der Vorsitzende des Bundes „Schlesische Jugend“, Hartrud Koschky, kündigte gestern gegenüber der WELT an, Finke werde aufgefordert, die Behauptung, Koschky habe den Beitrag gekannt und gebilligt, zu widerrufen. Andernfalls werde Klage erhoben.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hat bei der Staatsanwaltschaft Recklinghausen Strafanzeige gegen den presserechtlich ver-

antwortlichen Redakteur der Wochenzeitung, Hans-Joachim Igner, erstattet. Igner, der zugleich Verleger des Blattes ist, wird Kriegsverherrlichung und Volksverhetzung vorwurfen.

Das Manuskript befindet sich nach Angaben der Ehefrau des Verlegers in der Redaktion und trägt den handschriftlichen Vermerk „Nicht für die Jugendseite geeignet, sondern für den allgemeinen Teil“. Diese Notiz stammt von einem journalistischen Mitarbeiter, einem Medizinstudenten in Münster, der bisher für die Jugendseite verantwortlich war. Nach dem Eklat wurde er jetzt abgelöst.

Der Autor hatte ihm zusammen mit einem Beitrag für die Jugendseite den Artikel, den er „Nachdenken über Deutschland“ überschrieben hatte, mit der Bitte übermittelt, das Manuskript der Redaktion in Recklinghausen zuzuleiten. Denn Finke habe bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht für die politische Seite des „Schlesier“ geschrieben.

„Ich habe den Artikel aus eigenem Entschluß schon am 14. November 1984 geschrieben“, erklärte der Autor „Thomas Finke“ in einem Telefongespräch der WELT in seinem Heimatort Vienenburg im Harz. Ohne Rücksprache seitens der Redaktion sei der Aufsatz schließlich am 25. Januar

1985 veröffentlicht worden. Der Gedanke an das Szenario sei ihm bei der Suche nach einer „unblutigen Lösung der deutschen Frage“ gekommen, sagte Finke weiter. „Daraus will man mir nun einen Strick drehen.“

Der aus einem streng katholischen Elternhaus stammende Abiturient kennt Schlesien nur aus Erzählungen seiner Eltern. Seinen Wehrdienst leistete er bei einer Dienststelle der Psychologischen Verteidigung der Bundeswehr in Clausthal-Zellerfeld.

Wenige Tage vor dem Erscheinen des Artikels war Finke zum Vorsitzenden einer neuen Gruppe der schlesischen Jugend in Goslar gewählt worden. Mit seinen Anhängern wollte er in diesem Jahr stärkeren Einfluß auf die Zusammensetzung der Bundesgruppe nehmen. Auf einstimmigen Beschluß des Bundesvorstandes und bei nur einer Gegenstimme der Bundesdelegiertenversammlung wurde Finke am vergangenen Wochenende aus der Jugendorganisation - ebenso wie aus der CDU in Goslar - ausgeschlossen.

„Ich bin ein Demokrat und habe jegliche Beleidigung mit Respekt, lein und neonazistischem Gedankengut vermindert“, versicherte Finke. „In diese Ecke kann man mich nicht stellen, aber politisch bin ich ja noch wohl ein ‚toter Mann‘.“

## GEBURTSTAGE

Professor Werner Ernst, Staatssekretär a. D., feierte seinen 75. Geburtstag. Ernst war langjähriger Direktor des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster. Von 1953 bis 1959 war er Richter am Bundesverwaltungsgericht und wurde danach von Bundeskanzler Konrad Adenauer zum Staatssekretär im Bundesministerium berufen. In dieser Funktion arbeitete Professor Ernst maßgeblich am Bundesbaugesetz, dem Gesetz über den Abbau der Zwangswirtschaft, einem sozialen Miet- und Wohnungsrecht (Lücke-Plan) und dem Bundesraumordnungsgesetz mit.

Die Schauspielerin Carola Höhn, vor allem vom Film und von der Bühne her bekannt, feiert am Mittwoch in Grünwald bei München ihren 75. Geburtstag. Die als Tochter eines schwäbischen Kaufmanns in Wesermünde geborene Darstellerin, die gelegentlich noch Fernsehrollen übernimmt und stark mit Synchronisierungsarbeiten beschäftigt ist, nahm früh Schauspielunterricht und erhielt 1934 noch als Eileen ihre erste Filmaufgabe in „Ferien vom Ich“. Vor allem durch Filmrollen machte sie sich trotz mehrerer Theaterengagements dann auch einen Namen: Man sah sie in „Charleys Tante“, „Alle Tage ist kein Sonntag“ und in „Mutter“. Nach dem Krieg spielte Carola Höhn in Berlin zunächst Theater. Wie schon zuvor in dem Film „Hürr, ich bin Papa“ war Helms Rühmann in dem erfolgreichen Bühnenschwank „Der Mustergatte“ ihr Partner. Eine Reihe von Gastspielreisen, Theater- und Fernsehrollen folgten.

## VERANSTALTUNGEN

Sieben junge Künstler aus dem Saarland zeigen zur Zeit ihre Werke in der saarländischen Landesvertretung in Bonn. Staatssekretär Dr. Dietrich von Preuschen, Bevollmächtigter des Landes, eröffnete

## Personalien

die Ausstellung, in der, zur Überraschung vieler, die Bonner Gäste mit den „jungen Wilden“ der Kunst des Saarlandes konfrontiert werden. Gezeigt werden Bilder von Francis Berrar, Christoph M. Frisch, Peter Hochscheid, Horst Hübner, Hans Herwer, Rolf Viva und Thomas Wojciechowski, der sich heute als freischaffender Bildhauer betätigt. Der Direktor des Saarland-Museums, Dr. Georg W. Költzsch, führte in die Werke ein. Die Ausstellung ist wochentags bis 1. März in der Kurt-Schumacher-Straße 8 geöffnet.

## AUSZEICHNUNG

Den Johann-Wenzel-Stamitz-Preis 1985 der Künstlergilde Esslingen erhält der 1930 in Halberstadt geborene und jetzt in Calw im Schwarzwald lebende Komponist Friedrich Voss. Mit dem vom Bundesministerium des Innern mit 10 000 Mark dotierten Preis wird das hervorragende Schaffen des Komponisten gewürdigt. Die Ehrengabe des Stamitz-Preises in Höhe von 4000 Mark geht an den 1910 in Bromberg in der ehemaligen Provinz Posen geborenen Komponisten Ulrich Kopka. Den Förderpreis, mit gleicher Dotierung, erhält die 1953 in Bukarest geborene und jetzt in Stuttgart lebende Komponistin und Pianistin Adriana Hlasky. Die Künstlergilde ist eine Vereinigung, die durch Leben und Werk den deutschen Kulturschaffenden des Ostens, des Südostens und Mitteldeutschlands verbunden ist.

## UNIVERSITÄT

Professor Dr. Paul Velsinger (45) bleibt für weitere vier Jahre Rektor der Universität Dortmund. Der Konvent der Hochschule bestätigte den promovierten Volkswirt jetzt mit großer Mehrheit in seinem Amt. Velsinger wurde 1972 an die Universität Dortmund berufen, wo er für Raumplanung zuständig ist. Im Oktober 1978 war er erstmals zum Rektor ernannt worden.

## VERÄNDERUNG

Wachwechsel im Vorstandsvorsitz des Verbandes Deutscher Elektrotechniker (VDE): Nach einstimmiger Wahl wird der mit 30 000 Mitgliedern zu den größten wissenschaftlich-technischen Vereinen in Europa zählende VDE jetzt vom stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Stadtwerke Düsseldorf AG, Dr. Chrysanth Marnet (61), als Vorsitzendem geführt. Er löst Professor Dr. Werner Wolfram Bock aus München ab. Auch Marnets Stellvertreter ist neu im Amt: Dr. Gerhard Zeldler (48) ist Vorstandsmittglied der Standard Elektrik Lorenz (SEL) AG, Stuttgart. Marnet, zeitweise verantwortlich auf dem Gebiet der Kernenergie in der Kernforschungsanlage Jülich, ist technischer Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktorgeinschaft GmbH in Düsseldorf. Zeldler ist Leiter des SEL-Zentralbereichs und gilt als besonderer Fachmann auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik.

Der Geologe Professor Dr. Georg Petersen ist im Alter von 86 Jahren in Lima in Peru verstorben. Petersen, gebürtiger Fienstburger, studierte an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und später an der Technischen Universität Lima. Nach seinem Studium ging er als Geologe nach Südamerika, wo er 31 Jahre als Geologe tätig war. Von 1952 bis zu seiner Pensionierung 1969 war er außerdem Professor für Geologie und Lagerstättenkunde sowie Wirtschaftsbiologie und dazu für Archäologie und Fachhistorik an der St.-Martins-Universität in Lima. Neben hohen und höchsten staatlichen Ämtern in Peru oblagen ihm viele Ehrenämter, unter anderem auch das Amt des Präsidenten der evangelisch-lutherischen Kirche in Peru. Auch setzte er sich in besonderem Maße für die deutschen Belange in Peru ein.

Willkommen an Bord.

# Wer in Ruhe arbeiten will, sollte lieber gleich mit Air Canada nach Kanada fliegen.



Wo weniger Sitze stehen, hat man auch mehr Ruhe. In unserer Executive Class sind es 24 bzw. 36. So gute Arbeitsbedingungen finden Sie nirgendwo sonst. Termine macht Ihr IATA-Reisebüro. Oder wir: 069/25 01 31. Air Canada. Flüge, die wie im Flug vergehen.

**AIR CANADA**  
Intercontinental

# Für Sie holen wir das Beste aus uns heraus.

Die wertvollste Ware der Welt wird im menschlichen Gehirn produziert: Ideen.

Sie sind krisensicher, tragen hohe Zinsen und steigen stetig im Wert. Deshalb ist das, was in den Köpfen unserer Mitarbeiter steckt mehr wert als der Inhalt jedes Safes. Und deshalb wenden wir diesem Intelligenz-Potential auch entsprechende Aufmerksamkeit zu.

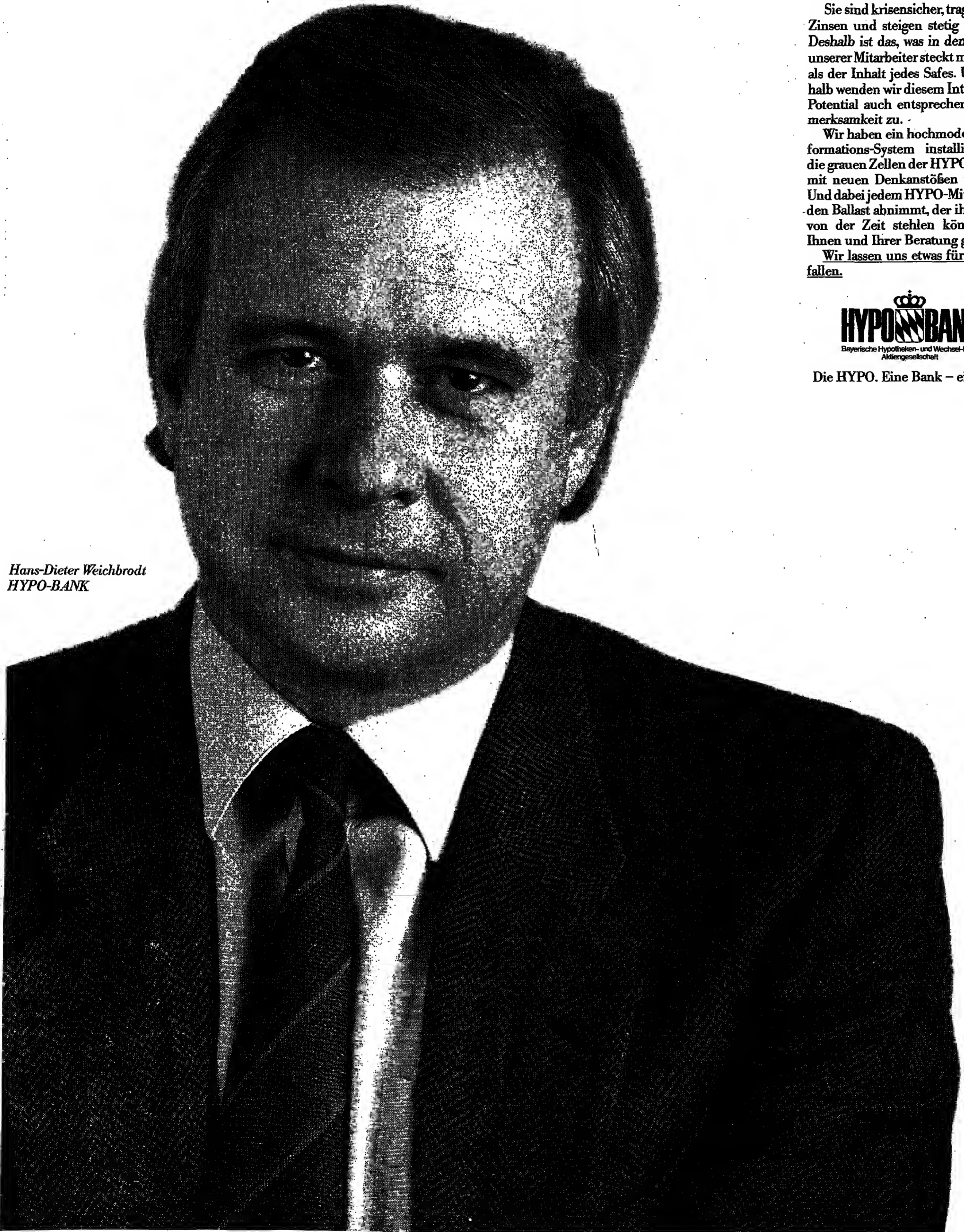
Wir haben ein hochmodernes Informations-System installiert, das die grauen Zellen der HYPO ständig mit neuen Denkanstößen versorgt. Und dabei jedem HYPO-Mitarbeiter den Ballast abnimmt, der ihm etwas von der Zeit stehlen könnte, die Ihnen und Ihrer Beratung gehört.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

  
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank  
Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Hans-Dieter Weichbrodt  
HYPO-BANK





NACHRICHTEN

Kein Losglück

Basel (sid) - Kein Losglück im Handball-Europapokal besaß der TV Lützelndingen. Im Halbfinale des IHF-Pokals sind die Damen des zweimaligen DDR-Meisters ASK Vorwärts Frankfurt/Oder als Gegner zugelost worden.

Schneller Foster

Rosemont (dpa) - Der Olympiasieger Greg Foster (USA) hat bei einem Leichtathletik-Sportfest in Rosemont (US-Bundesstaat Illinois) die Hallen-Wettkämpfe über 50 m Hürden auf 6,30 Sekunden verbessert. Die alte Bestmarke hielt Renaldo Nehemiah (USA) mit 6,36.

McEnroe in Führung

Düsseldorf (sid) - Durch seinen Erfolg bei den US-Hallenmeisterschaften übernahm der New Yorker John McEnroe mit 825 Punkten die Führung im Tennis-Grand-Prix-Wettbewerb 1985. Mit 227 Punkten liegt der Tschechoslowake Miloslav Mecir auf dem zweiten Platz.

Bayreuth ausgeschieden

Bayreuth (dpa) - Der Tischtennis-Bundesligaklub TTBG Bayreuth ist im Europapokal-Viertelfinale (ET-TU-Wettbewerb der Herren) gegen Spartacus Budapest mit 4:5 ausgeschieden. Den entscheidenden Punkt verlor Hans-Joachim Nolten mit 15:21, 18:21 gegen Simon.

ZAHLEN

TENNIS Damenmarier in Key Biscayne (USA). Finale: Evert-Lloyd - Navratilova (beide USA) 6:2, 6:4. - US-Hallenmeisterschaft in Philadelphia. Finale: McEnroe (USA) - Mecir (CSSR) 6:3, 7:6, 6:1.

TISCHTENNIS

Deutscher Pokal, Finale in Saarbrücken. ATSV Saarbrücken - TTC Jülich 8:2.

EISOCKEY

Bundesliga: Köln - Kaufbeuren 8:1, Düsseldorf - Mannheim 4:7, Schwandau - Eisenersee 3:5, Isertal - Eschen-Weiß 6:4, Landsüt - Rosenheim 3:4. - Tabellenplätze: 1. Rosenheim 52:16, 2. Köln 48:18, 3. Mannheim 43:25, 4. Landsüt 37:29, 5. Kaufbeuren 37:31.

FUSSBALL

Engländer Pokal, 4. Runde: Liverpool - Tottenham 1:0.

GEWINNZAHLEN

Remontiert: Rennen A: 12, 3, 11 (wurde ausgelost). - Rennen B: 33, 32, 25. (Ohne Gewähr).

NATIONALELF / Berthold und Thon gegen Ungarn von Beginn dabei

Kälte und Eis - Franz Beckenbauer findet alles „einfach schwachsinnig“

BERND WEBER, Hamburg Als die deutsche Fußball-Nationalmannschaft gestern morgen im Holsten-Stadion in dem idyllischen Hamburger Vorort Quickborn trainierte, war der Himmel fast wolkenlos blau, und die Sonne strahlte. Doch die Szenerie war nicht einmal im Ansatz symptomatisch für die derzeitige Stimmung im Trainingslager. Dort präsentierten sich vor allem Teamchef Franz Beckenbauer in einer Stimmung, die ihm sonst fremd war: Trät er bislang meist als Sonnyboy auf, produzierte er sich diesmal eher grümlig. Immer deutlicher ließ Beckenbauer erkennen, wie wenig gelegen ihm das heutige Länderspiel gegen die Ungarn im Hamburger Volksparkstadion (Spielbeginn: 20.15 Uhr) kommt. „Es ist einfach schwachsinnig“, sagt der Teamchef wörtlich. Zum einen: Seine Spieler gehen ohne jede Spielpraxis in die Begegnung. Und die Arbeit im Holsten-Stadion war auch nicht dazu angetan, um die Ausgangslage zu verbessern. Denn der Platz war schneebedeckt, an etlichen Stellen regelrecht vereist, so daß Beckenbauer und DFB-Trainer Horst Köppel ihre Leute immer wieder zur Zurückhaltung ermahnen mußten, um das Verletzungsrisiko möglichst gering zu halten. Den Mönchengladbacher Uwe Rahn erwischte es dennoch. Er war mit dem Schalker Olaf Thon zusammengedrallt und hieß mitleidig im Schnee liegen. Das Training bedeutete Rahn leicht humpelnd.

Trainingsquartier gegeben, denn an der Rezeption des Quickborn-Sporthotels war eine anonyme Bombendrohung eingegangen. Sofort rückte eine Polizeistaffel mit Spürhunden an und durchsuchte mehr als eine Stunde lang sämtliche Räumlichkeiten. „Bei mir im Zimmer“, erzählte Olaf Thon, „waren die Beamten bestimmt viermal.“ Spät am Abend rückte die Polizei wieder ab, ein paar Sicherheitsposten blieben natürlich zurück.

So drohten denn die sportlichen Aspekte des heutigen Spiels zwischenzeitlich fast gänzlich verdrängt zu werden. Das änderte sich erst, als Beckenbauer gestern mittig die (vorläufige) Mannschaftsaufstellung bekanntgab. Die kann man zwar nicht gerade als sensationell bezeichnen, aber so ganz wie erwartet, fiel sie auch nicht aus. So überraschte, daß der Hamburger Uli Stein im Tor anfangen darf und die Nummer eins, Toni Schumacher, zumindest die erste Halbzeit auf der Bank verbringen muß. Normalerweise hat das Verärg-

nung bei dem ehrgeizigen Kölner zur Folge - diesmal jedoch nicht Stein selbst hatte sowohl Beckenbauer als auch Schumacher um diese Lösung gebeten. Zum einen, weil das Spiel in Hamburg stattfindet, zum anderen, weil sich der Spieler des HSV im Vorfeld der Begegnung außerordentlich heftig engagiert hatte. Er hatte zusammen mit anderen Hamburger Prominenten Karten auf den Straßen verkauft, um den Reinerlös, der den Hinterbliebenen der Opfer des Bar-Kassenschießens in Hamburger Hafen vom 2. Oktober 1984 zufließen wird, zu steigern.

Daß Beckenbauer mit dem Frankfurter Neuling Thomas Berthold und dem Schalker Thon, der seine Länderspielpremiere am 16. Dezember 1984 auf Malta feierte, gleich zwei Nachwuchstaleute von Beginn an spielen läßt, war auch nicht unbedingt erwartet worden. Berthold gab sich nach seiner Nominierung lässig. „Angst“, erklärte er föhlich lüchelnd, „habe ich keine. Der Teamchef hat mir gesagt, er habe Vertrauen zu mir. Das baut mich auf.“

Oh auch Spielmacher Felix Magath mit dieser lockeren Einstellung in die 90 Minuten gehen kann, bleibt abzuwarten. „Ich spüre nichts mehr von der Gabelsucht, die ich wochenlang unerkannt in den Knochen hatte. Und auch die leichte Zerrung, die ich mir von der Insel-Reise des HSV mitgebracht habe, ist abgeklungen“, meinte der Hamburger. Daß das Ungarn-Spiel für ihn besonders ein Testfall sei, weil sein endgültiges Qualifikations-Nachweis als Spielmacher der Nationalmannschaft noch aussteht, wollte Magath nicht unbedingt gelten lassen. „Bei Länderspielen“, so meinte er, „steht man immer unter einem besonderen Erfolgsdruck. Da unterscheidet sich mich von niemandem im Team.“ Als Test für das nächste WM-Qualifikationsspiel am 24. Februar in Portugal wolle Magath das Spiel heute nicht sehen.

Apoptos Portugal: Beckenbauer ging zu diesem Thema wieder einmal mit den DFB-Funktionären hart ins Gericht. Daß sie den Februar-Termin akzeptiert hätten, fand der Teamchef „einzeln unmöglich“. Zu diesem Zeitpunkt fehlt den Bundesliga-Profilen doch wegen des Winters Jahr für Jahr die Spielpraxis. Dies sei doch nicht erst seit jetzt bekannt.

So wollen beide Teams beginnen

Deutschland: Stein (Hamburg/30 Jahre), Länderspiel - Jacobs (Hamburg/31/4) - Berthold (Frankfurt/20/0), K. H. Förster (Stuttgart/26/63), Briegel (Verona/29/55) - Littbarski (Köln/24/38), Matthäus (München/23/29), Magath (Hamburg/31/25), Thon (Schalke/18/1) - Rummenigge (Mailand/29/50), Völler (Bremen/24/21).

In Reserve: Schumacher (Köln/29/54), Brehme (Kaiserslautern/24/11), Herget (Udingen/29/7), Falkertmayer (Frankfurt/27/12), Koch (Frankfurt/25/50), Frontzeck (19/1), Rahn (22/3), Mill (alle Mönchengladbacher/26/4).

Ungarn: Diszsi (Szekesfeharvar/35/3) - Roth (Pecs/25/10) - Sallai (25/20), Garaba (27/41), Varga (alle Honved/27/11) - Kardos (Ujpest/25/10), Nagy (29/13), Detari (beide Honved/22/5) - Kirpirci (Tatabanya/22/5), Nyilas (Wien/30/65), Esterhazy (AEK Athen/29/14).

In Reserve: Hegedüs (31/0), Szendrei (31/0), Szanto (27/12), Peter (27/11), Szabo (23/0), Hannich (28/19), Dajka (26/14), Bobonyi (29/25), Pölöskei (25/13), Zsinka (20/0).

Schiedsrichter: Halle (Norwegen).

RALLYE

Trotz Grippe: Röhl weiter unauffhaltsam

Walter Röhl hat seinen fünften Sieg in der Rallye Monte Carlo bereits im Visier. Der zweimalige Weltmeister aus Regensburg und sein Münchner Beifahrer Christian Geidstricker liegen mit ihrem 400 PS starken Audi Sport Quattro nach sechs von 34 Sonderprüfungen dieses ersten WM-Laufes mit 29 Sekunden an der Spitze. Zweite sind der finnische Ex-Weltmeister Ari Vatanen und sein englischer Beifahrer Terry Harryman auf Peugeot 205 Turbo vor dem schwedischen Titelverteidiger Stig Blomqvist und seinem Landsmann Björn Cederberg (2:09 Minuten zurück) auf einem weiteren Quattro.

Allerdings war an eine Fortsetzung des Dreikampfs gestern nachmittag vorübergehend nicht zu denken. Etwa 80 Demonstranten hatten mit ihren Fahrzeugen in Burzet den Start zur zweiten Sonderprüfung auf der zweiten Etappe blockiert. Sie protestierten allerdings nicht wie bei früheren Anlässen gegen die Austragung der Rallye, sondern gegen das mangelhafte Schulsystem im Ardèche-Gebiet.

„Meine Erklärung ist fast weg“, freute sich derweil der 37 Jahre alte Röhl, den 39 Grad Fieber, Nierenschmerzen und eine Blasenentzündung kurz vor dem Start am Samstag pessimistisch gestimmt hatten. Seine Konkurrenten zeigten an seiner Leistung unverhohlene Bewunderung. „Röhl ist der Superman des Rallyesports. Er zeigt uns, wie hoch der Standard ist, wenn er hier bei der Monte fährt“, sagte der französische Peugeot-Werksfahrer Bruno Saby.

Blomqvist meinte: „Es wundert mich gar nicht, daß Röhl hier führt. Diese Rallye hier ist quasi seine Hasch-Portion.“ Den Schweden, 1984 bei Röhl's viertem Sieg Zweiter, plagte ein hiesiger Turbulader-Probleme. Trotzdem konnte er sich wieder vom fünften Platz aus nach vorne schieben. Röhl hatte dem Weltmeister auf einer 27 km langen Sonderprüfung gleich zehn Sekunden abgenommen. Das ist etwa so, als würde Niki Lauda bei einem Grand Prix über 300 km mit mehr als einer Runde Vorsprung vor seinem Teamgefährten Alain Prost gewinnen.

STANDPUNKT

Emil Becks Euphorie

Er hat schon soviel Siege miterlebt - da müßten ihm eigentlich neuerliche Erfolge nicht mehr allzusehr in Euphorie versetzen. Nicht aber Emil Beck, „Unglaublich einfach unglücklich“, jubelte er noch am Montag morgen, 15 Stunden nach dem Erfolg der deutschen Florettfechter. Mathias Gey, Harald Hein und Ulrich Schreck beim bedeutenden Weltcup-Turnier „Challenge Martini“ in Paris. Denn in dieser Reihenfolge hatten die drei Taubenschießer die ersten drei Plätze belegt, und so etwas war auch in Paris ein Novum. Niemand zuvor war es einer Nation - geschweige denn einem Fechtklub - gelungen, gleich die ersten drei Ränge für sich zu beanspruchen.

Die großen Favoriten aus Frankreich, aus Italien, aus der Sowjetunion - sie alle blieben im Verlauf dieses Turniers, das von den Franzosen höher als eine Weltmeisterschaft eingeschätzt wird, auf der Strecke. Gey schaltete den renommierten Sowjetrussen Romanow und den italienischen Weltcup-Sieger Borella aus.

Mathias Gey und Harald Hein - diese beiden sind freilich seit Jahren Garanten für internationale Siege, und wäre es bei den olympischen Fechtwettkämpfen in Los Angeles gegen Gey nicht seinerzeit zu äußerst fatalen Fehlentscheidungen gekommen, wer weiß, wie seinerzeit das Turnier ausgefallen wäre. Doch wer ist Ulrich Schreck, der Dritte von Paris? Bei dem 23jährigen stand das Fechten zwei Jahre lang nicht im Vordergrund. Jetzt sieht das wieder anders aus, mit Becks unverdrossener Hilfe. Schreck ist ein riesiges Talent, und Beck präzise. „Er wird einer der größten Fechter der Welt.“

Heute wird das Talent Ulrich Schreck aber erst einmal an der Trainerakademie in Köln seine Aufnahmeprüfung absolvieren, denn auch das gehört ja zu Emil Becks Erfolgsphilosophie: Auch wenn noch so hart trainiert wird, in der beruflichen Ausbildung hat jeder seinen Mann zu stehen. Und nicht nur eben mal so. Denn für die Zeit nach den Fechtaktionen sollte jeder gerüstet sein. KLAUS ELUMÉ

SPORTPOLITIK

Friedrich nicht mehr Koordinator

Der Bundesausschuß Leistungssport (BAL) hat seinen Skisport-Koordinator Eduard Friedrich vorläufig vom Amt entbunden. Er reagierte damit auf die Bundestrainer-Kritik Friedrichs, der auch BAL-Direktor ist, bei den Nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld. Die Suspendierung besteht bis zur Klärung der Mißverständnisse, die in Seefeld entstanden sind.

Friedrich, dessen Kritik durch das schwache Abschneiden der Langläufer und Skispringer nachträglich bestätigt wurde, wird nicht bei dem Mittwoch beginnenden Weltmeisterschaft der Alpen in Bormio (Italien) in Aktion treten. Seine noch in Seefeld ausgesprochene Trainer-Kritik ist zum Bumerang geworden.

Der Präsident des Deutschen Skiverbandes (DSV), Josef Ertl, hat in einem Brief an Willi Weyer, den Präsidenten des Deutschen Sportbundes (DSB), gegen die Friedrich-Aktion interveniert. Weyer wiederum hatte bereits am vergangenen Donnerstag an der Kölner Sporthochschule erklärt: „Es ist nicht die Aufgabe des Bundesausschusses, unsere Trainer zu kritisieren. Das ist Sache der Fachverbände. Der BAL ist ein Koordinierungsorgan ohne Weisungsbefugnisse.“

Der frühere Kunstturn-Bundestrainer Friedrich, der auch im Turnierlager nie vor Kritik zurückgeschreckt und deshalb ebenfalls als Koordinator abgelöst worden war, hatte von den Disziplin-Trainer Detlef Nirschl (Langlauf) und Ewald Roscher (Skispringen) überzeugende Konzepte für die Zukunft gefordert, sie sonst zur Auflösung ihrer bis zu den Olympischen Spielen 1988 verlängerten Verträge auffordern wollen.

Bei einer Krisensitzung in Seefeld waren die strittigen Punkte mit der DSV-Mannschaftsleitung in aller Offenheit angesprochen worden, danach hatte man sich bis April vertagt. „Muß das sein? Wir haben mit Friedrich immer bestens zusammengearbeitet. Jeder macht mal einen Fehler. Der Zeitpunkt seiner Kritik während der noch laufenden Weltmeisterschaft war nicht gut gewählt“, so reagierte DSV-Sportdirektor Helmut Weinbuch auf die Mitteilung.

„Formel 1 ist Sahne“: Die ARD-Hitparade und ihr Moderator Ingolf Lück Popwanderung durch die „Dritten“

Mit Rennwagen hat sie nichts zu tun, diese „Formel 1“, auch wenn es in ihrer ganz schön flott zu geht. Die Chiffre, die heiße Reiten, heulende Motoren und flöte Mädchen assoziieren läßt, bezeichnet auch eine Pop-Sendung auf den dritten ARD-Kanälen, deren Beliebtheit nicht nur in ihrer Hitparade-Aktualität, sondern gewiß auch in der aufgeräumten, unverblühten Art ihres neuen Moderators Ingolf Lück gründet. „Formel 1“ ist, sagt die Hauptschauerguppe der 12-his etwa 25jährigen, „Formel 1“ ist Sahne. Das liegt vor allem daran, daß diese 45minütige Sendung einmal wöchentlich produziert wird, am durchschnittlich drei Tagen in den München-Bavaria-Studios, dann, von Bayerns Drittem ausgehend, tageweise



Ein Spröß der alternativen Theaterbewegung: „Formel 1“-Moderator Ingolf Lück. FOTO: TELEPOST

schauspielenden Rocktheater-Gruppen. Arrabal hat er gemacht und Sartre, hat in einem sozialkritischen Stück einen Fürsorgezögling dargestellt und gelangt mit diesen Aktivitäten dann auch zum Fernsehen, wo er seit Anfang dieses Jahres die „Formel 1“ moderiert. „In München, wo ich dann auf dem Theater auch angefangen habe, Moderationsaufgaben zu übernehmen“, berichtet er, „haben wir hin und wieder auch TV-Spots gemacht und nach zwei Monaten kurze Videos von uns an die Sender verschickt.“ Den endgültigen Einstieg ins Fernsehen ermöglichte ihm die WDR-Tochter WDF, die in ihrem „Sprungbrett“-Theater Nachwuchsgruppen Auftrittschanzen bietet. Dort gastierte Lück mit seinem Rocktheater im Januar und Februar 1984 und erzielte, „unter relativ professionellen Bedingungen“, eine Menge Beifall - als Verfasser, als Moderator, als Darsteller im Vordergrund.

Lück weiß, daß „Formel 1“ zunächst ganz ohne Moderator begann, daß dann sein Vorgänger Peter Illmann als Sprecher dazu kam und er selbst nur bei der Auswahl von Interpretinnen und der Erstellung seiner Texte viel mehr Freiheiten hat, als der Laie es sich allgemein vorstellt. „Das kann man positiv, aber auch negativ sehen“, sagt er, „positiv, weil man wie gesagt - beeinflussen kann, negativ, weil natürlich so ein ganz beträchtlicher Kreativitätsdruck auf einem lastet.“

Warum die Sendung ausgerechnet in den allgemeinen mit intellektuellen Minoritäten assoziierten Dritten Programm steckt, weiß er nicht. Es interessiert ihn auch nicht, Stiefmütterlich behandelt führt er sich nämlich nicht. „Es war ein Versuch, und der schlug ein.“ ALEXANDER SCHMITZ

versetzt den Rest der ARD durchwandert, bis sie in der Woche darauf von der nächsten Formel-Ausgabe abgelöst wird. Das ist einmal im Netz der ARD, zumal es sich bei diesem Dreiviertelstündigen „per Definition“ (Lück) um eine aktuelle „Hitparade“ handelt, in der jeweils aus den vorliegenden „Top 75“ der Branchenverbindlichen wöchentlichen Hitübersicht der Media Control, sechs bis sieben Neuzugänge, also brandneue Hits, vorgestellt werden, und zwar, wie Ingolf Lück der WELT erläutert, „entweder in Form von Gruppen-Videos oder, wenn die Gruppe oder der Sänger noch kein Video hat, als Live-Auftritt.“ Und das betrifft nicht nur deutsche „Acts“, sondern auch englische oder amerikanische. Die Kosten dafür übernehmen, schließt Lück, im Regelfall die jeweiligen Plattenfirmen.

KRITIK

Zittern vor den Folgen

Die Windschutzscheibe wird zum Bildschirm, und ich staune, daß das Menschen sind, die da an mir vorbeifahren“, sagt der junge Autofahrer Michael. Das Eingeständnis aus dem Munde des Azubis wirkt aber wie eine Drebbuchanweisung: Tribut an gängige Ängste der Generation, die den Söhnen Computer kauft und vor den Folgen zittert. Rainer Haake, der als betuchter Moderator durch die Sendung Kin-

Rahmen der Unterhaltungsbranche legitimiert, wird abgetan. Junge Menschen hieben in der Isolierung ihrer computerisierten Kinderzimmer stecken. Aber nicht wegen, sondern mit dem Computer. Andere, wie Christian und Michael, bringen ihr kreatives Potential auch in die reizvollen Möglichkeiten ein, die ihnen die neuen Medien bieten. Der Computer ist weder Teufel noch Allmächtiger. Er vermag nicht mehr und nicht weniger als die Menschen, die mit ihm umgehen. Eine Binsenwahrheit, die oft in Vergessenheit gerät. INGRID ZAHN

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM. WEST: 18.30 Soozonstraße, 19.00 Aktuelle Stunde, 20.00 Tagesschau, 20.15 Auslandsreporter, 20.45 Rückblicke, 21.00 Fernseh-Eins, 21.05 Döds - die Rückkehr, 21.15 Musik, 21.25 Deutschlandbilder, 21.30 Auslandsreporter, 21.45 Projekt Paterson, 22.00 Projekt Paterson, 22.05 Projekt Paterson, 22.15 Streif im „Othello“, 0.05 Nachrichten. HESSEN: 18.30 Musikinstrumente und ihre Geschichte (I), 19.05 Formel Eins, 20.00 Geliebte Anna, 20.15 Zwei aktuell, 21.00 Kultur international, 21.30 Die Bilder werden machen, 21.45 Vor vierzig Jahren. SÜDWEST: 19.00 Baden-Württemberg, 19.05 Baden-Württemberg, 19.10 Baden-Württemberg, 19.15 Baden-Württemberg, 19.20 Baden-Württemberg, 19.25 Baden-Württemberg, 19.30 Baden-Württemberg, 19.35 Baden-Württemberg, 19.40 Baden-Württemberg, 19.45 Baden-Württemberg, 19.50 Baden-Württemberg, 19.55 Baden-Württemberg, 20.00 Baden-Württemberg, 20.05 Baden-Württemberg, 20.10 Baden-Württemberg, 20.15 Baden-Württemberg, 20.20 Baden-Württemberg, 20.25 Baden-Württemberg, 20.30 Baden-Württemberg, 20.35 Baden-Württemberg, 20.40 Baden-Württemberg, 20.45 Baden-Württemberg, 20.50 Baden-Württemberg, 20.55 Baden-Württemberg, 21.00 Baden-Württemberg, 21.05 Baden-Württemberg, 21.10 Baden-Württemberg, 21.15 Baden-Württemberg, 21.20 Baden-Württemberg, 21.25 Baden-Württemberg, 21.30 Baden-Württemberg, 21.35 Baden-Württemberg, 21.40 Baden-Württemberg, 21.45 Baden-Württemberg, 21.50 Baden-Württemberg, 21.55 Baden-Württemberg, 22.00 Baden-Württemberg, 22.05 Baden-Württemberg, 22.10 Baden-Württemberg, 22.15 Baden-Württemberg, 22.20 Baden-Württemberg, 22.25 Baden-Württemberg, 22.30 Baden-Württemberg, 22.35 Baden-Württemberg, 22.40 Baden-Württemberg, 22.45 Baden-Württemberg, 22.50 Baden-Württemberg, 22.55 Baden-Württemberg, 23.00 Baden-Württemberg, 23.05 Baden-Württemberg, 23.10 Baden-Württemberg, 23.15 Baden-Württemberg, 23.20 Baden-Württemberg, 23.25 Baden-Württemberg, 23.30 Baden-Württemberg, 23.35 Baden-Württemberg, 23.40 Baden-Württemberg, 23.45 Baden-Württemberg, 23.50 Baden-Württemberg, 23.55 Baden-Württemberg, 24.00 Baden-Württemberg.



Maria Reimer (Sonia Ziemann) kämpft nach dem Untergang der „Willie Tilt“ um ihr Leben (Nacht fiel über Götterhafen - ZDF, 19.30 Uhr). FOTO: RÖHNERT

# Verfassungsgericht prüft Gesetz zum Zivildienst

### Normenkontrollklage der SPD gegen Dauer des Ersatzdienstes

**RÜDIGER MONIAC, Bonn**  
Die Frage, ob ein Zivildienst von 20 Monaten für anerkannte Kriegsdienstverweigerer verfassungsgemäß ist, wird morgen vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts verhandelt. Die SPD-regierten Bundesländer Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen strengen gegen das am 1. Januar 1984 in Kraft getretene von der christlich-liberalen Koalition beschlossene Gesetz zur Neuordnung des Rechtes zur Kriegsdienstverweigerung ein Normenkontrollverfahren in Karlsruhe an. Ihm schlossen sich die 198 Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion an. Die Klage der Sozialdemokraten richtet sich nicht nur gegen die nach ihrer Ansicht im Vergleich zum Grundwehrdienst von 15 Monaten zu lange Dauer des Zivildienstes. In dem neuen Gesetz der Koalition sehen sie auch im Anerkennungsverfahren für die Verweigerer rechtsstaatliche Grundsätze mißachtet.

Mit dieser Klage geht der politische und rechtliche Streit in der Bundesrepublik Deutschland um eine Neuordnung des Rechtes der Kriegsdienstverweigerung ins siebente Jahr. Gegen das 1977 von der damaligen SPD/FDP-Koalition verabschiedete Gesetz, das die Anerkennung der Verweigerung auf die Abgabe einer schriftlichen Erklärung des Antragstellers reduzierte („Postkarten-Verfahren“), war die Normenkontrollklage der CDU/CSU im April 1978 erfolgreich.

Der Bremer Verfassungsrichter Rinken argumentierte in seinem Gutachten als Prozessvollmächtigter der SPD, die Bundesregierung verletze ihre Sorgfaltspflicht, wenn sie voraussetze, daß die Wehrpflichtigen des Einberufungsjahres 1984 und der folgenden im Laufe der Heranziehung

zu Wehrübungen bis zum 45. Lebensjahr neben ihrem Grundwehrdienst von 15 Monaten mit weiteren fünf für Wehrübungen rechnen müßten. In längeren Ausführungen sucht Rinken nachzuweisen, daß dies nicht zu trifft und die zu 20 Monaten Dienstdauer Verpflichteten diskriminiert würden. In Artikel 12a des Grundgesetzes heißt es: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen.“

Der Gutachter der Bundesregierung, der Bonner Professor für Öffentliches Recht, Ossenbühl, argumentiert dagegen, solange der Gesetzgeber die Zeiten für Wehrübungen nicht offensichtlich unverhältnißmäßig festsetze, sei es nicht zu beanstanden, daß die Dauer des zivilen Zivildienstes sich aus dem Grundwehrdienst und den Zeiten für Wehrübungen addiere. Die Zeiten für die Wehrübungen erforderten eine Prognose des Gesetzgebers, die das Bundesverfassungsgericht nur beanstanden könne, wenn sie „offensichtlich unverhältnißmäßig“ sei. Im übrigen nennt es eine Stellungnahme der Bundesregierung überraschend, daß die SPD in einem eigenen Gesetzentwurf die Verlängerung des Zivildienstes auf 19 Monate beabsichtigte. Die Erklärung, daß 20 Monate verfassungswidrig sein sollen, 19 aber nicht, bleibe sie schuldig.

Ossenbühl stuft Wehrdienst und Zivildienst durch die gefundene Regelung als gleichwertig ein, nennt aber dennoch auch den Zivildienst eine „lästige Alternative“. Zur Begründung sagt der Gutachter der Regierung, Zivildienstleistende müßten im Gegensatz zu Soldaten an einem Stück zum Dienst und seien nicht sicher, ob Reservisten tatsächlich zu Übungen gezogen würden.

# „DDR“-Bischöfe: Menschenwürde Ziel der Jugend

### KNA/hrk, Berlin

„Wenn Christus unsere Zukunft sein soll, müssen wir auf ein Stück irdische Zukunft verzichten und den Mut haben, anders zu sein als unsere Umgebung“, heißt es in einem Hirtenwort der katholischen Bischöfe der „DDR“, das am vergangenen Sonntag verlesen wurde. Dieser Aufruf an die christliche Jugend Mitteldeutschlands bezieht sich auf den katholischen Jugendkongreß, der am 17. Mai in der Ostberliner Hedwigs-kathedrale eröffnet wird. Wer sich in der „DDR“ für Christus entscheide, heißt es darin, „darf nicht vorankommen wollen um jeden Preis“. Es sei denkbar, daß er „bestimmte Berufs- und Positionen einfach nicht erreichen“ könne.

Der „Mut zum Anderssein“ heiße nicht, betonen die Bischöfe, „gegen die anderen zu sein und in dauernder Opposition zu leben“. Christen seien anders, weil sie „für das wahre Leben sind, für die Würde des Menschen eintreten, für die anderen da sein wollen, für eine menschenwürdige Gesellschaft und einen wahren und dauerhaften Frieden sich einsetzen“. Entgegen der auch in der „DDR“ herrschenden Auffassung, die „vornehmliche sexuelle Erfahrungen, Ehe ohne Trauschein und Schwangerschaftsabbruch“ zulasse, bemühen sich Christen um die Achtung der Würde des Partners. „Sie bemühen sich um Ehrfurcht und Zucht, bejahen die eheliche Gemeinschaft für ein ganzes Leben, sagen ja zum Kind“. Als Leitbild für diese Haltung nennen die Bischöfe den jungen Menschen neben Thomas Morus den von den Nazis hingerichteten katholischen Dompfarrer Bernhard Lichtenberg, den nach dem 20. Juli 1944 ermordeten evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer und die Geschwister Scholl.

# Stürzt Wiener Verteidigungsminister über umstrittenen Empfang für Reder?

### CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der Fall des in der vergangenen Woche nach vierjähriger Haft von Italien an Österreich übergebenen ehemaligen SS-Sturmbannführers Walter Reder hat in Wien zu politischen Schwierigkeiten in der sozialistisch-liberalen Regierungskoalition geführt. Im Kreuzfeuer steht Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager, der Reder persönlich in Graz von den italienischen Behörden übernommen, mit Handschlag begrüßt und anschließend in eine Bundesbesatzkaserne nach Baden bei Wien gebracht hatte.

Dieser Empfang für Reder war offenbar mit den zuständigen österreichischen Militärs nicht abgesprochen worden. Hohe Offiziere des Bundesheeres behaupten jetzt, nicht eingeweiht gewesen zu sein. Der ehemalige Armeekommandant, der seit drei Jahren pensionierter General der Panzertruppen Emil Spannocchi, der noch heute in der Truppe hohes Ansehen genießt, erklärte, er „sei erschüttert und verärgert“, weil durch die Art der „Heimholung“ Reders das österreichische Bundesheer an eine Vergangenheit angeknüpft werde, die es gar nicht habe. Spannocchi, im Zweiten Weltkrieg selber Wehrmachtsoffizier, sagte dann, das heutige österreichische Heer habe mit der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS „nichts zu tun“. Hätte man ihm, Spannocchi, den Befehl gegeben, Reder abzuholen, er hätte sich dagegen gewehrt.

Bundeskanzler Fred Sinowatz, der von der Aktion Frischenschlagers gleichfalls nicht vorher informiert worden war, bezeichnete das Vorgehen seines Ministers als schweren politischen Fehler. Zu allem Überfließ fiel die Heimkehr Reders, die inzwischen auch im Ausland heftige Kritik an Österreich ausgelöst hat, mit der

Tagung des Jüdischen Weltkongresses in Wien zusammen. Der Präsident des Weltkongresses, Edgar Bronfman, erklärte, die Juden seien „geschockt, aufgebracht und zutiefst empört“. Nur eine persönliche Entschuldigung des österreichischen Kanzlers vor dem Kongreß konnte den sofortigen Abbruch der Veranstaltung verhindern.

Der erst 41jährige Verteidigungsminister hat inzwischen einen offiziellen Besuch in Ägypten abgebrochen. Nach seiner Rückkehr soll Frischenschlager dem Kanzler einen Bericht vorlegen. In Wien wird die Frage gestellt, ob er politisch noch zu halten sei. Seine Partei, die FPÖ, hat ihm zwar demonstrativ den Rücken gestärkt - doch einer der prominentesten Freiheitlichen der alten Schule, der ehemalige österreichische Botschafter in Bonn, Wilfried Greidler, sprach von einer „Panne“.

Der ehemalige Bundeskanzler Bruno Kreisky hat inzwischen in die Auseinandersetzung eingegriffen und überraschenderweise nicht so sehr den Verteidigungsminister, als vielmehr den Außenminister Leopold Gratz attackiert, der ebenso wie Kreisky der Sozialistischen Partei angehört. Falls andere Regierungsmitglieder von der Absicht Frischenschlagers, Reder abzuholen, gewußt hätten, so seien diese, gleichermaßen für die Reaktionen im Inland und den Schaden, der Österreich im Ausland zugefügt wurde, verantwortlich.

meinte der Ex-Kanzler und jetzige Ehrenvorsitzende der SPÖ, Frischenschlager erklärte aber, er habe in Absprache mit dem Außenminister gehandelt. Gratz wiederum verweist darauf, er sei an gewisse Absprachen mit Italien gebunden gewesen, die eine öffentliche Rückkehr Reders nach Österreich und eine Abschirmung vor der Öffentlichkeit verlang-

# Frauen: Idee Genschers bleibt umstritten

### E. N. Bomm

Die Forderung von FDP-Parteichef Hans-Dietrich Genscher, die Stelle einer „Frauenbeauftragten“ beim Deutschen Bundestag einzurichten, ist in Bonn sehr unterschiedlich aufgenommen worden. Während die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Frauenvereinerin und CDU-CSU-Bundestagsabgeordnete, Roswitha Verhülstl, auf Anfrage der WELT den Genscher-Vorschlag begrüßte, hat die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger (SPD), skeptisch auf dessen Forderung reagiert.

Allein durch neue Institutionen „ohne Unterbau und ohne Kompetenzen“ könne den Frauen nicht geholfen werden. Alternativ schlug Frau Renger in einem Gespräch mit der WELT vor, beim Bundeskanzler eine „Staatssekretärin für Frauenfragen“ anzusiedeln, die eine koordinierende und übergreifende Funktion haben müsse. Der Arbeitsstab Frauenpolitik beim Bundesfamilienminister könne dieses „Durchsetzungsvermögen“ nicht haben.

## Kritik aus der SPD

Kritik übte die Sozialdemokratie an der Familienpolitik der Bundesregierung über den zu geringen Anteil von Frauen in führenden Positionen hatte 1981 den CDU-Bundestagsabgeordneten und Familienexperten, Hermann Kroll-Schlüter, veranlaßt, das Familienministerium selbst daraufhin abzuklopfen. Das Ergebnis: Von den fünf Abteilungen des Hauses wurde keine einzige von einer Frau geleitet, von den sieben Unterabteilungen nur eine von einer Frau und von den 71 Referaten unterstanden sieben Frauen.

Die Klage des 1979 eingerichteten „Arbeitsstabes Frauenpolitik“ der Bundesregierung über den zu geringen Anteil von Frauen in führenden Positionen hatte 1981 den CDU-Bundestagsabgeordneten und Familienexperten, Hermann Kroll-Schlüter, veranlaßt, das Familienministerium selbst daraufhin abzuklopfen. Das Ergebnis: Von den fünf Abteilungen des Hauses wurde keine einzige von einer Frau geleitet, von den sieben Unterabteilungen nur eine von einer Frau und von den 71 Referaten unterstanden sieben Frauen.

# Gereiztheit in Rom

### Kommuniqué-Krieg Pertini-Craxi im Fall „De Michelis“

### FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Zwischen Quirinal und Palazzo Chigi, den Amtssitzen Sandro Pertinis und Bettino Craxis, ist über den Fall des sozialistischen Arbeitsministers Gianni De Michelis, der Anfang Januar in Paris mit einem flüchtigen verurteilten Linksterroristen zusammengetroffen war, ein „Krieg der Kommuniqués“ ausgebrochen.

Die Auseinandersetzung ging aus einem „vertraulichen“ Brief des Staatspräsidenten Pertini an Craxi, den Craxi richtete. Darin bezeichnete er es als die „Pflicht“ des Arbeitsministers, nach dem Pariser Treffen zurückzutreten. Ministerpräsident Craxi, der sich angesichts der Zufälligkeit der Zusammenkunft vor seinen angegriffenen Minister stellte, wurde tags darauf die Angelegenheit in einem persönlichen Gespräch mit dem Staatspräsidenten zu bereinigen. In der öffentlichen Annahme, daß ihm dies gelungen sei, erklärte er nach der Unterredung vor der Presse, daß es „nie einen Fall De Michelis gegeben“ habe.

Das Quirinal spielte daraufhin den

„vertraulichen“ Pertini-Brief der Zeitung „La Repubblica“ zu, die seinen Inhalt am 25. Januar veröffentlichte. Craxi bestritt zunächst den Eingang des Schreibens, gab aber kurz darauf zu, ein solcher Brief sei in der Tat am 23. Januar eingegangen.

Der Leiter des Craxi-Sekretariats, Gennaro Acquaviva, setzte nun zum Gegenangriff an und warf dem ebenfalls der Sozialistischen Partei angehörenden Staatspräsidenten vor, die von ihm selbst festgelegte Vertraulichkeit des Schreibens an Craxi gebrochen zu haben. Prompt ließ Pertini öffentlich präzisieren, „daß die Nachricht über den Brief des Präsidenten über den Republik an den Ministerpräsidenten... weitergegeben wurde, nachdem Ministerpräsident Craxi nach der Rückkehr von einem Gespräch im Quirinal erklärt hatte, es habe nie einen Fall De Michelis gegeben“. Die Vertraulichkeit entbinde nicht vom Respekt vor der Wahrheit. Die Öffentlichkeit solle wissen, daß der Fall für den Quirinal durchaus bestanden habe.

# Positives Echo der Jugend

### Übersiedlerwelle aus der „DDR“ begrüßt / Skepsis bei Älteren

### hrk, Berlin/Bonn

Die rund 40 000 „DDR“-Übersiedler, die 1984 in die Bundesrepublik Deutschland kamen, stoßen bei ihren westlichen Landsleuten verbreitet auf Skepsis. Es überwiegt knapp eine eher negative als positive Beurteilung der Übersiedlerwelle. Jüngere Westdeutsche sind eher geneigt, die neuen Nachbarn mit offenen Armen aufzunehmen als Ältere. Diese Ergebnisse einer Repräsentativumfrage bei 2000 ausgewählten Bürgern in der Bundesrepublik finden sich in der Januar-Ausgabe des „Deutschland-Archiv“.

Die Resultate der Umfrage - von der Kommunikationswissenschaftlerin Anne Köhler (Infratest) und Professor Volker Ronge (Universität Wuppertal) erhoben - stehen im Gegensatz zu dem eher günstigen Bild, das eine ähnliche Repräsentativbefragung unter Übersiedlern nach ihrem Eintreffen in der Bundesrepublik ergab (WELT v. 31. 12.). Die mitteleuropäischen Landsleute zeigten sich unter allen neuen Eindrücken im Westen in erster Linie von der freundlichen Aufnahme und nicht durch die Konsum-Welt beeindruckt.

Die Befragungsaktion ergab nach Angaben der Autoren zunächst eine erstaunliche Unkenntnis über die Tatsache der Übersiedlerwelle: „Die war selbst auf ihrem Höhepunkt nicht etwa durchgängig bekannt.“ Selbst die „breite Resonanz der Medien“ habe nicht zu einem hohen Informationsstand geführt. Auf die Frage: „Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß jetzt so viele DDR-Bürger zu uns kommen?“ antworteten nur 18 Prozent mit „uneingeschränkt gut“, 46 Prozent meinten „teils gut, teils schlecht“, und immerhin ein Fünftel bezeichnete diesen Vorgang als „alles in allem eher schlecht“.

Unterteilt nach Altersgruppen, ergibt sich der hoffnungsvoll stimmende Tatbestand, daß bei den 14 bis

29jährigen der Anteil der uneingeschränkten Befürworter mit 22 Prozent am höchsten ist. Bei den über 50jährigen Westdeutschen sinkt er auf 16 Prozent.

Eine negative Einstellung zu dem Vorgang zeigen 23 Prozent der 30- bis 49jährigen und 27 Prozent der älteren Bürger in der Bundesrepublik. Die Autoren kommentieren dies so: „Angesichts der in der Jugend nach Jahrzehnten der deutschen Teilung immer geringer gewordenen persönlichen DDR-Beziehungen... war dieses Ergebnis wohl nicht vorzusehen... Es sind nicht diejenigen, die das ungeteilte Deutschland noch selbst persönlich erlebt haben, also die Älteren, die die Übersiedlerwelle begrüßen; im Gegenteil, es sind eher die Jungen - trotz fehlender persönlicher DDR-Beziehung.“ Hier zeigt sich offenbar eine „generelle und offensive humanitäre Einstellung“.

Eine klare Mehrheit der Westdeutschen verneint die Unterstellung, bei den Übersiedlern handele es sich häufig um Sozialfälle oder Querulanten. Daß sich unter den Männern und Frauen von drüben „besonders viele Spione“ befänden, halten indessen 47 Prozent der Befragten für möglich. 50 Prozent lehnen eine solche Einschätzung ab. Immerhin vermuten dies jedoch 80 Prozent der über 50jährigen.

In der Schlußbetrachtung der beiden Autoren, die ihre Befragung auch als Test für ein Wiedervereinigungsd Denken in der Bundesrepublik betrachteten, heißt es kritisch: „Eine materielle, egoistische Haltung ist bei der Bevölkerung weit verbreitet, und sie schlägt auf das Verhältnis zu den Brüdern und Schwestern von drüben durch, wenn es ernst wird mit den sozialen Kosten der Wiedervereinigung.“ Der das Verhältnis von hüben nach drüben weithin prägende „Distanz-Humanismus“ bilt den Anforderungen der Wirklichkeit wahrscheinlich nicht stand.“

## „Vorschlag bessert nichts“

Aufgrund auch solcher Erfahrungen lehnt die SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Anke Fuchs, eine „Frauenbeauftragte“ beim Deutschen Bundestag ab. Man könne, sagte sie, „darüber streiten, ob die Bundesregierung eine Gleichstellungs-Stelle“ brauche, im Parlament aber werde eine solche Neuerung „keinerlei Verbesserung bringen“. Frauen stellten mit rund 53 Prozent der Einwohner in der Bundesrepublik die Mehrheit. Man brauche also keinen „Minderheitenschutz“, wie ihn die Ausländerbeauftragte, der Wehrbeauftragte oder der von der Bundesregierung Beauftragte für die Behinderten darstellten, sondern eine Einrichtung mit „wirklichen Kompetenzen“, die auch der „Arbeitsstab“ nicht hat.

Der vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen den Willen der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“ ins Leben gerufenen und mit einem Haushaltsvolumen von rund vier Millionen Mark ausgestattete Arbeitsstab hinterließ keine bleibenden Spuren. Die Konstruktion einer innerhalb eines Ressorts angesiedelten Arbeitsgruppe, die ressortübergreifend funktionieren soll, war immer problembehaftet. Frau Verhülstl, die zugestimmt, daß dieses Büro einem Familienminister dazu dienen kann, Einfluß auf die Gesetzgebung zu nehmen, plädiert jedoch deshalb für die Einrichtung der Position einer Frauenbeauftragten im Parlament. Dort könne sie den Gang der Gesetzgebung besser verfolgen. Verhülstl denkt an ein „kleines Büro mit ein paar Juristen drin, die Texte bearbeiten und Nachlese betreiben“. Denn in den Situationsberichten unter dem Titel „Frauen“, die das Familienministerium ab und an herausgibt, kehren allzu oft Gleichberechtigungstragen als ungelöst wieder.

## Paris: Immer weniger wollen links wählen

### rrt, Paris

Die Sozialistische und die Kommunistische Partei Frankreichs müssen nach einer Umfrage bei den nächsten Wahlen mit erheblichen Stimmenverlusten rechnen. Die linksorientierte französische Zeitung „Libération“ veröffentlichte gestern die Ergebnisse einer Erhebung, wonach sich nur noch 32 Prozent der Wähler der politischen Linken zugehörig fühlen. 1981 konnte die Koalition aus Sozialisten und Kommunisten noch 42 Prozent verbuchen.

Der Zuwachs der Opposition betrage dennoch nur vier Prozent - 35 Prozent der Befragten bekundeten Sympathie für die bürgerlichen Parteien. Gut ein Viertel wollte sich nicht einordnen lassen, sechs Prozent äußerten keine Meinung.



## Wenn's um die eigenen vier Wände geht...

Jede Familie wünscht sich ein eigenes Heim: eine Wohnung oder ein Haus. Statt Miete zu zahlen, möchte man lieber die eigenen vier Wände finanzieren. Die Sparkasse kennt viele Wege, um diesen Wunsch zu erfüllen. Und zwar so, daß Sie sich ein Leben lang darüber freuen können. Unser Geldberater entwickelt für Sie zusammen mit der LBS, der Bausparkasse der Sparkassen, einen individuellen Finanzierungsplan, der Sie als

»Bauherr« stark macht, aber die Belastung erträglich hält. Dem Baufortschritt entsprechend werden die nötigen Mittel bereitgestellt und ausbezahlt. So sind von Anfang an Bauplanung, Bauausführung und Baufinanzierung aufeinander abgestimmt. Die Belastung für Sie bleibt immer in einem gesunden Verhältnis zur Leistung. Und das gilt natürlich auch für Modernisierungs- und Renovierungsmaßnahmen.

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über Ihre Baufinanzierung.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse



Ein gutes Beispiel

Altmäßig drängt die Zeit: Noch immer wird in den Unternehmen der Metallindustrie...

x-belebtes Unternehmen handelt, sondern um das des Verhandlungsführers der Metallindustrie...

Schönes Plus

ed. - Die deutschen Außenwirtschaftsergebnisse für 1984 sind zwar sehr erfreulich, aber keineswegs sensationell...

Schwerer Verzicht

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Mit und Verhandlungsgeschick braucht die italienische Regierung, wenn sie während ihrer EG-Präsidentschaft den Schlüssel...

Vertreter der EG-Behörde aber auch schon gegenteilige Auskünfte gegeben. In Dublin wurde die Forderung auf 11,15 Milliarden Mark reduziert...

KLÖCKNER-KRUPP / Fusion tritt am 1. Juli rückwirkend zum Jahresbeginn in Kraft

Gienow kündigt Gespräch mit Frau Breuel über Georgsmarienhütte an

Die im Herbst angekündigte Fusion der Stahlbereiche von Klöckner und Krupp unter Einbeziehung des australischen Rohstoff-Konzerns CRA...

Gienow hält alle derzeit öffentlich erörterten Schwierigkeiten für überwindbar. „Ich sehe nicht, wer es verantworten könnte, sich der Fusion entgegenzustellen.“

Das habe die Politik von den anderen Stahlkonzernen, wie Thyssen und Hoesch, auch nicht verlangt. Jedoch wolle man große Anstrengungen für neue Arbeitsplätze...

Die von Gienow fest eingeplante Strukturverbesserungshilfe ist nach den technischen und organisatorischen Einzelheiten der Fusionspläne auf 350 Mill. DM zu veranschlagen.

Zugleich äußerte sich Gienow nur vorsichtig optimistisch zur weiteren Entwicklung der Stahlindustrie. Im Gegensatz zu anderen Vertretern der Stahlindustrie...

HANDELS- UND LEISTUNGSBILANZ

Der Exportboom ließ die Überschüsse kräftig wachsen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt Die Bundesrepublik erzielte 1984 einen Leistungsbilanzüberschuss von 17,9 Milliarden Mark...

Zu dieser kräftigen Verbesserung der deutschen außenwirtschaftlichen Position hat ganz maßgeblich die Steigerung des Ausfuhrüberschusses von 42,1 Milliarden auf einen neuen Rekord von 54 Milliarden Mark beigetragen.

Die Dynamik des deutschen Exports war jedoch wesentlich stärker, als dies in den Zahlen zum Ausdruck kommt. Berücksichtigt man, daß die Preise im Ausfuhrbereich moderater stiegen als bei der Einfuhr...

AUF EIN WORT



„Bund und Länder feiern den Abbau der Neuverschuldung als große Erfolge. Wenn der Staat ebenso effizient arbeiten würde wie die private Wirtschaft, gäbe es dieses Problem nicht.“

Reinhard Mohn, Aufsichtsratsvorsitzender der Bertelsmann AG. FOTO: DIE WELT

HWWA-PROGNOSE

Die Rohstoffpreise bleiben auch in diesem Jahr gedrückt

J. BRECH, Hamburg Die Preise für Industrierohstoffe werden von wenigen Ausnahmen abgesehen, über den größten Teil des Jahres 1985 nicht steigen.

Die Erfolge dürften allerdings begrenzt sein. Vor allem bei Nichtstahlmetallen werden die Anbieter bestrebt sein, zur Minderung ihrer Verschuldungsprobleme die Exporte zu steigern.

ÖFFENTLICHE HAUSHALTE

Die Steuereinnahmen waren 1984 geringer als erwartet

dpa, Bonn Die ursprünglichen Erwartungen über die Steuereinnahmen für 1984 sind nur bei den Gemeinden überbrosen worden, während insbesondere der Bund erhebliche Verluste hinnehmen mußte.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer als der größten Einzelsteuer wuchsen 1984 gegenüber 1983 um 3,8 Prozent auf 136,4 Milliarden Mark.

Stahlproduktion zehn Prozent höher

dpa/VWD, Düsseldorf Die eisenschaffende Industrie der Bundesrepublik erzeugte 1984 insgesamt 30,2 Mill. Tonnen Roheisen, 39,4 Mill. Tonnen Rohstahl und 28,0 Mill. Tonnen Walzstahlfertigzeugnisse.

EINKOMMENSVERTEILUNG / Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft

Steigende Löhne als Konjunkturbremse

HANS-J. MAHNKE, Bonn Die Chancen für einen Aufschwung haben sich in jüngster Zeit wesentlich verbessert. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, das in erster Linie von der Industrie getragen wird, führt dies vor allem auf die Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres zurück.

Unternehmen verbessert hat, nimmt nach der Analyse die gesamte wirtschaftliche Nachfrage zu und schafft die Grundlage für mehr Produktion und Beschäftigung.

wesentlich erhöht, schreibt das Institut. Der Grund: In den letzten Tarifverträgen sind die einkommenspolitischen Rahmendaten so abgesteckt worden, daß die Unternehmen verstärkt investieren konnten.

GROSSBRITANNIEN

Die Großbanken haben die Zinsen erneut heraufgesetzt

WILHELM FURLER, London Die Pfund-Schwäche hat in Großbritannien zu einer erneuten Zinserhöhung geführt. Als erste Großbank hoch gestern die Barclays Bank ihren Basis-Ausleihsatz um zwei Punkte auf 14 Prozent an, gefolgt von den anderen.

gespräche der Opec-Minister in Genf umgibt. Es sieht so aus, als würden die Opec-Referenzpreise um bis zu 2,50 Dollar je Barrel gesenkt.

Kohlepolitik wie bisher

Bonn (dpa/VWD) - Die Bundesregierung will grundsätzlich ihre bisherige Kohlepolitik fortführen. Für die Anschlussregelung des 1986 auslaufenden Hüttenvertrages erwartet sie, daß zunächst die Vertragspartner des Steinkohlenbergbaus und der Stahlindustrie ein realistisches und akzeptables Konzept entwickeln.

„Billigflaggen“ beliebter

Hamburg/Genf (dpa/VWD) - Auf der Sitzung der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf geht es unter anderem um sogenannte Billigflaggen. Immer mehr deutsche Reeder lassen ihre Schiffe unter ausländischen Flaggen fahren, nutzen „Offene Register“ von Ländern wie Panama, Liberia oder Singapur.

Swing besser nutzen

Berlin (dpa/VWD) - Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann drängt die „DDR“ zu stärkerer Ausnutzung des Swings im innerdeutschen Handel. Der zinslose Kredit von 600 Mill. Verrechnungseinheiten (gleich DM) sei derzeit nur zu etwa einem Drittel ausgenutzt.

Der zinslose Kredit von 600 Mill. Verrechnungseinheiten (gleich DM) sei derzeit nur zu etwa einem Drittel ausgenutzt.

USA - JAPAN

Handelsdefizit im Gespräch

AP, Tokio Die Vereinigten Staaten und Japan haben gestern in Tokio zweiseitige Handelsgespräche begonnen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht der große Überschuss Japans im US-Handel, der 1984 gegenüber dem Vorjahr um 12,4 auf 34 Mrd. Dollar hochschnellte. Japan macht für das Ungleichgewicht im bilateralen Handel den Mangel an Exportinitiative der US-Unternehmer und die Überbewertung des Dollars verantwortlich, die US-Produkte im Ausland verteuert und ausländische Produkte in den USA verbilligt. Die USA meinen, Ursache des Ungleichgewichts sei der erschwerte Zugang zum japanischen Markt durch bürokratische Maßnahmen Tokios.

Die Handelsgespräche waren auf einem Treffen von US-Präsident Ronald Reagan mit dem japanischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone am 2. Januar vereinbart worden. Ihre Vorbereitung wurde von Andeutungen der USA über die Notwendigkeit zur Ergreifung protektionistischer Maßnahmen begleitet.

Außenminister Shintaro Abe erklärte bei einem Treffen mit dem US-Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Allen Wallis, Washington solle sich bei den Klagen vor Einseitigkeit hüten.

NAMEN

Robert Jasper, Vorstandsmitglied der Krauss-Maffei AG, München, wurde zum Präsidenten des Verbandes der Deutschen Lokomotivindustrie (VDL), Frankfurt, gewählt. Er tritt die Nachfolge von Hans U. Wolf an, der eine neue Aufgabe innerhalb des Thyssen Konzerns übernahm.

Dr. Bernd Michaels (49) seit 1983 stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Provinzial Versicherungsgesellschaften der Rheinprovinz, Düsseldorf, ist als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Dr. Georg Voß (65) zum Vorstandsvorsitzenden ernannt worden.

Frau Gudrun Schwarz-Pitzmann, Mitglied der Geschäftsleitung der Konzern-Holding GFE Gesellschaft für Eigentumschutz mbH, Wiesbaden, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1985 zum alleinigen Geschäftsführer der Berliner Unternehmen der Gesellschaft ernannt.

ITALIEN / Investitionen real um drei Prozent gestiegen - Nur ein Nullwachstum in diesem Jahr angestrebt

Exporte kurbelten die Industrieproduktion an

GÜNTHER DEPAS, Mailand Die italienische Industrieproduktion ist im Jahre 1984 um vier Prozent gestiegen, wobei die stärksten Antriebskräfte von der Ausfuhr - und erst in den letzten Monaten des Jahres - von der Inlandsnachfrage ausgingen. Die Investitionen erhöhten sich real um drei Prozent. Für 1985 wird in diesen Fall mit einer Steigerung von fünf bis sechs Prozent gerechnet.

Die Ausfuhr stieg real um 6,6 Prozent, während die Inlandsnachfrage um etwas über zwei Prozent zunahm. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um real 2,8 Prozent. Im laufenden Jahr wird offiziell mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,5 Prozent gerechnet. Dabei wird davon ausgegangen, daß der Export mit aller Wahrscheinlichkeit weniger stark zunehmen dürfte als im vergangenen Jahr. Regierungsmäßig wird eine Ausfuhrsteigerung von real 4,8 Prozent erwartet - etwa ebenso hoch wie die der Einfuhr. Das heißt, daß die italienischen Exportunternehmen die schon 1984 eine Positionsverminderung auf den Weltmärkten hinnehmen mußten, im laufenden Jahr im Weltvergleich noch stärker zurückfallen dürften. Die Steigerung der Gesamtnachfrage wird trotzdem nur um wenige Punkte hinter dem Komma niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr, da die Haushalte aller Voraussicht nach ihre Nachfrage noch ausgeprägter ausdehnen werden als in dem soeben verflissenen Jahr.

Zu den positiven Erwartungen der Haushalte trägt derzeit vor allem die günstige Kaufkraftentwicklung bei. Im vergangenen Jahr erhöhten sich die Lebenshaltungskosten um nur noch 10,6 Prozent (fünf Prozentpunkte unter der Inflation des Jahres 1983), im Dezember gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat sogar nur um 8,8 Prozent. Da die Lohn- und Gehaltssteigerungen gleichzeitig um über elf Prozent zunahm, trat auch diesmal ein leichter Kaufkraftgewinn ein, obwohl die Regierung ein Nullwachstum als Ziel gesetzt hatte.

Im laufenden Jahr wird von der Regierung ebenfalls ein Nullwachstum angestrebt, da von einer allzu starken Belebung der Binnennachfrage eine Verschlechterung der Aus-

landspositionen befürchtet wird. Die Gewerkschaften drängen aber darauf in diesem Jahr die inflationsbedingte Mehrbesteuerung der Einkommen durch eine Abflachung der Progressionskurve zu vermindern. Gewerkschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß zwischen 1973 und 1983 mit steigender Tendenz durchschnittlich 35 Prozent der Einkommensteuerlast auf dem inflationsbedingten Fiscal Drag zurückzuführen ist. Sollte es zu den geforderten Steuererleichterungen kommen ist daher mit Sicherheit auch in diesem Jahr mit einem Kaufkraftgewinn zu rechnen.

Negative Auswirkungen hatten die über die ursprünglichen Ansätze hinausgehenden Lohnsteigerungen im vergangenen Jahr nicht zuletzt für die Entwicklung der Arbeitskosten. Sie lagen in fast allen Industriebereichen über der Inflationsrate. Eine ähnliche Entwicklung erwartet die Industrie auch in diesem Jahr wenn es nicht gelingen sollte, den Indexmechanismus der gleitenden Lohnskala stärker unter Kontrolle zu bringen.

Das könnte Wirtschaftsbeobachtern zufolge negative Folgen für die

Preisentwicklung haben und die Inflationsbekämpfung erschweren. Offiziell ist für 1985 ein Inflationsziel von sieben Prozent ins Auge gefaßt worden. Schon in ihrer letzten Jahresprognose erwartet die OECD aber eine Steigerung von 8,8 Prozent. Die Gefahren einer langsameren als der vorgesehenen Stabilisierung haben die Währungs- und Kreditbehörden deutlich vor Augen. Die italienische Kreditpolitik wird daher auch in den kommenden Monaten von großer Vorsicht gekennzeichnet bleiben. Das schlägt sich nicht zuletzt in dem Lira-Kurs nieder, der innerhalb des EWS schon seit Monaten stabil ist.

Weiter hohe Zinsen sind schon deswegen unvermeidlich weil nicht nur die Zinsentwicklung im Ausland eher nach oben gerichtet ist, sondern auch das Staatsdefizit real nur langsam abgebaut werden kann. Im Jahre 1984 erhöhte es sich in laufenden Preisen um fünf Prozent, so daß real erstmals seit zehn Jahren eine Abnahme eintrat. Im Jahre 1983 hatte die Zunahme 25 Prozent (real zehn Prozent), im Jahr vorher sogar 50 Prozent (real 30 Prozent) betragen.

SPIELBANKEN / Glückskugel lockt immer mehr Deutsche in österreichische Gefilde

Ein neuer Qualitätsgast erhöht die Umsätze

PETER SCHMALZ, München Die Glückskugel lockt immer mehr Deutsche in österreichische Gefilde. Die Österreichische Spielbanken AG holt auf einen Gästezuwachs von 7,7 Prozent aus dem nördlichen Nachbarland. Daß auch der Umsatz der deutschen Spieler überdurchschnittlich gestiegen ist, führt Generaldirektor Leo Wallner auf den erfolgreichen Versuch zurück, ein neues Publikum anzusprechen. „Zu uns kommt aus Deutschland ein neuer Qualitätsgast: Der 35- bis 45jährige Aufsteiger mit einem Monatsverdienst zwischen 10 und 15 000 Mark, der einen Besuch im Casino als ein gesellschaftliches Vergnügen erkannt hat.“

Knapp 1,3 Millionen Gäste (+ 11 Prozent) besuchten im vergangenen Jahr eines der elf Casinos in Wien, Baden, Badgastein, Bregenz, Graz, Kitzbühel, Kleinwalsertal, Linz, Salzburg, Seefeld und Velden. Jeder dritte Besucher kam aus dem Ausland, davon wiederum 40 Prozent aus der Bundesrepublik. Der Jetoo-Umsatz betrug fünf Milliarden Schilling (714

Mill. DM), was einem Abendumsatz je Gast von 3800 Schilling (540 DM) entspricht. Der statistische Verlust jedes Spielers wird mit 350 Schilling (50 DM) pro Abend angegeben.

Dennoch dominieren wenige große Spieler mit fünf- bis sechsstelligen Einsätzen. „Zwei Prozent unserer Gäste machen 40 Prozent unseres Umsatzes.“ Der Casino-Manager, der aus der Politik zum Roulette wechselte und auf dessen Schultern noch immer Hoffnungen der österreichischen Volkspartei lasten, läßt jedoch sorgsam auf die Bonität seiner Besucher achten und hat nicht weniger als 80 000 Spieler auf seiner „Schwarzen Liste“, davon 10 000 aus Einkommensgründen. Die Steuerzahlgaben stiegen um 82 Millionen Schilling (11 Mill. DM) oder 14 Prozent auf 661 Millionen (94 Mill. DM).

Nach der Neueröffnung der Grazer Spielbank im vergangenen Herbst ist keine weitere Expansion im eigenen Land geplant, obwohl 200 Gemeindegemeinden ihr Interesse an einem Casino bereits schriftlich geäußert haben.

Mit dem Umzug des Bregenzer Etablissementes in einen Neubau soll die Attraktivität für den Stuttgarter und Augsburger Raum vergrößert werden, für die beengten Räumlichkeiten in Wien ist ein Übersiedeln in den Kursaal im Stadtpark geplant.

Erfolgreich wird dagegen das Auslandsengagement über eine eigene Consulting-Gesellschaft in Chur (Schweiz) ausgedehnt. Neben zahlreichen Know-how-Verträgen in Europa, darunter auch mit dem größten europäischen Casino Mont Parnes bei Athen, schwimmt das Wiener Roulette-Geschäft zu Wasser im Gewinn. Einige der schwimmenden Vergnügungshallen werden von den Österreichern in eigener Regie betrieben, darunter auch der Salon auf dem teuersten Luxuskreuzer der Welt, der „Sea Goddess I“, deren Schwester-schiff in diesem Jahr in See stechen wird. Doch schon hat sich Casino-Wallner, der selbst noch nie einen Jeton setzte, ein neues Element als Aktionsbasis ausgesucht: das Glücksspiel in der Luft.

GROSSBRITANNIEN / Mehr Öl und Kohle importiert

Sehr schwache Handelsbilanz

WILHELM FURLER, London Großbritanniens Außenhandel hat sich im vergangenen Jahr erheblich verschlechtert. Klammert man die Aus- und Einfuhr von Öl und Ölprodukten aus, dann stieg das Defizit im britischen Warenhandel gegenüber dem Vorjahr um immerhin 40 Prozent auf 11,4 Mrd. Pfund (gut 40 Mrd. Mark).

Den jüngsten Statistiken des Ministeriums für Handel und Industrie zufolge fiel der Überschuss in der britischen Leistungsbilanz gegenüber 1983 von knapp 2,3 Mrd. auf nur noch 200 Mill. Pfund. 1982 hatte der Leistungsbilanzüberschuss noch bei 4,9 Mrd. Pfund gelegen. Dabei hat sich die Dienstleistungsbilanz in den letzten drei Jahren ausgesprochen günstig entwickelt: Ihr Überschuss stieg von 2,82 Mrd. Pfund 1982 auf 4,33 Mrd. Pfund im letzten Jahr.

Für den geschrumpften Leistungsbilanzüberschuss ist vor allem der lange Bergleute-Streik verantwortlich. Er hat die Importe von Öl und Kohle krass ansteigen lassen. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in erster Linie der Anstieg

der Wareneinfuhren zu der dramatischen Verschlechterung der britischen Außenhandelszahlen geführt hat.

Während die Warenexporte ausgenommen Öl im vergangenen Jahr voluminös um 9,5 Prozent stiegen, nahmen die Importe um immerhin zwölf Prozent gegenüber 1983 zu. Allein während der letzten drei Monate des vergangenen Jahres lag das Importvolumen um fast 17 Prozent über dem Durchschnitt von 1983. Allerdings läßt sich aus den jüngsten Statistiken auch Positives herauslesen: So haben auch die Warenexporte in den letzten drei Monaten 1984 ein Volumen erreicht, das um beachtliche 18 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 1983 lag.

Wie stark sich die britischen Öl-exporte inzwischen entwickelt haben, wird an der Ölhandelsbilanz deutlich. Trotz des massiven Einsatzes von Öl anstelle von Kohle in den Kraftwerken auf Grund des Kohlestreiks stieg der Überschuss im Ölhandel gegenüber 1983 von 6,9 auf 7,3 Mrd. Pfund (1982: 4,6 Mrd. Pfund).

PORTUGAL / Die Zinszahlungen belasten das Budget

Regierung zeigt Zuversicht

AP/AFP, Lissabon Das portugiesische Parlament hat in erster Lesung das Budget und den Wirtschaftsplan für das Jahr 1985 genehmigt. Der Etat sieht eine Erhöhung der Staatsverschuldung um 33 Prozent auf den Rekordbetrag von 335,6 Mrd. Escudo (über sechs Mrd. Mark) vor. Dadurch steigt der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt von 8,5 auf 9,5 Prozent.

Finanzminister Emani Lopez bestritt jedoch, daß die Finanzpolitik auf Expansion ausgelegt sei. Er verwies dabei auf den hohen Anteil der fixen Ausgaben am Gesamtetat. So müssen allein 33,7 Prozent der für 1985 bereitgestellten Mittel für Zinszahlungen verwendet werden.

Nach zwei Jahren des Rückgangs der Realeinkommen und der Wirtschaftsleistung um zusammen mehr als 2,1 Prozent erwartet die Regierung für 1985 ein dreiprozentiges Wirtschaftswachstum. Zugspferd sollen dabei die Exporte spielen, die bereits 1985 um zwölf Prozent gestiegen wa-

ren und dieses Jahr um 7,5 Prozent zunehmen sollen.

Die von Sozialisten und Sozialdemokraten gebildete Regierung begründet ihren Optimismus mit der bisher erzielten Verbesserung der Handelsposition. So wurde das Defizit im Außenhandel zwischen 1982 und 1984 von 3,2 Mrd. auf knapp 700 Mill. Dollar atgebaut.

Zu diesem Ergebnis trugen die restriktive Finanzpolitik und die dadurch verminderten Einfuhren um 4,4 Prozent bei. Für 1985 erwartet die Regierung einen erneuten Anstieg der Importe um acht Prozent und des Leistungsbilanzdefizits um 300 Millionen Dollar.

Die Hoffnung auf Besserung stützen auch steigende Auslandsinvestitionen. In den vergangenen Jahren hatte sich auf diesem Gebiet wenig entwickelt. Jedoch scheint sich der für 1986 geplante EG-Beitritt positiv auszuwirken. Bereits 1984 nahmen die Auslandsinvestitionen im Vergleich zu 1983 um 31 Prozent auf 191 Mill. Dollar zu.

Champagner hat Hochkonjunktur

J. Sch. Paris

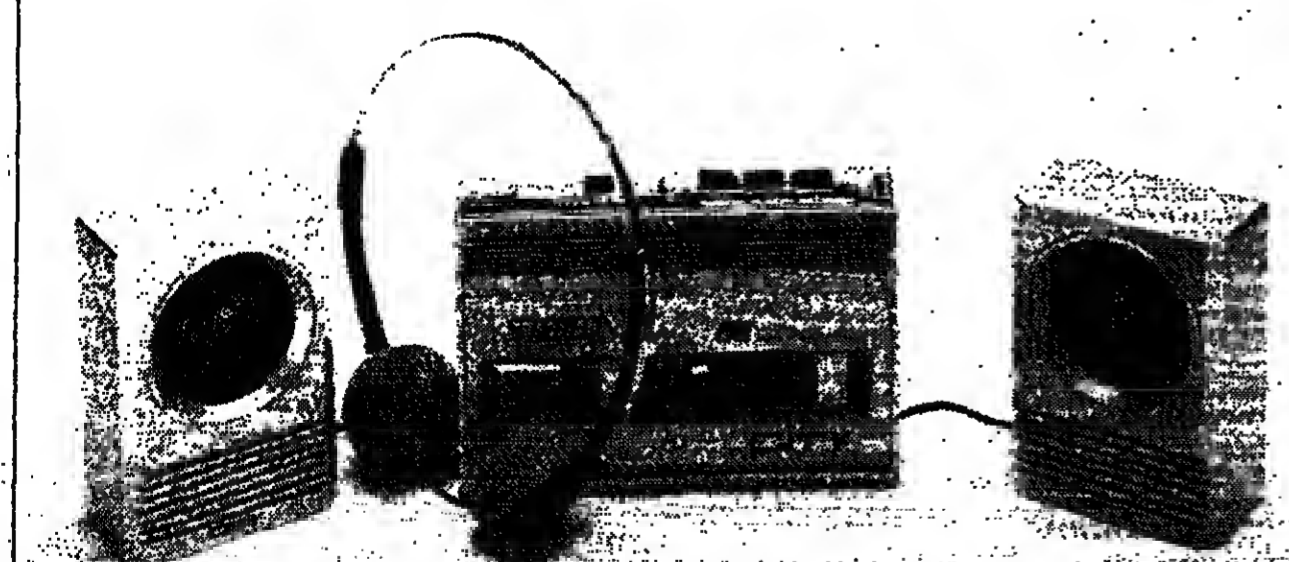
Der französische Champagner hatte letztes Jahr Hochkonjunktur. Mit einer Absatzsteigerung von 17,9 Prozent auf 188 Millionen Flaschen (auf je einen Liter umgerechnet) wurde ein neuer Absatzrekord erzielt. Das bisherige Bestergebnis von 1978 wurde um zwei Millionen Flaschen übertroffen. Den starken Verkaufsanstieg hatte die Champagne 1984 vor allem dem Export zu verdanken, der um 26,5 Prozent auf 82,8 Millionen Flaschen zunahm und damit ein Drittel des gesamten Absatzes stellte. Demgegenüber erhöhte sich der Inlandsabsatz um 14 Prozent auf 125,27 Millionen Flaschen, was angesichts der allgemeinen Nachfrageschwäche allerdings immer noch ein beachtliches Ergebnis war. Der Champagner bewies damit in Frankreich erneut Krisenunempfindlichkeit.

Erster Stelle unter den Auslandsländern standen die USA mit 12,8 Millionen Flaschen, Großbritannien folgte mit 11,9 Millionen Flaschen. Nummer 3 blieb die Bundesrepublik mit 7,4 Millionen Flaschen.

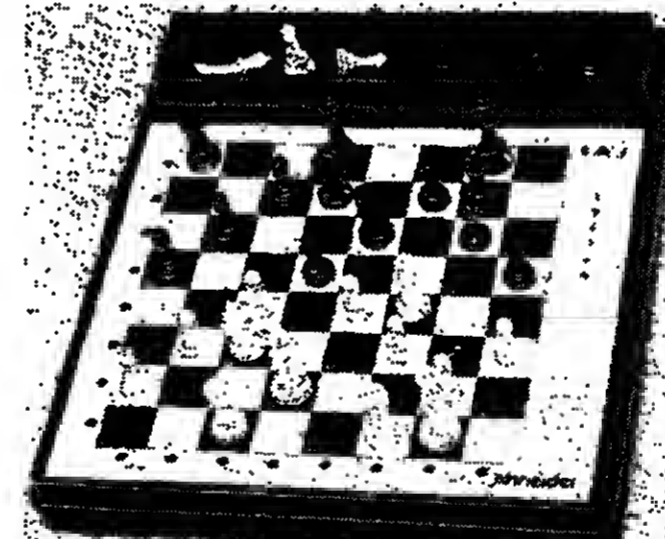
Wählen Sie Ihre Wunschprämie

Eine dieser Prämien gehört Ihnen, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.



Ein handlicher Stereo-Cassetten-Abspieler mit Radio Das klangerfekte Stereo-Musik-Programm: Cassetten-Abspielgerät und eingebautes UKW-Radioteil. Funktionen: Play, schneller Vorlauf, Stop, Cassette. Mit Lautstärkeschieberegler, UKW-Stereo-Mono-Schalter, Kopfhörerbuchse, Kopfhörer und Trageriemchen. Adapteranschlußbuchse 6 Volt. Maße: 10 x 4 x 14 cm. 2 passende Lautsprecher-Boxen werden mitgeliefert.



Schachcomputer „Sensor Chess“ Sensortechnik, 8 Spielstärken. LED-Anzeige gibt zur Kontrolle alle Spielzüge wieder. Farbwechsel und Farbwahl. Verweigerung falscher Züge, Memory-Funktion über mehrere Monate. Mit komplettem Figurensatz. Spielt mit 4 Alkaline-Batterien ca. 100 Stunden.



Ein unverwüchtliches Edelstahl-Topfset mit dekorativen Messing-Griffen Modell „Lukullus“, 6teilig: 2 Fleischtöpfe 24 und 16 cm, 10 cm hoch; 2 Bräter 20 und 16 cm, 8 cm hoch; 1 Stielkasserolle 16 cm, 8 cm hoch; 1 Pfanne 24 cm Durchmesser. Rostfreier Edelstahl (Topf- und Deckelstärke 1,2 mm) mit geschliffenen Böden und massiven Messing-Griffen. Für alle Herdarten geeignet. Spülmaschinenfest.

Tragen Sie hier Ihre Wunschprämie ein und lassen Sie bitte den neuen Abonnenten mit unterschreiben.

Wir wünschen Ihnen viel Freude an Ihrer Prämie!

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür erhalte ich

- den Schachcomputer
den Stereo-Cassetten-Abspieler mit Radio und 2 Extra-Lautsprechern
das Edelstahl-Topfset

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon: Datum:

Unterschrift des Vermittlers: Der neue Abonnent ist nicht mit mir identisch. Meine Dankeschön-Prämie erhalte ich nach Eingang des ersten Bezugsgeldes für das neue Abonnement.

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstigste Abonnementspreis beträgt monatlich DM 26,50. Versandkosten + Mehrwertsteuer sind eingeschlossen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon: Datum:

Unterschrift des neuen Abonnenten: VERLAGS-GARANTIE Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND Der neue Abonnent kann den Aufruf innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

FLEXIBLE ARBEITSZEIT / Einigung auf Kompromiß

Pilotabschluß bei Stihl

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Beim der Welt größten Motorsägenhersteller, der Maschinenfabrik Andreas Stihl, Wäldingen, wird vom 1. April 1985 an mit differenzierten Wochenarbeitszeiten gearbeitet werden.

Durchschnitt von 38,5 Stunden pro Woche, wie sie auch der Manteltarifvertrag vorsieht. Besonders qualifizierte Fachkräfte, darunter beispielsweise Meister, Vorgesetzte usw., haben bis Ende dieses Jahres eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden.

KONKURSE

Konkurse eröffnet: Coesfeld: Werner Klocke, Kaufm., Gronau: Düsselhof: HERMO GmbH Baustoffe; Robert Purricio, Rechtsanw.; Ehalin Bauernzucht...

Stollwerck zahlt wieder sieben Mark

dpa/VVD, Köln
Die Stollwerck AG, Köln, wird für 1984 eine Dividende von wiederum 7 DM auf das von 35 Mill. auf 40 Mill. DM erhöhte Grundkapital zahlen.

BAYERISCHE LANDESBANK / Trotz guter Risikovorsorge die Spur gehalten

In „gewohnter Solidität“ entwickelt

DANKWARD SEITZ, München
Ertragsmäßig zu den „guten oder zumindest doch zufriedenstellenden Jahrgängen“ kann nach Ansicht von Ludwig Huber, Präsident der Bayerischen Landesbank in München, das Bankjahr 1984 zugeordnet werden.

sich dazu die bekannten Risiken im Auslandskreditgeschäft aus, deren Anteil am Gesamtvolumen von Huber auf 28 bis 30 Prozent beziffert wird.

lag mit 114 Mill. DM ziemlich genau auf Vorjahreshöhe. Das Teilbetriebsergebnis, im Vorjahr um fast 28 Prozent gestiegen, wird mit „reichlich“ 530 (524) Mill. DM beziffert.

NORITSU / Neuer Trend auf dem Amateurfotomarkt

Blende auf für das schnelle Bild

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Auf dem Amateurfotomarkt zieht im Bildgeschäft ein neuer Trend die Aufmerksamkeit auf sich. Dem weitverbreiteten Verbraucherwunsch folgend wird neuerdings immer stärker das schnell und individuell verarbeitete preiswerte Bild propagiert.

und Kaufhäuser für die neue Technik interessiert. Noritsu dürfte im laufenden Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) auf einen Umsatz von rund 250 (Vorjahr: 225) Mill. DM kommen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gerüchte um BP

Hamburg (JB) - Die deutsche Mineralölindustrie, die seit einigen Jahren schwere Verluste in der Verarbeitung und Vertrieb hinnehmen muß, steht unverändert vor tiefgreifenden Strukturmaßnahmen.

itäten drastisch reduziert und die Strukturmaßnahmen nur durch hohe Zuschüsse der englischen Mutter BP überstanden.

Branche gesichert werden kann. Ursprünglich wollte der US-Unternehmenskonzern Warner Communications diesen Anteil übernehmen. Dies ist jedoch am Widerspruch der amerikanischen Kartellbehörden gescheitert.

FORD-WERKE / Schwieriges Autojahr 1985 erwartet

Marktanteil verbessert

HARALD POSNY, Düsseldorf
Eine für 1985 schwierige Situation für die deutsche Autoindustrie sagt der Vorstandsvorsitzende der Ford-Werke AG, Köln, Daniel Goeudevert, voraus.

insgesamt unbefriedigenden Ertragslage gekennzeichnet. Dennoch hat sich Ford Deutschland 1984 „im Markt gut durchsetzen“ können.

GERLING-HOLDING / Höhere Beteiligungserträge von den Erstversicherern

Verlust im Weltkonzern ist gewachsen

HARALD POSNY, Düsseldorf
Der Holding des Gerling-Konzerns, der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG (GKB), Köln, sind aus Erträgen der konsolidierten Gesellschaften im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) wesentlich höhere Beträge zufließen als im Jahr zuvor.

Mill. DM gespeist: 6,1 (6,6) Mill. DM aus Gewinnabführungsverträgen, rund 43 (28,5) Mill. DM aus Beteiligungen etwa 7,7 (7,2) Mill. DM aus anderen Finanzanlagen sowie 17,4 (15,3) Mill. DM aus Zinsen und 2,7 (6) Mill. DM aus sonstigen Erträgen.

seits die weiterhin schlechten Ergebnisse der Rückversicherung wurden. Nach nur um 2,6 Prozent auf fast 4,5 Mrd. DM gestiegener Brutto- und um 3,5 Prozent auf 3,4 Mrd. DM gestiegener Nettoprämie wurden 1983 reichlich 64 nach 8,3 Mill. DM den Schwankungsrückstellungen zugeführt, was den technischen Verlust auf 155 (188) Mill. DM drückte.

JWT / Viele Werbe-Budgets sind aufgestockt worden

Umsatz kräftig gestiegen

Frankfurt
Die Werbeagentur J. Walter Thomson/Deutschland (JWT), Frankfurt, konnte im vergangenen Jahr das von ihr betreute Werbevolumen um knapp 10,4 Prozent oder 40,8 Mill. DM ausweiten.

dorf, und JWT, Hamburg, beigetragen. Gleichmaßen auf Erfolgskurs befindet sich die Tochter JWT Corporate Communications. Die Leistungs- und Qualitätssteigerungen seien vor allem durch eine verstärkte Schulung der JWT-Mitarbeiter erreicht worden, heißt es weiter.

Advertisement for Deutsche Auto-Leasing GmbH. Includes images of cars and text: 'Die Deutsche Auto-Leasing beschleunigt Ihren Erfolg'. Text describes leasing benefits and contact information for various cities.





Warenpreise - Termine

Bruchteilig fester schlossen am Freitag die Goldbörsen...

Table with columns for various commodities like Wheat, Corn, Soybeans, and their prices in different markets.

Table listing prices for various oils, fats, and animal products like Soybean Oil, Palm Oil, etc.

Table listing prices for wool, fibers, and rubber products like Merino Wool, Cotton, etc.

Table listing prices for various metals like Gold, Silver, Platinum, and their derivatives.

Advertisement for Professor Hanns Bisegger, an honorary senator of the University of Innsbruck, with contact information and dates.

Advertisement for 'DIE WELT' newspaper, highlighting its independence and daily publication for Germany.

Advertisement for Sotheby's auction house, listing various items for sale and providing contact details for their Berlin office.

Advertisement for 'Handelsvertreter' (Sales Representatives), offering opportunities for individuals with industry experience.

Advertisement for 'China - Indien - Märkte der Zukunft', focusing on business opportunities in these regions.

Advertisement for 'Selbständig mit konkurrenzlosem Produkt (DBGM)', targeting entrepreneurs.

Advertisement for 'Probleme mit Übersetzungen?', offering translation services from Walter International.

Advertisement for 'GmbH & KG' and 'Kontaktfreudiger, kreativer Kaufmann', seeking business partners.

Advertisement for Sotheby's auctions, listing specific items like a Kashmiri bridge and various textiles.

Large advertisement for 'New age: Management im Umbruch', featuring the magazine 'Management Wissen' and its focus on future management trends.



Anatol im Karton

P. Jo. - Ein gewisses Erschrecken kann ich nicht leugnen. Als ich das Paket auspackte - es hatte das Format eines dicken Schallplattenkartons...

Der Anlaß ist die Ausstellung von Anatol (Herzfeld) im Hildesheimer Roemer-und-Pelizaus-Museum...

Der Karton aber ist der Katalog. Er enthält, auf Packpapier gedruckt, das Verzeichnis der ausgestellten Werke samt Biographie und gedankenswerter Wortbeiträge...

Aber kann man die Pappen, die sich (ohne Kunstbeigabe) beim Verschieben von Fotos oder Schallplatten als vorzüglicher Schutzschlag eignen würden...

Vielleicht ist das die subtile Rache eines Künstlers, der dem Museumsbesucher einen Eindruck von den beständigen Qualen der Museumsleiter vermitteln will...

Was alle Stammtafeln verschweigen - Auf den Spuren der Gebrüder Grimm

Jakob G. in Haldensleben

In Schaukasten in der Unterführung des Hauptbahnhofs Magdeburg - wer würde hier die Brüder Grimm vermuten? Und doch, ich sehe richtig...

Haldensleben ist eine Kleinstadt von 20 000 Einwohnern im Bezirk Magdeburg, Richtung Wolfsburg, keine 50 Kilometer von der deutsch-deutschen Grenze entfernt...

Kein Jakob Grimm, der hier spektakuläre Wortfunde gemacht, kein Wilhelm, der hier verschollene Märchen aufgezeichnet hätte...

Man fragt sich dort nach dem Kreismuseum durch, klettert in den ersten Stock des ehemaligen Schulgebäudes, wandert durch dessen "Grimm-Stube"...

Diese Albertine Plock, erfährt man, sei Lehrerin in Haldensleben gewesen, 1963 habe sie als 82jährige ihren letzten Willen kundgetan...

Kreismuseums übergeben. 1974 ist sie gestorben, 92jährig. Enkelin Wilhelm Grimms steht auf ihrem Grabstein...

Rekapitulieren wir die Familiengeschichte der Brüder Grimm. Jakob war unverheiratet und kinderlos, Wilhelm, mit der Kasseler Apothekertochter Dorothea Wild verheiratet...

Ein ganzer Eisenbahnwagen voller Möbel, Bücher und Bilder rollt im Nachkriegsjahr 1919 von Berlin nach Haldensleben - manche der Kisten unterwegs aufgebrochen...

Ich habe mich in der Haldenslebener Grimm-Gedenkstätte zum Besuch angesagt. Der pensionierte Eisenbahner, der am Wochenende als Kustos Ausleihdienst versieht...

Das Brüder-Grimm-Zimmer nimmt innerhalb des Kreismuseums Haldensleben eine Sonderstellung ein - schon das Türschild deutet es an...

Lebensdaten mit dem Aufstand der schlesischen Weber, der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und dem Erscheinen des kommunistischen Manifests...

Ich blättere im Besucherbuch des Museums und finde neben den Namen der vielen Schulklassen, Betriebsdelegationen und Jugendherbergsgäste auch manche beziehungsweise Eintragung...

Stolz berichtet die Museumsleiterin, daß der Name Grimm inzwischen auch auf übrige Haldensleben austrahlt. Der Buchladen am Marktplatz heißt seit einiger Zeit "Volksbuchhandlung Brüder Grimm"...

Wie "trivial" sie auch sein mögen: es gibt doch noch weit mehr Ost-West-Gemeinsamkeiten, als man oft zu denken wagt.

DIETMAR GRIESER Eine erweiterte Fassung des Aufsatzes erscheint im März in dem Band "An den Brüdern Grimm durch Haldensleben" in der Neuen Bibliothek des Insel-Verlags.



Das unheilstiftende Taschentuch wurde zum Leidentuch: Gigi Hyatt als Desdemona und Gamal Gouda als Othello in Neumeiers neuem Ballett

John Neumeiers „Othello“-Ballett in Hamburg

Leiden und leiden lassen

Seit Jahren trug sich John Neumeier mit der Idee zu einem „Othello“-Ballett. Sogar eine Partitur dazu war schon bei Gerard Humel, dem Amerikaner zu Berlin, in Auftrag gegeben...

Nun hat es Neumeier doch noch choreographiert, nicht zu Humels Musik allerdings und nicht in der Staatsoper. Er zeigt seinen „Othello“ in der nördlichen Halle der Kampnagelbühne...

Nichts davon trat ein. Im Grunde waren die drei die Tanzfläche abgewinkelt umstehenden Tribünen nichts als eine Kulisse...

Ein Tanzballett nach Shakespeare wie „Romeo und Julia“ ist Neumeiers Othello nicht und wollte es gar nicht werden. Schade ist es trotzdem...

Tatsächlich hat das Werk viele Meriten. Es schließt in eine vom Tollend stromende musikalische Collage aus altenglischen Canzonen und brasilianischer Rassel- und Trommel-

Drei junge amerikanische Komiker - Dan Aykroyd, Bill Murray und Harold Ramis - spielen die verrückten Wissenschaftler mit unwirksamem Humor...

Gespenterjagd allein ist freilich nicht abendfüllend. Und wenn die drei Helden bei Weltuntergangsstimmung zum großen Countdown gegen die Geister ausholen...

In dicken Kampfanzeigen, bewaffnet mit schweren Geistesvermittlungskanonen, die an Staubsauger erinnern, stürmen die Gespenterjäger heran...

Dabei stolziert er durchaus nicht bloß auf hohen Tönen herum. Er singt diesen Herzog mit einer so geschmeidigen Schönheit...

Diesem Edelklang besitzt zwar Mariella Devia, die Gilda, nicht. Aber der Stimme eignet üppiges Volumen und dabei doch noch die Beweglichkeit eines jungen Koloratur Soprans...

JOURNAL

Godards Marienfilm nicht untersagt

Der umstrittene Marienfilm des französischen Regisseurs Jean-Luc Godard, „Je vous salue Marie“, Frankreichs offizieller Beitrag bei der diesjährigen Berlinale...

Joseph Beuys in Paris ausgestellt

„Die Intelligenz, die benötigt wird, eine Blutwurst weltberühmt zu machen, ist die Intelligenz der Blutwurst“...

Explosion beschädigt Ostslowakische Galerie

Eine der größten slowakischen Galerien, die Ostslowakische Galerie in Kaschau, wurde durch eine Gasexplosion schwer beschädigt...

Das grafische Werk von Georg Baselitz

Druckgrafiken von Georg Baselitz zeigt das Städtische Museum Simeonstift Trier bis zum 28. Februar. Die rund 160 Blätter in verschiedenen Techniken illustrieren die Entwicklung des Malers Georg Kern...

Schumann-Sammlung aus Amerika erworben

In zehn Kisten verpackt schimmernde Jahresteilung die umfangreiche Sammlung zu Leben und Werk des Komponisten Robert Schumann...

Jugendwettbewerb des Stadttheaters Münster

Die Städtischen Bühnen Münster richten einen Kinder- und Jugendtheaterwettbewerb aus. Zusammen mit dem Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen...

Deutsche Erstaufführung: „Dante“ von J. Szajna

Kostümierte Philosophie

Das Spiel beginnt schon vor dem Spiel: Im Foyer des Essener Opernhouses steht eine große, rot angestrichene Leiter, die in Augenhöhe ein stabiles Brett durchzieht...

Sind die beiden aus Fleisch und Blut oder nur Puppen aus einem hausigen Wachsfingerringkabinett? Irritation beherrscht die Gesichter der Besucher...

Das beeindruckt, läßt Spannung aufkommen, Erwartungen. Denn: Geben wird „Dante“ von Jozef Szajna, dem weltbekannten polnischen Bühnenbildner, Regisseur und ehemaligen Leiter des Warschauer Studio-Theaters...

Es bot sich an, just jenen Dante in die Kulissen einer theatralischen Kosmogonie zu schleichen: Gewaltiger geht es nicht mehr. Und in Essen ist es denn wohl auch gewaltig danebengegangen...

Kinohit aus Amerika: Der Film „Ghostbusters“

Tollkühne Kammerjäger

Seit Ivan Reitmans Film „Ghostbusters“, Americas Kinohit des letzten Sommers, tragen die New Yorker Kammerjäger, die Tag für Tag Jagd auf die unvermeidlichen Kakerlaken machen...

In diesem Job versuchen sich jedenfalls (im Film) drei Jungs Parapsychologen, die wegen höchst unwissenschaftlicher Arbeitsmethoden in Sachen Spuk ihren Job an der Columbia-Universität verloren haben...

Jede Menge paranormaler Phänomene werden nämlich aus New York gemeldet, was unsere drei Wissenschaftler selbst am allermeisten verwundert. Sollte es den Humbug, mit dem sie sich da in ihrer Disziplin so unernst befassen...

In dicken Kampfanzeigen, bewaffnet mit schweren Geistesvermittlungskanonen, die an Staubsauger erinnern, stürmen die Gespenterjäger heran...



Großer Countdown gegen die Gespenster: Szene aus Ivan Reitmans Film „Ghostbusters“



Wichtige Daten aus der jüngeren polnischen Geschichte zeigt der Block der „Untergrund-Post“ (links oben). Kreuz und Siegeszeichen sind grafische Elemente der Marken der „Unabhängigen Post in Pommern“ (links und rechts unten). Außerst selten sind Briefe mit dem Stempel der „Solidarität“ aus dem Internierungslager Glogow (rechts). Die beiden Ausgaben der „Poczta Solidarnosci“ (rechts unten) sind der Gründung der Gewerkschaft im August 1980 und der Verleihung des Friedensnobelpreises an Lech Walesa gewidmet. Das Foto (links) aus dem Jahre 1980 zeigt den ermordeten Priester Jerzy Popieluszko in der Uniform der polnischen Armee. Es soll eine der nächsten Ausgaben der Untergrund-Post schmücken.

FOTOS: DIE WELT

### Die kleinen Stiche der „Solidarität“

g.R. Z. Bonn  
Von Zeit zu Zeit tauchen sie sogar im regulären Postverkehr innerhalb Polens auf – zur Irritation des Sicherheitsdienstes SB und zur Schadenfreude der Empfänger. Natürlich handelt es sich bei diesen Vignetten nicht um Wertzeichen im eigentlichen „postalischen“ Sinn, auch wenn sie wichtige Attribute wie Wertstufen und Gummierung aufweisen. Die kleinen Kunstwerke mit dem Aufdruck „Poczta Solidarnosci“ und „Poczta Podziemna“ sind nichts anderes als Briefmarken des Untergrundes, Propaganda der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“.

Diese Vignetten gehören heute zu den begehrtesten Sammlerstücken. Auslandsposten sind bereit, für Stülke, die im Mutterland unter der Hand gehandelt werden, mehrere hundert Mark auszugeben. Und in Polen selbst sind sogar einfache Leute bereit, für Serien einen nicht unbedeutenden Teil ihres Monatslohnes hinzulegen. Mit diesem Geld werden die Untergrundpost und andere konspirative Aktivitäten der „Solidarität“ finanziert.

Die Motive dieser Briefmarken und Ganzsachen (Briefe und Karten mit aufgedruckten Marken und Emblemen) tragen in hohem Maße zur

kulturellen und geistigen Auseinandersetzung in Polen bei. Das patriotische und religiöse Moment ist unverkennbar. Besonders deutlich wird dies bei einer Serie mit historischen Gedenktagen der jüngeren polnischen Geschichte wie der Hinrichtung polnischer Offiziere durch die Sowjets im Wald bei Katyn 1940, dem Einsatz der Heimatarmee im Zweiten Weltkrieg und den Arbeiteraufständen in Polen seit 1956.

Weitere Ausgaben, von fähigen Grafikern im Untergrund gestaltet, sind Papst Johannes Paul II. und polnischen Nobelpreisträgern gewidmet, darunter Marie Curie-Sklo-

dowska, Henryk Sienkiewicz („Quo vadis“), Czeslaw Milosz (1980) und Lech Walesa (1983). Eine Briefmarke im Nennwert von 30 Zloty und der Aufschrift „Unabhängige Post in Pommern“ zeigt eine Faust, die einen Sowjetstern zerschmettert.

Häufiges Motiv ist auch das Kreuz und die zum Siegeszeichen gestreckten Finger. In Vorbereitung befindet sich eine Serie patriotischer Priester mit dem im KZ Auschwitz hingerichteten Pater Kolbe und dem vom polnischen Sicherheitsdienst ermordeten Priester Jerzy Popieluszko.

Mit der Ausrufung des Kriegrechtes am 13. Dezember 1981 trat in Po-

len neben anderen Unterdrückungsmaßnahmen auch die Zensur von Briefen, Paketen und Telegrammen in Kraft. In der wohl beispiellosen Sammlung des Würzburger Briefmarken-Forschers Gerhard Binder sind sämtliche Arten von Zensurstempeln („KWMO“, „Urzad Cenzury“, „Cenzurowano“, „Walne od Cenzury“ auf Dienstpost) dokumentiert. Daraus geht auch hervor, daß Post bereits Tage vor Ausrufung des Kriegrechtes zurückgehalten wurde.

Die „Solidarität“ rückte die Briefzensur auf ihre Weise an den Rand des Lächerlichen: Ihre Stempel und

Zusatzstempel wie „Die Postzensur behindert die ordentliche Zustellung“ oder „Unserlaubte Postzensur“ irritierten die Polizei. Sogar aus den Internierungslagern wurden Briefe mit dem „Solidarnosc“-Aufdruck verschickt.

Auch bei umlaufendem Geld setzt die „Solidarität“ ihre Nadelstiche gegen das Regime an. So wurde auf der Fünf-Zloty-Münze die winzige Pünzierung J.M.N. angebracht, was soviel bedeutet soll wie „Jaruzelski, Mörder des Volkes“, und auf dem Zwei-Zloty-Stück steht – nur unter der Lupe zu sehen – ein W mit einem K, Chiffre für „König Walesa“.



### Discovery: „Mit Erfolg ihr Ziel erreicht“

AFF, Cape Canaveral  
Die amerikanische Raumfähre „Discovery“ kehrte am Sonntag um 22:23 Uhr Mitteleuropäischer Zeit (MEZ) nach Cape Canaveral (US-Bundesstaat Florida) zurück, von wo aus sie am Donnerstag zu einer geheimen Militärmission ins All gestartet war. Die amerikanische Weltraumbehörde bestätigte lediglich, daß die mitgeführte Rakete mit Erfolg ihr Ziel erreicht habe. Dies läßt darauf schließen, daß der Aufklärungssatellit „Sigint“ sich jetzt vermutlich in 36 000 Kilometern Höhe südlich des sowjetischen Territoriums befindet, um Funk-, Telefon- und Satellitenverbindungen in der Sowjetunion „abhören“. Der 15. Flug eines bemannten Space Shuttle wurde von der Nasa und ihrem Auftraggeber, dem Washingtoner Verteidigungsministerium mit einer strikten Informationssperre umgeben. So wurden die genauen Start- und Landezeiten der Raumfähre jeweils erst kurz zuvor bekanntgegeben. Gespräche zwischen der Besatzung und dem Kontrollzentrum wurden verschlüsselt geführt, um ein Abhören zu erschweren.

### Eingeschränkt schuldfähig

F. D. Berlin  
Im Prozeß gegen den früheren Box-Europameister Bubi Scholz ist gestern in Berlin der psychiatrische Sachverständige Gerhard Zeller zu der Auffassung gekommen, der wegen des tödlichen Schusses auf seine Frau Helga Angeklagte sei auch dann nur eingeschränkt schuldfähig, wenn er mit voller Absicht gehandelt habe. Scholz vertrat weiterhin die Version eines Unfalls unter starkem Alkoholeinfluß. Das Urteil wird am kommenden Freitag gesprochen.

### Busunglück in Japan

SAD, Tokio  
Bei einem Busunglück sind gestern in der japanischen Provinz Nagano, 160 Kilometer nordwestlich von Tokio 25 Menschen ums Leben gekommen. Ein mit 46 Studenten besetzter Bus kam auf einer verlassenen Straße ins Rutschen und fiel in ein neun Meter tiefes Wasserreservoir.

### Urteil im „Folterprozeß“

dpa, Düsseldorf  
Im sogenannten Sexbiter-Prozeß verurteilte die Siebte Große Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf gestern den ehemaligen Kabelfabrikanten und Millionär Dieter Engelbrecht (46) zu zehn Jahren Haft. Seine mitangeklagte 18 Jahre jüngere Ehefrau erhielt sechs Jahre Freiheitsstrafe. Das Ehepaar hatte nach Überzeugung des Gerichts die damals 17-jährige Silvia aus Duisburg mehr als 15 Monate lang in einem fensterlosen, engen Kellerverlies seiner Villa gefangengehalten und sie sexuell mißbraucht. Die Angeklagten haben sich darum der Freiheitsberaubung, der gefährlichen Körperverletzung, der Vergewaltigung und sexuellen Nötigung schuldig gemacht.

### Für karitative Zwecke

DW, Bonn  
Die von der Bundespost erhobenen Einzahlungsgebühren bei der Aktion „Ein Tag für Afrika“ am 23. Januar sollen an die beteiligten karitativen Verbände gezahlt werden. Das teilte der Bundespostminister mit.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Sonder-Spielschein-Kombiaktion: mitwochaktive SystemService 1985-Zahlenlotto SystemService 097 der Westdeutschen Lotteriegesellschaft GmbH & Co. bei.

### ZU GUTER LETZT

Mit sechs langstieligen Rosen bedankte sich am Montag in Bonn ein mit vielen Vorstrafen belasteter ehemaliger Stadtreicher dafür, daß ihm der Richter und die hübsche junge Staatsanwältin diesmal seine Unschuldbetuerungen geglaubt hatten. Den Blumen lag eine Karte bei: „Ich habe meinen Glauben an Recht und Gerechtigkeit wiedergefunden. Ob die Rosen oder die Staatsanwältin schöner sind, bleibt für mich ein Geheimnis.“

### LEUTE HEUTE

#### Meisterschüler

Damit sich die deutsche Besatzung in der Mitte Oktober startenden Spacelab-Raumfähre Columbia mit Amateurfunkern unterhalten kann, muß sie das Funk-Einmaleins beherrschen. In der Amateurfunkprüfung bewiesen die beiden Wissenschaftsastronauten Ernst Messerschmid und Reinhard Furrer gestern in der Oberpostdirektion (OPD) Münster, daß sie alles können, was verlangt wird. OPD-Präsident Hans Wilhelm Busch überreichte den beiden „Meisterschülern“ nach bestandener Prüfung ihre Funklizenzen.

#### Vater und Sohn

Zu einem „politischen Bruch“ in der Familie hat es Robert Jospin, Vater des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Frankreichs, Lionel Jospin, kommen lassen: Der 83-jährige trat der Partei Giscard d'Estaings bei, der UDF. Der Sohn, der häufig bei Staatspräsident François Mitterrand zu Gast ist, hat sich zu dem „Fehltritt“ seines Vaters bisher nicht geäußert.

#### WETTER: Mild

Wetterlage: Die Westströmung über dem Atlantik setzt sich bis Mitteleuropa durch, wobei mildegeführte Tiefausläufer das Wetter wechselt gestalten.

28. Januar 1985, mittags  
Deutscher Wetterdienst

29. Januar 1985, mittags  
Deutscher Wetterdienst

Temperatur am Montag, 13 Uhr:

Berlin	-1°	Kairo	21°
Bonn	0°	Köpenick	-6°
Dresden	-3°	Las Palmas	18°
Essen	0°	London	6°
Frankfurt	-1°	Madrid	5°
Hamburg	-4°	Mallorca	-4°
List/Sylt	-5°	Moskau	15°
München	-5°	Moskau	-1°
Stuttgart	-1°	Nizza	9°
Algier	16°	Oslo	-10°
Amsterdam	0°	Paris	3°
Alben	15°	Prag	-2°
Barcelona	14°	Rom	8°
Brüssel	2°	Stockholm	-7°
Budapest	2°	Tel Aviv	22°
Bukarest	1°	Tunis	13°
Helsinki	-15°	Wien	-1°
Istanbul	13°	Zürich	-1°

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.03 Uhr, Untergang: 17.08 Uhr, Monatsaufgang: 11.32 Uhr, Untergang: 2.27 Uhr  
\*in MEZ, zentraler Ort Kassel

### Ein ehrenwerter Beruf ist ins Gerede gekommen

Anwälten in Hannover unsaubere Praktiken vorgeworfen

E. REVERMANN, Hannover  
Ein Berufsstand ist ins schiefe Licht gerückt. Gegen 27 Rechtsanwältinnen, so Wirtschaftsdezernent Dr. Peter Fischer, werde standesrechtlich ermittelt. Sie sollen zu den 300 bis 400 Leuten gehören, die in Hannover jährlich als „Dauertäter“ eine Gesetzeslücke ausnutzen und durch erfolgreiche Einsprüche gegen Buß- und Verwarnungsgelder bei Falschparken die öffentlichen Kassen unbotmäßig zur Ader lassen. Die bisher noch nicht bewiesenen Vorwürfe gehen gar so weit, daß insbesondere Rechtsanwältinnen dem Verdacht ausgesetzt sind, sie hätten Geschäfte damit gemacht.

45 000 Mark allein 1984, hochgerechnet über Jahre eine halbe Million hat allein Hannover nach erfolgreichen Einsprüchen an Anwaltsgebühren und sonstigen Kosten aus öffentlichen Mitteln zahlen müssen. Eine offensichtliche Gesetzeslücke im Verkehrsordnungswidrigkeitengesetz macht dies seit 1969 möglich.

Parkt ein Kraftfahrer mit einem Fahrzeug, das auf eine Firma oder auf mehrere Personen zugelassen ist, falsch und erhält dafür ein sogenanntes „Knöllchen“, dann hat ein Einspruch nach Erkenntnissen von Niedersächsischen Justizminister Walter Remmers (CDU) „zu 90 Prozent“ Erfolg. Mit der Behauptung des Fahrers, nicht er selbst sei gefahren, sondern „ich-weiß-nicht-mehr-wer“ der Kollegen, kommen Verkehrsründer durch. Die dann zwingend notwendige Einstellung des Verfahrens hat für die Kommune zur Folge, daß nicht nur die jeweiligen Anwaltsgebühren zwischen 35 und 70 Mark von der Stadt zu zahlen sind, sondern auch eventuelle Nebenkosten.

Just diese Praxis wird, wie inzwischen auch die zuständige Staatsanwaltschaft Celle bestätigt hat, jenen

### Die „richtige“ Hand ist noch lange nicht die rechte Hand

So manchen stellt der Alltag vor immer neue Probleme

DIETER SALZMANN, Hamburg  
In der Bundesrepublik Deutschland leben rund sechs Millionen Linkshänder, das sind etwa zehn Prozent der Bevölkerung. Täglich müssen sie erfahren, was es heißt, in einer Welt zu leben, die auf den Gebrauch der rechten Hand ausgerichtet ist. Dosensöffner, Lineale und Scheren, alle Dinge, die für die Benutzung mit einer Hand konstruiert sind, können sie nur schwer benutzen. Nahezu alle Arbeitsplätze, bei denen es auf den Gebrauch einer Hand ankommt, beispielsweise Drehbänke, sind für Rechtshänder eingerichtet.

Zwar haben die meisten Linkshänder gelernt, in einer „rechtsorientierten“ Welt auch ihre schwächere Hand zu benutzen. Aber nur zu oft sind sie Menschen mit den sprichwörtlichen beiden linken Händen. Die rechte kann nicht richtig benutzt werden, und die Funktion der linken verkümmert mangels Übung.

Heute lassen Pädagogen Kindern die Wahl, mit welcher Hand sie arbeiten möchten. Aber es ist noch gar nicht so lange her, da wurden Schüler bestraft, wenn sie mit der linken Hand schrieben.

Linkshänder zu sein war immer schon mit einem Makel behaftet. Im Mittelalter galt der Verlust der rechten Hand als ehrenrührig. Der Verstümmelte war nicht mehr in der Lage einen Eid abzulegen, weil ihm die Schwurhand fehlte. Nach islamischem Recht steht auf manche Vergeltung das Abhacken der rechten Hand. Der Verurteilte ist damit aus der Gesellschaft ausgestoßen, weil die linke Hand als unrein gilt. In der deutschen Sprache ist „rechts“ verwandt mit „Recht“ und „richtig“. Links steht für „link“ und „linkisch“.

Immerhin können Linkshänder sich auf berühmte „Verwandte“ berufen. Michelangelo malte die Sixtinische Kapelle mit der linken Hand. Goethe schrieb seine Werke (wenn er sich nicht diktieren) mit der Linken. Friedrich der Große, Charlie Chaplin und Tennis-Profi Jimmy Connors gehören ebenfalls zu der Riege der Linkshänder. Es besteht kein Grund, diese Hand zu verstecken, denn nach der Statistik sind unter den Linkshändern prozentual mehr künstlerisch Begabte zu finden.

Wissenschaftlich ist das Phänomen der Linkshänder noch nicht gelöst. Die Seitigkeit, der alle Menschen unterworfen sind, hängt mit der stärkeren Ausprägung einer Gehirnhälfte zusammen. Jede Gehirnhälfte steuert die gegenüberliegende Körperseite. Das trifft bei 85 Prozent aller Menschen zu. Warum aber nun bei manchen Menschen die linke und bei den anderen die rechte Gehirnhälfte stärker ist, ist noch nicht erforscht.

Ein anderer Ansatz geht von der These aus, die Seitigkeit habe einen sozialen Ursprung. Mütter hätten in grauer Vorzeit ihre Kinder so getragen, daß die Babys ihre Herztöne hören konnten. Dazu hielten sie die Kinder mit der linken Hand fest, mit der freien rechten Hand konnten die Frauen Arbeiten verrichten, was die Hand stärker trainierte. Im Laufe der Jahrtausende sei das ins Erbgut übergegangen, meinen die Forscher.

Neuerdings gibt es in München, Hannover und Hamburg Läden, die ein Sortiment für Linkshänder führen. Zeichenbreiter, Korkezieher, Pfeffermühlen und vor allem Scheren werden dort angeboten, ebenso Golfschläger und Bleistiftspitzer. Der Verkauf läuft gut, für viele Kunden ist es ein Erlebnis, ein Gerät – vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben – „richtig“ zu benutzen.

# Die neue Bundesanleihe

Rendite: 7,21% · Zinsen: 7,25% jährlich  
 Laufzeit: 10 Jahre · Ausgabekurs: 100,25% spesenfrei

Erhältlich ab 100 DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Private Sparer werden bevorzugt. Wiederverkauf zum Börsenkurs jederzeit möglich. Ausführliche Informationen: Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel.: (069) 550707.

Verkauf 29. bis 31. 1. 1985